

Dreikönigstreffen 2012:

Europa neu denken! – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?

Europa neu denken! – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?

Dreikönigstreffen 2012 des nordrhein-westfälischen Handwerks

Stenografisches Wortprotokoll des Dreikönigsforums mit

Professor Wolfgang Schulhoff
Professor Dr. Klaus Hänsch
Klaus-Heiner Lehne MdEP
Sven Giegold MdEP
Professor Dr. Gebhard Kirchgässner
Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Professor Dr. Günther Nonnenmacher, Moderator

und des Dreikönigsessens mit

Professor Wolfgang Schulhoff
Christian Lindner MdB
Werner Böhnke

in der WGZ BANK AG
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf
am Donnerstag, 12. Januar 2012

Dialog Handwerk 1/2012

Zum Geleit

Die europäische Integration war seit den Tagen Konrad Adenauers, Alcide de Gasparis und Robert Schumans eine große Erfolgsgeschichte für unseren Kontinent – zunächst im Westen, nach 1989 auch in Mittel- und Osteuropa. Aber die europäische Integration steckt derzeit in der größten Krise ihrer Geschichte. Hervorgerufen wurde diese Krise nicht zuletzt dadurch, dass man im Namen einer immer engeren politischen Integration gegen wirtschafts- und finanzpolitische Grundregeln verstoßen hat. Die Geschichte der europäischen Währungsunion seit 1999 zeigt: Was ökonomisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Wir müssen die Prinzipien und Ziele der europäischen Integration überdenken – nicht um damit einem Rückfall in nationalistische Vorstellungen den Weg zu bereiten, sondern im Sinne Europas selbst. Wem an einem Erfolg der europäischen Integration gelegen ist, darf nicht zulassen, dass sie durch falsche Leitideen auf Abwege gerät. Wir müssen Europa neu denken!

Das war das Thema des diesjährigen Dreikönigsforums des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags. Mit dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, mit dem Vorsitzenden der Rechtsausschusses, Klaus-Heiner Lehne, und dem Finanzpolitiker Sven Giegold waren auf dem Podium drei hochkarätige Parlamentarier und Europapolitiker versammelt. Ergänzt wurde die Runde um den Ökonomen Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen, einen international renommierten Experten der empirischen Demokratie- und Föderalismusforschung.

Festredner des diesjährigen Dreikönigsessens war der FDP-Bundestagsabgeordnete Christian Lindner. Es war sein erster öffentlicher Auftritt nach seinem Rücktritt als Generalsekretär seiner Partei. Entsprechend groß war das Interesse an seiner Rede, das sich auch in der ausführlichen Berichterstattung überregionaler Medien wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder „Die Welt“ niederschlug. Aber niemand konnte damals voraussehen, dass wir wenige Monate später in Nordrhein-Westfalen mitten in einem vorgezogenen Landtagswahlkampf stecken und Christian Lindner als Spitzenkandidat, designierter Landesvorsitzender und Hoffnungsträger der FDP derzeit ein erstaunliches Comeback unternimmt. Seine Festrede war eine eindrucksvolle Standortbestimmung zur Idee der Freiheit, die Liberalen aus allen Parteien viel Stoff zum Nachdenken zu bieten hatte.

Unser besonderer Dank gilt Dr. Thomas Köster, der als Leiter unseres Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft die inhaltliche Vorbereitung des Dreikönigsforums auch in diesem Jahr maßgeblich geprägt hat.

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Professor Wolfgang Schulhoff
Präsident

Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer

Düsseldorf, im April 2012

Schriftenreihe:
Dialog Handwerk 1/2012

Herausgeber:
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Verantwortlich:
Josef Zipfel

Inhaltliche Koordination:
Dr. Thomas Köster, Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:
Michael Roeßgen

Gestaltung:
Andreas Babel

Inhalt

5 **Zum Geleit**

7 **Inhalt**

Dreikönigsforum

8 **Begrüßung**
Professor Wolfgang Schulhoff
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

12 **Einführung**
Professor Dr. Günther Nonnenmacher
Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

12 **Statements**
Professor Dr. Klaus Hänsch
Präsident des Europäischen Parlamentes a. D.

15 Klaus-Heiner Lehne MdEP
Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlamentes

18 Sven Giegold MdEP
Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

21 Professor Dr. Gebhard Kirchgässner
Universität St. Gallen

24 Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

26 **Aussprache**

40 **Schlusswort**
Andreas Ehlert
Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Dreikönigsessen

42 **Begrüßung und Einführung**
Professor Wolfgang Schulhoff
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

44 **Grußwort**
Werner Böhnke
Vorsitzender des Vorstands der WGZ BANK

48 **Festansprache „Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?“**
Christian Lindner MdB
Freie Demokratische Partei

55 **Bisherige Veröffentlichungen**

Dreikönigsforum

Begrüßung

Professor Wolfgang Schulhoff Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Meine Damen und Herren!
Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem dies-jährigen Dreikönigsforum.

Ich freue mich, wieder so zahlreich Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Justiz und Medien begrüßen zu dürfen. Ich bitte um Verständnis, wenn ich nur einige wenige namentlich nenne.

Mein besonderer Gruß gilt dem Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, Herrn Eckhard Uhlenberg. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Herzlich begrüße ich unseren Gastgeber, Herrn Böhnke.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass wir hier sind. Wir freuen uns, in einem Bankhaus zu sein, das gut aufgestellt ist. Ich freue mich natürlich auch über das dreigliedrige deutsche Bankensystem, das uns durch jede Krise und auch durch die letzte Krise gut durchgebracht hat.

Begrüßen wollte ich Herrn Reinhold Schulte. Er ist noch nicht da. Er wird aber später kommen. Wir wollten auf die SIGNAL IDUNA Versicherung, eines der größten Unternehmen, das dem Handwerk immer sehr nahe steht, auch in der Begrüßung Rücksicht nehmen.

Ich begrüße ganz herzlich meine Präsidentenkollegen Andreas Ehlert, Willy Hesse, Hans Rath, Dieter Philipp und Hans Peter Wollseifer. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich wünsche uns allen im Namen des gesamten nordrhein-westfälischen Handwerks ein gutes und erfolgreiches neues Jahr.

Das Handwerk steht zum Jahreswechsel gut da. Wir haben ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr 2011 hinter uns. Sie konnten das der Presse entnehmen. Wir bewegen uns auf einem hohen Niveau in das Jahr 2012 hinein.

Allerdings müssen wir das Jahr 2012 mit gebotener Vorsicht sehen. Alle führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass wir in Deutschland im Jahr 2012 – ich bleibe beim Handwerk – etwas kleinere Brötchen backen müssen. Was angekündigt wird, das wird am Handwerk also nicht spurlos vorbeigehen.

Keiner kann heute nämlich sagen, wie unsere Partnerländer in Europa ihre strukturellen Probleme lösen, inwieweit die Finanzindustrie – ich habe eben den Unterschied gemacht, Herr Böhnke, damit Sie still sitzen können – sich wieder der Realwirtschaft nähern wird und wie dem Euro wieder ein solides Fundament gegeben wird.

Dennoch habe ich, was uns, die deutsche Wirtschaft und das Handwerk, anbetrifft, eine optimistische Grundeinstellung, was man in der Wirtschaft immer haben sollte. Wirtschaft ist ja zu fünfzig Prozent Psychologie. Denn soweit sich das von heute aus absehen lässt, werden wir unsere Position bei Umsatz und Beschäftigung weitgehend halten können. Das ist natürlich ein hohes Niveau, das wir hatten. Wir hatten eine fünfprozentige Steigerung.

Denn wir haben in Deutschland einige wichtige strukturelle Probleme mit dem Ergebnis gelöst, dass wir heute rund 41 Millionen Beschäftigungsverhältnisse haben und darüber hinaus eine hohe Konsumtätigkeit, die wir in den letzten Jahren vermissen mussten, die uns etwas über die Exportschwierigkeiten hinweghilft.

Machen wir uns aber bitte nichts vor: Das kommt doch alles nicht von ungefähr in Deutschland. Das liegt doch schlicht und einfach daran, dass

wir in den vergangenen zehn Jahren unsere Hausaufgaben gemacht haben. Das geschah teilweise mit großen Schwierigkeiten, auch gegen die Bevölkerung, wenn ich an die Agenda 2010 denke. Ich denke auch an das hervorragende Verhalten der Gewerkschaften bei der Lohnpolitik. Das hat die Stückkosten in Deutschland niedrig gehalten. Deshalb sind wir außerordentlich konkurrenzfähig.

Das wissen wir, und das wissen viele. Herr Monti hat das gerade gestern noch der Bundeskanzlerin bescheinigt. Nur scheint das alles an Brüssel vorbeizugehen. Da moniert doch der Europäische Rat in seiner „Empfehlung vom 12. Juli 2011 zum nationalen Reformprogramm Deutschlands“ unter anderem, wir hätten im Vergleich zum EU-Durchschnitt zu wenige Studenten. Angesichts solcher Einlassungen frage ich mich: „Wo waren denn in den letzten Monaten die großen Studentenunruhen?“ Wo waren sie denn? – In Spanien, Frankreich und England und in anderen Ländern, die eine bedeutend höhere Arbeitslosigkeit haben als wir: Spanien 40 Prozent, Italien 20 Prozent, Frankreich 20 Prozent.

Wir liegen in Deutschland gerade bei 8,5 Prozent, was natürlich auch noch zu hoch ist. Die Frage ist leicht zu beantworten, warum wir in Deutschland in einer besseren Kondition sind. Wir haben ein ganz anderes Ausbildungssystem als die anderen Länder. Die schlichte Wahrheit ist doch: Brüssel unterschätzt massiv die Bedeutung und den Wert unseres dualen Systems.

(Beifall)

In unserem Land erlernt mehr als die Hälfte der Schulabgänger ihren Beruf innerhalb des dualen Systems. Wenn man die Ausbildungserfolge in ihrer Gesamtheit betrachtet, haben wir ein bedeutend höheres Niveau ausgebildeter junger Menschen als viele andere Länder gerade in Europa. Es gibt natürlich einige, die noch besser stehen. Aber bei den vergleichbaren Ländern sind wir besser. Genau hier liegt des Pudels Kern! An diesen gut ausgebildeten Fachkräften hängt weitgehend unsere Wettbewerbsfähigkeit. Hier müssen wir ansetzen.

Wenn Brüssel Empfehlungen gibt, dann muss das auch einmal auf die anderen Länder übergehen. Wir brauchen Menschen mit Qualifikati-

onen. Selbstverständlich gibt es auch im Hochschulbereich Qualifizierte. Wer wollte das hier abstreiten? Aber man muss sehr differenziert hinsehen: Wenn wir zu wenige ausgebildete Studenten haben, dann doch in den MINT-Fächern. Das ist auch in Deutschland so. Da muss mehr getan werden. Was nutzen denn quantitative Vergleiche von Hochschulabsolventen, wenn ein Teil von ihnen gar keine Berufschancen hat? Wir sehen und hören doch gerade aus Italien und Spanien, dass junge Menschen, gut ausgebildet, vor den Fernsehkameras stehend, sagen, sie bekämen dort keinen Job.

Ganz grundsätzlich gilt doch: Wir brauchen einen Mix aus guter allgemeiner und beruflicher Bildung. Das ist das Fundament unseres Wohlstandes.

Regelrecht absurd ist auch die kürzlich erhobene Forderung von einer EU-Kommissarin, dass sogar Pflegekräfte künftig Abitur haben müssen. Da drängt sich doch jedem Menschen in unserem Land die Frage auf, ob denn der Mensch erst mit dem Abitur anfängt, um wahrgenommen zu werden.

Last not least hört man derzeit auch wieder lauter aus Brüssel die üblichen, fast schon traditionellen Klagegesänge über die angeblich so ungerechtfertigten Beschränkungen im deutschen Handwerk. Nur eine Anmerkung hierzu: Gerade in der Krise hat das deutsche Handwerk seinen Wert eindrucksvoll unter Beweis gestellt – mit und dank unserer Meisterqualifikation! Wir sind das Herzstück des Mittelstandes und das Herzstück des selbst haftenden Unternehmertums. Das wird jetzt in allen Kreisen Deutschlands auch so bewertet. Wir können das vielen Pressemitteilungen entnehmen.

Meine Damen und Herren, das sind nur drei Beispiele von vielen, die zeigen, wo und wie der Europa-Gedanke leichtfertig verspielt wird. Die Menschen begreifen nicht, dass Europa in bewährte Strukturen eingreift. Europäische Integration kann doch nicht heißen: Gleichmacherei um jeden Preis – und das noch auf niedrigem Niveau.

Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Mir liegt Europa am Herzen. Nichts anderes als Europa hätte uns aus den Kriegswirren her-

aushelfen können. Es war Frieden stiftend. Wir sind ja alle glücklich und froh darüber.

Ich bin ein leidenschaftlicher Europäer, aber ich bin gleichzeitig auch ein Realist. Deshalb habe ich den Eindruck, dass Europa sich irgendwann einmal verrannt hat. Ich empfehle jedem, dem wie mir Europa am Herzen liegt, mit den Menschen zu sprechen und sich genau anzuhören, was sie über Europa sagen. Denn ohne die Menschen kann man kein Europa bilden. Die Menschen wollen mehr Europa, wo es Sinn macht. Sie wollen weniger Europa, wo es nur um bürokratische Gängelei geht. Und sie haben keinerlei Verständnis für ideologische Alleingänge profil-suchender Kommissare. Im Übrigen haben wir viel zu viele Kommissare. Wir haben 27. Ich weiß nicht, wie man das ändern kann. Wenn wir noch größer werden, haben wir noch mehr.

Wir haben gerade in einer Blitzumfrage im Handwerk ermittelt, dass die Hälfte der Befragten für mehr Integration der Haushalts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene ist. Das ist ein hervorragendes Ergebnis. Sie sehen, dass die Menschen viel mehr mitdenken. Über 80 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die bisher getroffenen Maßnahmen nicht geeignet sind, die Staatsschuldenkrise in Europa zu meistern. Es gibt noch etwas viel Schlimmeres: Fast 80 Prozent haben kein Vertrauen mehr in die europäischen Institutionen. Das ist eine Umfrage, die zwar nicht repräsentativ ist, aber wenn wir sie repräsentativ machen würden, kämen wir wahrscheinlich zu denselben Ergebnissen, wenn wir die Stimmung heute betrachten.

Das ist eine gefährliche Entwicklung, auf die man von politischer Seite klug und überzeugend reagieren muss. Deshalb kann ich den Europapolitikern nur etwas mehr Demut bei ihren Erklärungen empfehlen und etwas weniger aufgesetzte Erfolgserhetik. Die nämlich bewirkt genau das Gegenteil, weil sie in der Situation, in der wir heute stehen, keiner mehr ernst nimmt.

Das gleiche gilt natürlich auch für die Bundespolitiker. Denn ihnen trauen nach unserer Umfrage nur noch 34 Prozent der Befragten Lösungskompetenz zu. Die Situation ist also nicht anders. Damit jetzt keine Unruhe auf dem Podium auftritt: Ich meine immer die anderen. Das ist klar. Sonst hätten wir Sie gar nicht hierher eingeladen.

Zugegeben: Es ist auch schwierig, heute die richtigen Lösungen zu finden, da alles so verfahren ist. Denn Konstruktion wie auch der Zeitpunkt der Euro-Einführung waren problematisch. Die damals Verantwortlichen haben eine alte Binsenweisheit fahrlässig ignoriert, nämlich: „Was ökonomisch falsch ist, kann politisch auf Dauer nie richtig sein.“ Denn der Euro war nicht der Ökonomie, sondern wesentlich der Politik geschuldet.

Auch in den nachfolgenden Jahren wurden die notwendigen Korrekturen unterlassen. Heute spricht Frau Merkel – so noch vor zwei Tagen in Düsseldorf – von den Sünden der Vergangenheit.

Was haben uns nun die zehn Jahre Euro gebracht? – Zunächst zweifellos einige Vorteile. Das will ich gar nicht ignorieren. Eines jedoch hat uns der Euro mit Sicherheit nicht gebracht, die Realisierung eines seiner wichtigsten Ziele: die Integration Europas zu vertiefen.

Das Gegenteil ist leider eingetroffen. Die Menschen sind müde geworden, und sie haben heute sogar berechnete Sorgen um ihre Ersparnisse. Das ist ein ganz neues Moment, das hier hineingekommen ist. Der Euro hat sich nicht als Motor des europäischen Integrationsprozesses erwiesen, sondern eher als dessen Sprengsatz. Daher müssen wir – deshalb sind wir heute zusammengekommen, und es werden noch mehr Zusammenkünfte notwendig sein – Europa neu denken. Ich will den Euro nicht abschaffen, ich will ihm nur ein besseres Fundament geben. Das ist in der Tat, um mit Frau Merkel zu reden, alternativlos.

Wir brauchen Vertiefung dort, wo es angebracht ist, also insbesondere in der Haushalts- und Finanzpolitik. Wir brauchen eine Fiskalunion. Die hätten wir immer gebraucht, die hätte schon von Anfang an da sein müssen – so war es von Müller-Armack und den großen Europäern gedacht –, allerdings nach klaren, transparenten und vor allem nach parlamentarisch kontrollierten Regeln. Wir brauchen also ein funktionierendes Regelwerk. Und: Wir brauchen eine effektive Kontrolle der Mittelverwendung. Es steht ja auch im Maastrichter Vertrag sehr deutlich, was wir tun müssen.

Die Strukturpolitik der Europäischen Union hat in vielen Bereichen restlos versagt. Wer zum Bei-

spiel kann mir erklären, wo die 144 Milliarden Euro, die aus den Töpfen der Europäischen Union seit 1983 an Griechenland zur Verbesserung seiner Wirtschaftsstruktur geflossen sind, letztlich versickert sind? Wir sehen sie nicht, wenn man durch das Land geht.

Nur nebenbei bemerkt: In den 144 Milliarden Euro sind die Milliarden aus dem Rettungsfonds noch nicht einmal enthalten. Im Übrigen: Ich bin froh, dass die Griechen jetzt selber intensiv darüber nachdenken, die Drachme wieder einzuführen. Sie tun es selber; wir können sie ja nicht dazu zwingen, dass sie es tun. Denn nur so haben sie meiner Ansicht nach eine Chance – viele Ökonomen sind der gleichen Meinung –, mittels Abwertung ihrer Währung wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Es geht nicht mit dem Euro. Sie müssen eine eigene Währung haben. Sie müssen abwerten können, damit sie ihre Produkte gleichwertig wieder an die Märkte bringen können.

Nur sollten wir diesen Prozess finanziell unterstützen. Für mich gilt das Motto: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Sonst werden wir Griechenland in den nächsten vierzig Jahren in demselben Maße subventionieren müssen, wie wir es getan haben, ohne dass man weiß, wohin die Mittel fließen.

Grundsätzlich: Europa muss die Zügel loslassen, wo es um die normalen Lebensverhältnisse der Bürger geht. Was national vernünftig geregelt wird, daran sollte Europa nicht rütteln. Ludwig Erhard hat das einmal so ausgedrückt: „Sizilien liegt nicht an der Ruhr.“ Ich darf hier sagen: Sizilien liegt nicht am Rhein.

Wir wollen Einheit. Ja! Aber wir wollen Einheit in Vielfalt. Nur wenn wir aus dem Klein-Klein der Regulierung herauskommen, kann die parlamentarische Kontrolle funktionieren. Dabei kann und sollte das Europäische Parlament – auch in den Augen der Bürger, also seiner Wähler – seine Rolle als Gegengewicht zur übermächtigen Exekutive stärken. Das werden Sie doch, meine Herren aus dem Europaparlament, teilen.

Eine weitere große Sorge bereitet mir die Rolle der Europäischen Zentralbank. Die Europäische Zentralbank handelt seit einiger Zeit contra legem. So war sie nicht gedacht. So haben wir sie damals nicht installiert. Ich gehörte ja zu denen,

die im Finanzausschuss daran mitgewirkt haben. Wir Deutsche verlieren zudem auch noch an Einfluss. Denn die Mehrheit der Zentralbank-Mitglieder verfolgt eine andere Notenbankpolitik als die, die wir Deutsche immer mit der Bundesbank betrieben haben. Es wäre tragisch, wenn der Gedanke der deutschen Stabilitätskultur auf dem Weg in eine Transferunion geopfert würde, auf dem wir uns leider schon befinden. Diesen Prozess bezeichnete Hans Werner Sinn vor kurzem als „Schuldensozialismus“. Das ist der Weg in eine Weichwährung. Die dürfen wir Deutschen uns einfach nicht gefallen lassen. Das auch in Anbetracht der sozialen Probleme in unserem Lande. Wir müssen ja auch noch Gelder für uns zur Verfügung haben. Wir können nicht der Zahlmeister der gesamten europäischen Welt werden. Das ist heute schon der Gang der Dinge.

Meine Damen und Herren, das waren nur einige Anmerkungen von mir. Wir werden das gleich in einem exzellenten Podium weiter behandeln können.

Ich darf die einzelnen Teilnehmer hier ganz herzlich begrüßen. Es sollte Elmar Brok kommen, aber dafür kam Klaus-Heiner Lehne, der Vorsitzende des Rechtsausschusses. Er ist gerade erst aus Brüssel gekommen. Herzlichen Dank dafür, dass Sie da sind.

(Beifall)

Wir begrüßen einen ganz bekannten Europapolitiker: Professor Klaus Hänsch. Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind. Sie kennen Europa.

(Beifall)

Ich begrüße Sven Giegold. Auch kein Unbekannter für uns. Er ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Meine Herren, ich freue mich schon auf Ihre Stellungnahmen.

Flankiert werden die Repräsentanten des Europäischen Parlaments durch einen Außenseiter, den wir, nicht aus der Europäischen Union stammend, zu uns gebeten haben, durch Professor

Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Position des Handwerks wird von Herrn Josef Zipfel, dem Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages, vorgetragen, den ich ebenfalls begrüße.

(Beifall)

Das Schlusswort wird gleich unser Freund, Präsident Andreas Ehlert, sprechen müssen. Es wird also gleich viel auf Sie zukommen, Herr Ehlert.

Ich begrüße ganz herzlich Herrn Professor Nonnenmacher. Ich freue mich darüber, dass er wieder die Moderation in seiner bewährten Art übernehmen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das war von meiner Seite alles. Ich wünsche uns einen schönen, spannenden Nachmittag. Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall)

Einführung

Professor Dr. Günther Nonnenmacher, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen erst einmal im Namen des gesamten Podiums die besten Grüße für das neue Jahr präsentieren.

Herr Schulhoff hat ja in gewohnter handwerklicher Manier mit kantigen Thesen schon die Diskussion eingeleitet. Ich hätte zwar einige Anmerkungen und Repliken auf der Zunge, aber ich beiße mir auf dieselbe, weil wir heute auf dem Podium kompetente Sprecher haben, die den europäischen Alltag täglich erleben oder erlebt haben. Die sind Manns genug, einiges von dem, was Sie gesagt haben, Herr Schulhoff, anzuzweifeln oder zumindest andere Wege aufzuzeigen.

Ich bitte den langjährigen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Hänsch, als ersten, seine Thesen vorzutragen.

Statement I

Professor Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D.

Herr Präsident Schulhoff, meine verehrten Damen und Herren! Muss Europa neu gedacht werden? – Ja. Das gilt für alle. Das gilt für die Europaabgeordneten, das gilt für die Regierungen, das gilt für die Medien und die Verbände in Deutschland und in anderen europäischen Ländern.

Deswegen begrüße ich es außerordentlich, dass der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag diese Tagung dazu nutzt, diese Frage zu stellen und bereit ist, ein paar wahrscheinlich nicht sehr konventionelle oder vielleicht für den einen oder anderen doch sehr konventionelle Erinnerungen oder Anregungen zu hören.

Wer über Europa neu nachdenkt, bewegt sich auf unbekanntem Gelände. Das kann eine Zumutung sein, aber Sie haben es so gewollt. Ich habe ja nur acht Minuten und eine strikte Vorgabe; das

heißt, ich kleide das alles in Thesen, die hinterfragt, vorgefragt und abgehakt werden können.

Da ich die Zeit einhalten will, will ich gleich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Subsidiarität, Kompetenzrückverlagerung, Dezentralisierung, Entbürokratisierung – das ist alles zum großen Teil richtig, nicht vollständig, aber wenn es darum geht, über Europa nachzudenken, wenn es darum geht, dieses Europa neu zu denken, dann müssen wir das etwas anders anfangen, finde ich.

Wenn Europa aus der Eurokrise beschädigt herauskommt, dann werden es keine Subsidiarität, Kompetenzrückverlagerung, Dezentralisierung, Entbürokratisierung usw. reparieren. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass man nur in Brüssel weniger Kommissare zu haben braucht – wofür ich bin, leider ist der Verfassungsvertrag, der das vorsah, von den Niederlanden und den Franzosen nicht gewollt worden –, um ein anderes Europa, das fitter ist für die gegenwärtige Situation in Europa und in der Welt, herbeizuführen. Das zu glauben, halte ich für einen Grundirrtum. Das gilt für manches andere auch.

Es geht auch längst nicht mehr um etwas mehr oder etwas weniger Rettungsschirm, Reformauflagen, Schuldenbremsen, Automatismen usw. Das ist alles wichtig, notwendig und schwierig genug, es durchzusetzen. Es geht nicht einmal mehr um den Austritt Griechenlands. Abgesehen davon, dass das juristisch und vertragsrechtlich eine außerordentlich schwierige Frage ist, weil die nämlich bloß aus der Währung, aber nicht aus der Währungsunion aussteigen können. Aber ich will Sie mit diesen vertragsrechtlichen Details nicht belästigen, sondern es geht, meine Damen und Herren – das meine ich im Ernst des Wortes –, um das Ganze, mit dem, was wir in Europa haben, und mit dem, was wir aus Europa machen können, und dem, was wir aus Europa machen wollen.

Meine zweite These: Europa neu denken heißt, dass der Euro ohne Fiskalunion und das heißt auch ohne Wirtschaftsregierung nicht zu retten ist. Ich weiß, dass insbesondere das Stichwort Wirtschaftsregierung über Jahrzehnte in Deutschland ein Tabuthema war, französisch kontaminiert, die wollen nur Wirtschaftslenkung. In Wirklichkeit geht es nicht um Lenkung,

sondern um Koordinierung. Aber es hat sich hier etwas bei uns bewegt, jedenfalls in der Regierung. Ich meine, wenn ich sage, das sei ein Tabuthema gewesen, gilt das nicht bloß für die jetzige Regierung und nicht nur für die vorhergehende, sondern auch für die vorvorhergehende Regierung von Rot-Grün und die Große Koalition.

Europa ist ohne Fiskalunion und Wirtschaftsregierung nicht zu retten. Diese Rettung wird nur außerhalb des gegenwärtigen Vertrages durch einen zweiten Vertrag, der nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und wahrscheinlich auch nicht der Euro-Zone umfasst, zustande kommen. Weil es schnell gehen muss – und es muss schnell gehen –, wird diese Vertragsreform dünner sein, als wir sie uns vorstellen und als es sich auch die deutsche Bundesregierung vorstellen kann und vorstellen muss, sage ich. Es geht ja hier um Verhandlungspositionen, noch nicht um Ergebnisse.

Diese Reform wird eine Wirtschaftsregierung, wie immer sie genannt wird, brauchen und schaffen, oder die Rolle der Europäischen Zentralbank wird verändert werden müssen, die ja bislang die einzige Institution ist, die in der gegenwärtigen Krise funktioniert hat. Schließlich wird diese Fiskalunion – da mögen mich Herrn Lehne und Herr Giegold gleich skeptisch ansehen; dazu haben Sie völlig recht – intergouvernemental sein. Das heißt nicht, dass das Europäische Parlament und die Kommission nicht ihre Rolle spielen müssen, wie sie in den gegenwärtigen Verträgen vorgesehen ist, aber in der Substanz wird es sich um Regierungszusammenarbeit handeln und nicht um einen wesentlichen Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen in Brüssel.

Dritte These: Europa neu denken heißt Veränderung der öffentlichen Meinung, also Medien, Politik, Wissenschaft, Verbände in der Bundesrepublik Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern, und zwar Veränderung des Denkens durch die Realisierung des Ausmaßes von Abhängigkeiten, Verflechtung und Verantwortung in der Europäischen Union. Ich nenne alles drei Abhängigkeit, Verflechtung und Verantwortung in der Europäischen Union insbesondere für Deutschland. Wir können alles Mögliche über unser Verhalten und dieses und jenes sagen, was wir zu viel oder zu wenig haben, aber eines sage ich Ihnen aus der jahrzehntelangen

Erfahrung mit anderen: An der Bundesrepublik Deutschland und deren jeweiligen Führung hängt die Zukunft der Europäischen Union im Wortsinne,

(Professor Wolfgang Schulhoff: Stimmt!)

sie hängt ab von unserem Verhalten und von unserer Verantwortung nicht nur für unser eigenes Land – dass wir die haben, steht außer Frage –, sondern auch für den gesamten Rest der Europäischen Union. Es gibt kein Land in Europa, das über eine vergleichbare geografische und wirtschaftliche Position und auch über ein vergleichbares politisches Gewicht verfügt wie die Bundesrepublik Deutschland.

Die Europäische Union – das ist die zweite Realisierung der Realität – als Transferunion durch Übernahme der Schulden anderer, die kann Deutschland verhindern. Die Europäische Union als Haftungsunion ist längst Realität in diesem Rahmen der Verflechtung und Verantwortung, über den ich gerade gesprochen habe, nicht juristisch – natürlich nicht, darüber brauchen wir gar nicht erst zu reden oder zu streiten –, aber ökonomisch und politisch. Die Wirtschaftsstruktur ist ungleichgewichtig. Deswegen wird es nicht dazu kommen, meine Damen und Herren, dass wir eine Transferunion machen oder dass die Union zu einer Transferunion wird – das kann man verhindern. Aber wir werden einen europäischen Finanzausgleich bekommen, nicht durch Vergemeinschaftung der Schulden, sondern durch Vergemeinschaftung der strukturellen Entwicklung in anderen europäischen Staaten, die wirtschaftsstrukturell hinterherhinken.

Die Grundfrage für die Veränderung der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Diskussion in unserem Land und in anderen Ländern ist dabei, nicht zu fragen, was uns die Rettung des Euro kostet, sondern uns zu fragen, was kostet der Verlust des Euro – ökonomisch, finanziell und vor allen Dingen politisch an Reputation der Bundesrepublik Deutschland und an Reputation Europas in der Welt. Versagen wir, dann hat das nicht nur einen Vertrauensverlust in Europa zur Folge, sondern einen Vertrauensverlust in die Zukunft Europas in der Welt.

Ich bin damit bei der vierten These: Europa neu denken heißt neu nachdenken über das Ziel der

Einigung Europas. Es geht im Kern nicht mehr um Wirtschafts-, Sozial- oder Fiskalunion – das sind Instrumente zur Erreichung, wie ich heutzutage sage, eines überragendes Zieles –, schon gar nicht mehr geht es um etwas mehr oder etwas weniger Regulierung in Europa, sondern es geht um die Mitwirkung oder die Marginalisierung Europas in der Welt von morgen. Jetzt fange ich nicht, weil Sie das alle kennen, mit China, Indien usw. an. Das ist ja alles richtig; das muss ich hier nicht vortragen. Aber das ist wirklich die Grundfrage: Wirken wir mit, gestalten wir mit, oder lassen wir uns als Europäer marginalisieren?

Deshalb wird die Einigung Europas für die Europäische Union bedeuten, dass wir stärker in den Blick und damit auch in die Zielorientierung der Politik und der europäischen Einigung nehmen: erstens die Verteidigung – nicht nur die militärische, aber auch die militärische – gemeinsamer Interessen und einer europäischen Lebensweise in der Welt. Da geht es nicht nur um Wirtschaft, da geht es auch nicht nur um Politik, sondern da geht es auch um Kultur und um Werte.

Das zweite ist die Erzeugung, Versorgung und Sicherung von Energie für Europa, für die europäische Wirtschaft und damit auch für die Stabilität der Gesellschaft in der Europäischen Union – mit allen Konsequenzen, die das hat.

Schließlich: Wir müssen ein neues Leitbild und neue Formen einer transstaatlichen Demokratie entwickeln. Es wird mir zu viel darüber geredet, wie man einfach nationalstaatliche Demokratieformen und Abläufe auf die europäische Ebene übertragen kann. Das kann man nicht, meine Damen und Herren. Die Europäische Union ist kein Staat, und sie wird auch keiner werden. Das bedeutet, die uns bekannten Formen von staatlicher Demokratie, überliefert aus den letzten zwei Jahrhunderten, müssen neu geformt und neu gesetzt werden für eine transstaatliche Demokratie in Europa. Da sind wir am Suchen. Dafür gibt es keinen Schnittmusterbogen, den man nur auszuradeln braucht und dann hat man das, sondern das muss sich entwickeln. Die Europäische Union ist dabei, das zu entwickeln.

Die letzte Frage zu den Thesen: Geht das eigentlich alles, schaffen wir das, können wir das schaffen? – Meine Damen und Herren, es ist nicht das erste Mal, dass Europa, die Europäische Union

neu gedacht wird. Der Schuman-Plan, die Monnet-Initiative 1950, war ein neues Denken über Europa. 1954/57 – der Verlust der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dann das Hingehen in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war ein neues Denken über die Einigung Europas. Ich erinnere mich an die Eurosklерose, unter der wir in den 80er Jahren in Europa litten und die uns weltweit mit leichtem, verachtungsvollem Lächeln vorgehalten wurde. Sie wurde durch den Binnenmarkt überwunden. In den 90er Jahren – die Wiedervereinigung Deutschlands und die Osterweiterung – begann es zu scheitern; Maastricht war nicht ausreichend, in Nizza haben die Staats- und Regierungschefs versagt, und beim Verfassungsvertrag hat nicht der Konvent, sondern haben zwei wichtige Gründungsstaaten der Europäischen Union versagt, weil sie ihre innenpolitische Situation nicht aus Europa heraushalten wollten. Ich bin also überzeugt davon, dass wir es auch diesmal schaffen können, wenn wir es schaffen wollen.

Ich will Ihnen etwas vorlesen, bei dem ich die Worte USA oder Vereinigte Staaten von Amerika nur durch Europa ersetze:

„Ich weiß, dass Europa infrage gestellt wird. Ich habe das alles schon häufiger erlebt. Es ist ein Lied, das alle paar Jahre gesungen wird. Aber größere Rückschläge haben wir immer wieder überwunden.“

Ich hatte eben genannt: EVG, Römische Verträge, Eurosklерose usw.

„Denn wir haben uns immer wieder neu erfunden und Neues gefunden. Unsere Fähigkeit, immer wieder gestärkt aus einer Krise hervorzugehen, ist beispiellos in der modernen Geschichte. Sie entspringt unserem Modell der Demokratie und“

– ich füge hinzu – unserem Modell von Freiheit und Solidarität, unserem Modell von Frieden und Zusammenarbeit und von Nation und Föderation in Europa.

Das ist aus einem Aufsatz von Hillary Clinton, der vor wenigen Tagen in „Internationale Politik“ erschienen ist. Gemeint war er für die Vereinigten Staaten von Amerika. Ich bin fest da-

von überzeugt, das können wir auch. – Schönen Dank.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Vielen Dank, Herr Hänsch. Ich glaube, Sie haben mit Ihrem Statement dem Titel dieser Veranstaltung Ehre gemacht. Das war in der Tat nicht nur weitergedacht, was ist, und nachgedacht über Fehler, die wir begangen haben, sondern das war der Versuch, etwas neu zu denken. Ich greife aus den reichen Anregungen, die Sie gegeben haben, zwei heraus, die für unsere beiden Europaparlamentarier besonders provokativ sein sollten, nämlich dass die Fiskalunion und Wirtschaftsregierung, die wir brauchen – das war Ihre These –, intergouvernemental sein wird, und für Herrn Schulhoff war vielleicht provozierend, dass die EZB ihre Rolle neu definieren muss und dass für die Zukunftsaufgabe transstaatliche Formen der Demokratie zu entwickeln sind. Das ist im Übrigen nicht nur eine Aufgabe für Europa, sondern daran arbeiten derzeit viele auf der Welt mit. - Herr Lehne, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Statement II

Klaus-Heiner Lehne MdEP, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlamentes

Ich bin von meiner Funktion her im Europäischen Parlament jemand, der sich weniger mit institutionellen Fragen befasst und die großen institutionellen Diskussionen in der Vergangenheit betrieben hat, sondern jemand, der seit 1994 Mitglied im Rechtsausschuss ist und dort überwiegend mit Fragen der Gesetzgebung befasst ist, die schon seit Ewigkeiten in der Mitentscheidung angesiedelt sind, jedenfalls seit November 1993, und deshalb, wenn man das so sagen darf, ein kleiner Gesetzgeber. Da macht man natürlich im Laufe der Zeit auch seine Erfahrungen. Diese Erfahrungen lassen sich in ganz wenige Kategorien einordnen.

Die erste Erfahrung ist die, dass man sehr viel Gesetzgebung macht, viel mehr als den Menschen draußen tatsächlich bewusst ist. Übrigens überwiegend gute Gesetzgebung, wenn ich das

einmal so sagen darf. Natürlich manchmal auch Mist. Aber Mist passiert auf jeder politischen Ebene, passiert ab und zu mal in Brüssel, passiert ab und zu mal in Berlin, passiert ab und zu mal in Düsseldorf. Der Mistanteil – ich habe auch einige Zeit im Bundestag gesessen – ist in Brüssel nicht größer als auf der nationalen Ebene und hält sich durchaus noch in erträglichen Grenzen. Das ist die eine Erfahrung, die man macht.

Die zweite ist die, dass, wenn man dort Gesetzgebung macht, man es ungeheuer schwer hat, mit dieser Gesetzgebung nach außen vorzudringen und nach außen tatsächlich eine Wahrnehmung dieser Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten, insbesondere in dem Staat, aus dem man kommt, zu erzielen. Das hat ganz einfache praktische Gründe.

Ein Thema ist im Grunde schon indirekt von Herrn Nonnenmacher bzw. von Herrn Hänsch angesprochen worden, nämlich die fehlende gemeinsame Öffentlichkeit. Es gibt praktisch keine europäische Medienwelt, wenn man einmal von dieser kleinen Zeitung „European Voice“ und vielleicht sehr begrenzt von der „Financial Times“ oder so etwas absieht. Die Zeitungen, die über europäische Gesetzgebung in Brüssel berichten, sind die wenigen großen überregionalen Tageszeitungen, die es in Deutschland gibt. Die haben, wie wir alle wissen, einen vergleichsweise geringen Leserkreis bezogen auf die Gesamtbevölkerung, die dieser Staat hat. Es ist zwar alles in den zurückliegenden Jahren hier und da besser geworden, aber es ist nach wie vor so, dass bei uns zum Großteil Gesetzgebung halt unter einem gewissen Ausschluss der Öffentlichkeit – aber ein unfreiwilliger Ausschluss der Öffentlichkeit – stattfindet. Das ist ein entscheidendes Problem der fehlenden gemeinsamen Öffentlichkeit.

Das zweite Problem ist, dass die Regelgesetzgebung auf europäischer Ebene eben nicht unmittelbar anwendbare Verordnungen – das wird zwar immer mehr –, sondern im Regelfall Richtlinien sind. Diese Richtlinien werden dann üblicherweise immer zwei Jahre später umgesetzt. Da gibt es einen ganz klassischen Reflex. Ist es einmal eine gute Richtlinie, die zu Hause Begeisterung auslöst, dann kommt der betreffende Minister, macht eine Pressekonferenz und sagt, was er wieder alles Gutes getan hat. Ist es eine, die Ärger auslöst, dann ist das Brüssel schuld,

und man musste das leider umsetzen. Wenn man dann noch ein paar unangenehme Sachen obendrauf gesattelt hat – wir haben jetzt wohl die zweite Bundesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag stehen hat, dass es immer nur eine Eins-zu-Eins-Umsetzung geben soll; ich habe aber in meiner praktischen Erfahrung noch kein einziges deutsches Gesetz gesehen, das eine Eins-zu-Eins-Umsetzung gewesen ist –, wird natürlich gesagt: „Das sind die in Brüssel schuld.“ Das ist der klassische Erfahrungsreflex, den man als Europapolitiker hat.

Ich bin da relativ unempfindlich. Deswegen frustriert mich das auch nicht grundlegend. Aber nichtsdestotrotz: Man ist dann darauf beschränkt, herumzureisen und über Gutes zu berichten, aber dabei eben nicht die breite Masse zu erreichen.

Wir hatten vor einigen Jahren einmal einen irischen Kommissar im Binnenmarktbereich, Herrn McCreevy, der bei der Gesetzgebung den Grundsatz ausgegeben hatte: „Weniger ist mehr.“ Ein Grundsatz, von dem ich meine, dass er im Prinzip richtig ist. Man muss das nur differenzieren und sich auch anschauen, um was für eine Gesetzgebung es geht. In manchen Bereichen ist die möglicherweise tatsächlich überflüssig, in anderen Bereichen ist sie aber auch dringend notwendig. Bei McCreevy – am Rande bemerkt – hatten wir das Problem, dass er das weniger als gar nicht verstanden hat. Das war auch nicht wirklich eine gute Lösung und sicherlich auch eine der Ursachen dafür, dass wir heute in der Finanzmarktkrise da stehen, wo wir tatsächlich sind.

Ich bin schon der Ansicht, dass manche Gesetzgebung wie die augenblickliche Diskussion über die Einführung von Sammelklagen nach amerikanischem Muster oder Diskussionen über Bodenschutzrichtlinien oder ähnliche Themen, die eigentlich klassisch in den Bereich der Subsidiarität einzuordnen sind, Fälle von überflüssiger Gesetzgebung sind. Es gibt aber auch Bereiche, in denen wir echte Probleme haben.

Finanzmarktgesetzgebung! Einer der Gründe für die Krise, in der wir im Augenblick stecken, ist die Tatsache, dass die Finanzmärkte nicht reguliert gewesen sind. Wir haben alle die bittere Erkenntnis gewinnen müssen, dass ohne eine Regulierung von Märkten diese Märkte nicht funk-

tionieren, sondern sich selbst zerstören. Hierzu gibt es eine ganze Menge von Vorschlägen. Der Kollege Giegold ist damit unmittelbar im Wirtschaftsausschuss befasst, und ich bin mitbera- tend im Rechtsausschuss daran beteiligt. Das fängt an bei der Regulierung von Ratingagenturen über die Schaffung von geregelten Märkten für Hedgefonds und Private Equity bis hin zur Veränderung der europäischen Finanzmarktaufsicht hin zu stärkeren zentralen Strukturen mit Verschärfung der Eigenkapitalrichtlinien. Das mag Herr Giegold alles gleich noch im Detail viel ausführlicher auflisten. Das ist alles notwendige Gesetzgebung in Bereichen, wo wir tatsächlich mehr brauchen.

Wir brauchen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen, die im Augenblick vom Binnenmarkt nicht so viel haben, weil sie nicht in der Lage sind, die Rechtssysteme in allen Mitgliedsstaaten beherrschen zu können, auch Enabling Legislation, wie wir das immer nennen. Das heißt, eine gewisse Form von Gesetzgebung, die es diesen erleichtert, auf optionale Systeme zurückgreifen zu können, um tatsächlich den Binnenmarkt auch in ihrem Sinne ausschöpfen zu können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wo es, wie ich glaube, nach wie vor Defizite gibt.

Ein anderer wichtiger Bereich ist der Sektor des Bürokratieabbaus. Ich habe vorhin schon gesagt, Brüssel ist nicht schlechter als alle anderen politischen Ebenen. Überflüssige Bürokratie gibt es überall; die gibt es auch in Brüssel. Da ist aber in den zurückliegenden Jahren jede Menge passiert. Ob das Initiativen von Kommissar Verheugen gewesen sind, wo ganze Pakete von Richtlinien gestrichen worden sind, ob das die Vorschläge aus der Stoiber-Gruppe sind, die übrigens nach meiner Einschätzung außerordentlich effektiv und gut arbeitet und von der viele Initiativen aufgegriffen worden sind. Vor kurzer Zeit hat das Europäische Parlament zusammen mit dem Rat beschlossen, die Bilanzierungsrichtlinien für Kleinunternehmen deutlich zu verändern, zu verbessern und zu erleichtern. Ich behaupte, auch in diesen Sektoren des Bürokratieabbaus brauchen wir mehr qualifizierte Gesetzgebung, um echte Erleichterungen gerade für die mittelständischen Unternehmen zu schaffen.

Es gibt andere Bereiche, wo ich glaube, dass wir mehr Gemeinsamkeiten brauchen, mehr Europa.

Da ist das Stichwort der Außen- und Verteidigungspolitik. Ich bin kein Spezialist. Wenn man aber Leute in der Öffentlichkeit oder bei Umfragen danach fragt, wird man immer hören, dass insbesondere in diesen Bereichen Außenpolitik, Verteidigungspolitik und innere Sicherheit eine größere europäische Zusammenarbeit und größere Bereitschaft dazu akzeptiert wird.

Der Komplex des Themas Strukturfonds und Kontrollen ist ein weiterer ganz entscheidender Punkt. Präsident Schulhoff sprach das vorhin an. Wir leiden darunter, dass uns die Mitgliedsstaaten nicht genügend Möglichkeiten an die Hand geben, diese Kontrollen tatsächlich effektiv ausführen zu können. In der Praxis führt das dazu, dass der Europäische Rechnungshof jedes Jahr bei einem Großteil der verwendeten Haushaltsmittel eben Anmerkungen macht und sagt, das wäre nicht nachvollziehbar.

Fakt ist aber, dass nach unserer Rechtslage, die wir haben, diese Strukturmittel überwiegend von den Regionen vergeben werden und dort die Kontrollmöglichkeiten aus europäischer Sicht außerordentlich begrenzt sind.

Ein weiterer Punkt sind die Statistikrichtlinien. Bei den einschlägigen Veränderungen des Stabilitätspaktes vor zehn Jahren hin zum Schlechten hatte die Kommission aus Kompensationsgründen vorgeschlagen, dann sollten wenigstens die Kontrollbefugnisse der Kommission mit Blick auf die Statistiken verbessert werden. Das ist damals von Frankreich und Deutschland verhindert worden, weil man das nicht wollte. Als die Transparenzregeln für die Ausgaben bei den Strukturfonds und bei den Agrarfonds eingeführt werden sollten, wer eigentlich für was Geld bekommt, war es die deutsche Regierung, die das über lange Zeit hinweg blockiert und dafür Sorge getragen hat, dass erst nach einem sehr langen Zeitraum überhaupt diese Transparenzregelungen durchgesetzt werden konnten.

Übrigens gilt das auch bei Richtlinien. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir auf europäischer Ebene Richtlinien wegfallen lassen und dann der nationale Gesetzgeber die vorhandenen Spielräume, die es im Hinblick auf eine Erleichterung gibt, nicht nutzt. Davon haben wir übrigens auch Beispiele ohne Ende, bei denen die nationalen Gesetzgeber zum Teil höchst unterschiedlicher

Meinung sind oder auch die Regierungen höchst unterschiedlicher Meinung sind und diese Initiativen dann nicht entsprechend weiterverbreiten. Ich glaube, wir brauchen hier viel mehr Kommunikation, mehr Offenlegung, mehr Transparenz und auch sehr oft massive Kritik an dem, was auf der nationalen Ebene dann nicht gemacht wird und nicht geschieht.

Ein Punkt, bei dem ich sicher bin, dass wir dort auch mehr Europa brauchen – das ist das, was im Augenblick verhandelt wird; der Grund, warum Elmar Brok heute nicht hier sein kann, weil er der Verhandlungsdelegation des Parlaments zu diesem Fiskalpakt angehört, der im Augenblick verhandelt wird –, ist der Fiskalpakt. Auch in diesem Bereich brauchen wir bessere und stärkere Regeln. Da bin ich genau bei dem entscheidenden Punkt angekommen: Wir brauchen aber nicht eine Entmachtung der europäischen Institutionen hin zum Intergouvernementalismus. Das brauchen wir definitiv nicht.

Wenn im Augenblick in diesem Pakt Beratungs- und Mitbeteiligungsrechte der europäischen Institutionen, vor allem des Parlaments, faktisch eingeschränkt werden, weil hier Vereinbarungen getroffen werden, die schon heute in der Sekundärrechtsetzungskompetenz des Parlamentes und des Rates liegen, dann ist das absolut inakzeptabel. Das ist ein Beispiel hin zu weniger Transparenz. Das bedeutet – das will ich ganz deutlich sagen – letztlich weg von der Mehrheitsentscheidung hin zur Einstimmigkeitsentscheidung, was schnelle und gute Entscheidungen erfahrungsgemäß in der Vergangenheit verhindert hat. Das ist etwas, was wir als Parlamentarier nicht wollen und wogegen wir uns – das sage ich ausdrücklich – mit allen Mitteln wehren werden, notfalls auch unter Inanspruchnahme des Europäischen Gerichtshofes in dieser Frage. Wir wollen in diesen Bereichen gute Gesetzgebung machen. Ich glaube, wir haben das beim „Sixpack“, bei der Verschärfung des Stabilitätspaktes, gezeigt. Es ist merkwürdig, dass der Rat viele Vorschläge, die von uns gekommen sind, abgelehnt hat und jetzt in den Fiskalpakt mit aufnehmen möchte. Das ist merkwürdig. Das gehört nicht in den Fiskalpakt. Das hätte eigentlich in das „Sixpack“ gehört, also in die Veränderung des Stabilitätspaktes, in die normale Gesetzgebung. Damit hätten wir schon vor Monaten die Probleme, die damit in Verbindung stehen, erfolgreich gelöst.

Ich denke schon, Europa neu denken, das ist keine Frage. Europa ist wie jedes andere System auch Learning by Doing, muss ständig neu überdacht und weiterentwickelt werden. Aber es ist weiß Gott nicht alles schlecht, was wir machen. Das meiste, was wir machen, ist gut und geht in die richtige Richtung. Manchmal wird auch Bockmist gebaut. An einer Verbesserung muss man arbeiten. Das tun wir aber auch. – Danke schön.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Herr Lehne, wenn ich Ihre Ausführungen in einer Formulierung zusammenfassen würde, dann lautet die „Europa weiterdenken – gründlich, besser weiterdenken“. Ich habe Ihren Widerspruch zu der These von Herrn Hänsch vermerkt, dass die europäische Entwicklung in Richtung mehr Regierungszusammenarbeit, mehr Intergouvernementalismus besteht, bis hin zur Klageandrohung. – Herr Giegold, sind Sie derselben Meinung wie Herr Lehne?

Statement III

Sven Giegold MdEP, Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Ich will gern noch einmal ganz direkt beginnen mit der Antwort auf Sie, Herr Präsident. Erst einmal vielen Dank für die Einladung. Ich bin nicht das erste Mal hier, wenn auch sonst immer ein paar Häuser weiter. Das freut mich sehr und zeigt auch, wie sich da vieles normalisiert hat. Früher hätte man Grüne vielleicht eher hinausgeworfen oder mit Dachlatten verhauen, Herr Hänsch. Das ist jetzt vorbei.

(Heiterkeit – Unruhe)

– Bei Ihnen nie, wunderbar. Ich mache gerne Witze. Das waren noch Zeiten, nicht? Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.

(Professor Dr. Günther Nonnenmacher: Das Handwerk ist grün, Herr Schulhoff, oder?)

– Genau. Das ist sehr schön. Zumindest hat es grünen Boden, wie wir gerne sagen.

Ich will direkt in den Mittelpunkt der Debatte gehen, weil ich glaube, wir sind in der Tat in einer Lage, wo allgemeine Orientierungsdiskussionen über Europa nicht mehr weiterhelfen.

Die Menschen sind unzufrieden, und zwar sowohl in den Ländern, die derzeit immer höhere Risiken tragen müssen. Hier ist man unzufrieden, weil man das Gefühl hat, dass unsere Währung bedroht ist – Sie haben das sehr klar gesagt –, dass wir immer höhere Haftungssummen übernehmen müssen und dass die Regeln der Europäischen Zentralbank, mit denen die mal gegründet wurde, nicht mehr gelten. Man fragt sich in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Finnland, auch in den Niederlanden und in anderen Ländern, die eine – ich sage das einmal als Protestant – protestantisch geprägte Wirtschaftskultur haben, was ist da los, und man sagt, das wollen wir so nicht, das haben wir so nicht gewollt.

Umgekehrt sind die Menschen, wenn wir unseren Blick nach Südeuropa, aber auch nach Frankreich richten, dort auch unzufrieden, aber in ganz anderer Hinsicht. In Spanien ist die Jugendarbeitslosigkeit – Sie haben es angesprochen – bei 48 Prozent, in Griechenland 46 Prozent, Rekordarbeitslosigkeit in Europa. Es gibt eine immer tiefere Spaltung. Einige Länder haben eine immer höhere Arbeitslosigkeit, in anderen Ländern läuft es vergleichsweise gut.

Wir alle können uns ausrechnen, dass eine Spaltung der realen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb einer Währung nicht funktioniert. Wir stehen jetzt vor ganz harten Entscheidungen. Man darf dabei nicht darum herumreden, wo wir eigentlich stehen.

Sie haben, Herr Präsident – da widerspreche ich Ihnen jetzt –, im Grunde angedeutet, die schwächeren Länder sollten freiwillig, wie Sie gesagt haben, aus dem Euro ausscheiden. Anders würden sie es nicht mehr schaffen, ohne Abwertung würde es nicht mehr gehen.

Ich will ganz deutlich sagen, was das bedeuten würde: Wenn Griechenland den Euro verlässt, würde das nächst schwächere Land an den Fi-

nanzmärkten kein Geld mehr bekommen. Sobald der Glaube an den Märkten herrscht, dass der Ausstieg aus dem Euro möglich ist, wird in den Ländern niemand mehr investieren. Denn wer investiert in einem Land, wo Abwertung droht? Kein Mensch. Das bedeutet, wir kämen damit in eine Abwärtsspirale. Diese Abwärtsspirale würde uns zutiefst treffen, weil danach unsere eigene Währung zerstört wäre. Diese Krise, diese Abwärtsspirale ist nicht begrenzt auf Griechenland, sondern die Krise hat längst so große Teile der Eurozone erfasst, dass der Weg in das Ausscheiden von wenigen nicht mehr offensteht. Das bedeutet, die Alternative ist die, die Sie und auch Herrn Hänsch genannt haben, wir müssen hin zu einer echten Wirtschaftsunion, von der die Fiskalunion das Herzstück ist.

Fiskalunion bedeutet zweierlei: Zum einen bedeutet sie, dass tatsächlich alle ihre Haushalte, ihre Budgethoheit insofern beschränken müssen, dass sich niemand mehr exzessiv verschulden darf und dass ein relevanter Teil des Budgets wirklich in die Investitionen gehen muss, in die Zukunftsbereiche, in die Bereiche, die in Zukunft Wohlstand schaffen. Das haben viele Länder nicht ausreichend gemacht.

Das bedeutet: Wir brauchen die Kontrolle der nationalen Haushalte, weil nämlich ansonsten andere für das zahlen müssten, was man nicht gemacht hat. Das ist richtig. Da sind in der Tat die wenigen Regeln, die wir hatten, nicht beachtet worden.

Dazu gehört aber auch etwas anderes, und man muss schauen, wie eigentlich die Krise entstanden ist. Die Krise ist ja nicht nur entstanden, weil Staaten zu viel ausgegeben haben. Spanien und Irland hatten gar keine hohe Staatsverschuldung, die hatten eine viel niedrigere Staatsverschuldung. Warum kam es dort zur Krise? Es kam dort zur Krise, weil in massiver Weise billiges Geld in kurzer Zeit eingeflossen ist, eine höhere Inflation erzeugt hat, einen Immobilienboom, ein Übermaß an Beschäftigung, an Wertschöpfung erzeugt hat, die gar nicht von Produktivität getragen war.

Das bedeutet: Es reicht eben nicht aus, nur auf die Staaten zu sehen. Wir müssen auch auf die reale wirtschaftliche Entwicklung schauen. Dafür brauchen wir Kontrollen und Regeln. Das be-

deutet – Sie haben es angesprochen, Herr Lehne –: die Banken, die diese Kredite so billig gegeben haben, müssen in Zukunft für die Risiken, die sie eingehen, wieder selber bezahlen.

(Beifall)

Denn wir zahlen jetzt für die Risiken, die diese Institutionen unter den Bedingungen des Euro eingegangen sind. Dazu sind sie nicht verpflichtet worden, sondern sie haben dies freiwillig gemacht.

Der nächste Punkt ist: Wir müssen dafür sorgen, dass jetzt in der akuten Krise, wenn sich die Länder sanieren, die Länder nicht in eine Abwärts-spirale kommen, die nicht mehr kontrollierbar ist. Das sind die unangenehmen Botschaften für uns. Wir in Deutschland sind ganz klar dafür, dass alle sparen und alle ihre Haushalte in Ordnung bringen und auf Zukunft orientieren. Das sagen wir gerne. Aber wir sagen weniger gerne, dass kein Land wie Italien, Spanien, Griechenland, Portugal das schaffen kann, wenn sie gleichzeitig am Finanzmarkt für Kredite 7 Prozent Zinsen bezahlen müssen, wenn sie schon hoch verschuldet sind. Das können diese Länder nicht.

Genauso werden diese Länder ohne Investitionen nicht auf einen grünen Zweig kommen. Fiskalunion bedeutet nicht nur Zwangsjacke beim Sparen – ich habe klar gesagt, dass das notwendig ist –, sondern das bedeutet auch, günstige Refinanzierung für die Staatsschulden der jeweiligen Länder und eine Investitionsoffensive. Wenn wir nicht beides zusammen machen, dann sage ich Ihnen voraus, dass diese Länder ökonomisch keine Chance haben. Dann werden wir die entsprechenden Kosten zu tragen haben.

Diese Vertiefung Europas im Sinne einer echten Fiskalunion, die auf zwei Füßen steht, geht nur – da schließe ich mich an das an, was Sie gesagt haben – mit einer echten Demokratisierung Europas. Denn die Menschen haben das Gefühl, immer mehr Kontrolle geht uns verloren. Wir wollen demokratische Kontrolle über diesen Prozess. Das Europaparlament hat viel mehr Einfluss als früher. Das letzte, was wir brauchen, ist, dass wieder neue Rechtsbereiche außerhalb demokratischer Kontrolle auf europäischer Ebene geschaffen werden. Wollen Sie wirklich, dass die Zukunft der Wirtschaftsregierung hinter ver-

schlossenen Türen einstimmig von Staatschefs verhandelt wird, nicht im Lichte der Öffentlichkeit? Nein. Deshalb ist es auch falsch, dass der nächste Integrationsschritt rein intergouvernemental ist. Wir brauchen Demokratie in Europa und nicht den Abbau von Demokratie.

Wir nutzen das auch im Europaparlament. Damit will ich dann schließen. Ich bin einer derjenigen, die für die Finanzmarktgesetzgebung verantwortlich sind. Wir im Ausschuss für Wirtschaft und Währung kämpfen genau für das, was Sie gesagt haben, für das dreigliedrige Bankensystem. Wir haben die Institutsicherung für die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen gerettet im Sinne dessen, dass nach wie vor die Sicherungssysteme, die wir dort haben, erhalten bleiben können. Ich bin der Meinung, die Großbanken, die zu groß sind, um sie scheitern zu lassen und eine faktisch öffentliche Haftung haben, müssen unter starke Kontrollen gestellt werden. Gleichzeitig muss man die kleinen, lokal orientierten Banken mit ihren Spitzeninstituten – in einem sitzen wir – gegen falsche Regulierung verteidigen.

(Beifall)

Das ist vernünftige Wirtschaftspolitik. Vernünftige Wirtschaftspolitik bedeutet, das Lokale, die Zukunft zu schützen und gleichzeitig dort europäische Regeln zu verankern, wo wir sie zur Kontrolle der Finanzmärkte, im Bereich des Klimaschutzes und für anderes auf europäischer Ebene zukünftig mehr brauchen. Es geht also nicht um mehr oder weniger Europa, sondern es geht um Europa dort, wo wir es brauchen, und dort, wo wir dringend zu mehr Handlungsfähigkeit kommen müssen.

Wer in Deutschland glaubt, mit populistischen Reden gegen den Euro oder gegen Europa irgendetwas gewinnen zu können für die deutsche Wirtschaft, unseren Wohlstand und unsere Zukunft, der irrt sich ganz gewaltig. Wir sind zu klein. Wir können unsere Zukunft nur gemeinsam verteidigen. Die Reden, die an der kurzen Frist versuchen, die scheinbar billigen Lösungen zu vertreten, irren sich und sind nicht ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen sagen: Es sind harte Fehler gemacht worden. Wir müssen die jetzt korrigieren, aber nicht gegen Europa, sondern im Sinne eines Aufbruchs

zu einem vernünftigen demokratischen Europa. – Vielen Dank.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich stelle fest, nicht nur die Handwerker sind grün, sondern auch die Grünen argumentieren, handwerks-, mittelstands- und genossenschafts-nahe. Ich finde das erfreulich.

Übrigens, Herr Giegold, weil ich früher zum Teil auch einmal Opfer war: Ich weiß nicht, ob die Handwerker je Manschetten vor den Grünen hatten. Die Grünen aber hatten früher jedenfalls Manschetten vor manchen bürgerlichen Publikationen und Medien.

(Widerspruch von Sven Giegold)

Wir sprechen von früher, nicht von heute und nicht von jetzt.

(Sven Giegold: Einverstanden!)

Der Übergang, der jetzt kommen muss, ist vollkommen klar, nämlich zu unserem Wirtschaftswissenschaftler. Es sind ja schon ein paar steile Thesen in den Raum gestellt worden. Erst von Herrn Schulhoff: Die Griechen müssen raus, ob freiwillig oder nicht freiwillig. Herr Lehne hat kurz auf die rechtlichen Komplexitäten, die damit zusammenhängen, hingewiesen. Aber es geht ja zunächst einmal um das Prinzip in dieser Angelegenheit. Herr Hänsch hat gesagt, es geht ums Ganze, also ohne Euro bricht uns der Laden weg. Dies ist eine existentielle Krise. Oder ist das übertrieben? So habe ich Sie verstanden, Herr Hänsch.

(Zustimmung von Dr. Klaus Hänsch)

Herr Giegold und Herr Lehne haben auch von grundsätzlichen Entscheidungen zu einer Wirtschafts- und Fiskalunion gesprochen. Ihrem Nicken, Herr Lehne, habe ich entnommen, dass Sie den Ausführungen, die Herr Giegold vorgetragen hat, auch en detail zustimmen. Das ist eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaft. Ich weiß jetzt nicht, zu welcher Schule Sie gehören, Herr Kirchgässner. Entschuldigung an alle Ökonomen, die im Saal sind. Die Ökonomen sind sich, soweit ich das überblicke, so einig wie-

derum auch nicht, wandeln ihre Meinung über die Zeit. Neulich ist Herr Issing in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – wo sonst? –

(Heiterkeit)

von seiner ursprünglichen These „Die Griechen müssen raus!“, soweit ich das damals verstanden habe, durchaus mit guten Gründen abgerückt. Es gibt also auch in der Zunft der Ökonomen offensichtlich nicht den Stein der letzten Weisheit. Aber den vorletzten Stein, Herr Kirchgässner, den werden Sie uns jetzt zeigen.

Statement IV

**Professor Dr. Gebhard Kirchgässner,
Universität St. Gallen**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung. Wenn Sie fragen, zu welcher Schule ich gehöre: Ich bin ein empirisch arbeitender Ökonometriker. Das ist insofern ganz interessant, weil vor zwei Jahren auf dieser Tagung gesagt worden ist, die Ökonometriker seien an der ganzen Malaise und der Wirtschaftskrise schuld. Jetzt haben Sie einmal einen Ökonometriker eingeladen. Dann können Sie selber feststellen, ob diese Behauptung, die damals aufgestellt wurde, tatsächlich stimmt.

Ich bin gebeten worden, hier ein gewisses Kontrastprogramm zu geben, nämlich über die Erfahrungen zu berichten, die wir in der Schweiz mit der finanziellen Selbstständigkeit untergeordneter Gebietskörperschaften gemacht haben. Das ist ja letztlich auch das europäische Problem, dass es Länder gibt, die finanziell und fiskalpolitisch unabhängig sind, aber eine gemeinsame Währung haben. Bei uns sind es die Kantone.

Die Schweiz ist tatsächlich das einzige Land in Europa mit einem echten Föderalismus. Ein echter Föderalismus ist einer, der auch Steuerhoheit kennt, und nicht wie in Deutschland, wo die Länder keine Steuerhoheit haben. Nur dann kann man wirklich verantwortliche Politik erwarten. Das heißt natürlich auch, dass wir einen Steuerwettbewerb haben. Wir haben nicht nur einen Wettbewerb bei den Ausgaben, bei den Investi-

tionen und bei den Subventionen zwischen den Gliedkörperschaften, sondern auch einen Steuerwettbewerb.

Der schweizerische Föderalismus ist darauf aufgebaut, dass die wesentlichen Steuern, nämlich Einkommen- und Vermögensteuern, in erster Linie kantonale Steuern sind. Die Bundeseinkommensteuer ist erst ein sehr spätes Produkt unserer Entwicklung. Jeder Kanton hat sein eigenes Steuerregime. Es gibt eine Grundlage mit einer mehr oder weniger vereinbarten Bemessungsgrundlage, aber ansonsten hat jeder das Recht, seinen eigenen Steuertarif festzulegen mit eigener Progression. Es gibt gewisse Grenzen durch die Bundesverfassung. Aber das ist relativ gering. Dadurch, dass wir Diskrepanzen zwischen den Kantonen haben, brauchen wir natürlich auch einen Finanzausgleich.

Man mag einwenden, dass die finanzielle Autonomie nur deshalb möglich sei, weil wir ein relativ homogener Staat seien. Aber das stimmt nicht. Wir haben vier Sprachen, wir haben vier Kulturen. Wir haben extreme Unterschiede. Die Schweiz ist keine Kulturnation, sie ist eine Willensnation. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben sich 1848 entschlossen, als unser Bundesstaat nach einem relativ kurzen Bürgerkrieg gegründet wurde, zusammenzustehen. Ich meine jetzt die moderne Schweiz, ich will nicht 700 Jahre zurückgehen auf die Folklore unserer Staatsgründung, auch wenn unser Staat mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges im Westfälischen Frieden unabhängig wurde. Der Bundesstaat existiert erst seit 1848. Es gibt bestimmte zentrale Elemente - eines ist die Neutralität, die heute problematisch ist. Zentral sind aber der Föderalismus und die direkte Demokratie. Diese finanzielle Autonomie ist wahrscheinlich die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt existieren können.

Die wirtschaftlichen Diskrepanzen – das mag Sie vielleicht überraschen – zwischen den Kantonen sind deutlich stärker als die wirtschaftlichen Diskrepanzen zwischen den deutschen Bundesländern. Der Kanton Zug liegt um etwa 300 Prozent über dem schwächsten Kanton, in Deutschland beträgt die Differenz nur 128 Prozent, wenn ich Hamburg mit Mecklenburg-Vorpommern vergleiche. Insofern sind die Diskrepanzen bei uns nicht gerade gering.

Mein eigener Kanton, St. Gallen, ist ein relativ armer Kanton. Im relativen Vergleich steht er nicht viel besser da als Mecklenburg Vorpommern, verglichen mit dem schweizerischen Durchschnitt, und deutlich schlechter als Bremen und das Saarland, die ja bekanntlich immer über Haushaltsnotlagen klagen. Im Gegensatz zum Saarland und zu Bremen ist unser armer Kanton schuldenfrei. Wir hatten im Jahr 2010 Passivzinsen in Höhe von 131 Millionen Franken und Vermögenserträge in Höhe von 157 Millionen Franken. Das heißt also, wir haben mehr an Kapitaleinkommen eingenommen, als wir für Zinsen ausgeben mussten. Das heißt natürlich nicht, dass wir keine finanziellen Sorgen haben. Gerade wegen der Eurokrise und der Auswirkungen, die sich für unsere Exportwirtschaft und für den Tourismus derzeit ergeben, erwarten wir in den nächsten Jahren Defizite, die wir irgendwie decken müssen.

Wie kommt es dazu, dass wir schuldenfrei sind, was ja in Deutschland wahrscheinlich kaum verständlich ist? Wir haben seit 1929 eine Schuldenbremse. Das ist die erste Schuldenbremse, die es in der Schweiz gab. Sie ist relativ einfach aufgebaut. Das geplante Defizit darf einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Wenn es nicht gelingt, dies durch Ausgabenkürzungen sicherzustellen, werden automatisch die Steuern erhöht.

Wenn wir Überschüsse haben, muss angespart werden. Erst wenn ein bestimmter Betrag angespart wurde, der im Gesetz festgelegt ist, dann dürfen die Steuern gesenkt werden, wenn wir immer noch Überschüsse haben. Wenn wir dann wieder in Defizite hineinkommen, darf erst die Ersparnis aufgebraucht werden, und dann müssen eben die Steuern wieder erhöht werden.

Dieses System hat sich in über 80 Jahren bewährt. Im Jahre 1960 hat der Kanton Freiburg ein ähnliches System eingeführt. In der Krise der 90er Jahre haben eine ganze Reihe von anderen Kantonen ähnliche Systeme geschaffen.

Dies besagt, dass ein Kanton für sich selbstständig dieses Problem lösen kann, auch wenn er ein armer Kanton ist. Nun könnte man erwarten, dass in der Situation des Steuerwettbewerbs zwischen so kleinen Einheiten wir so etwas wie ein „race to the bottom“ kriegen. Aber das findet nicht statt. Unsere Infrastruktur, kann sich,

glaube ich, mit allen europäischen Staaten messen. Und unser Sozialstaat ist sehr gut ausgebaut. Auch da müssen wir uns nicht verstecken.

Die Frage ist natürlich, wie funktioniert das bei uns in der Schweiz, dass das mit diesem Steuerwettbewerb geht, der in Europa immer so gefürchtet wird. Nun, es sind vier Elemente:

Das eine ist: Wir haben einen Finanzausgleich. Dieser ist etwas intelligenter konstruiert als der deutsche Finanzausgleich. Wir heben die finanzschwachen Kantone nicht auf 99,5 Prozent des schweizerischen Durchschnitts an, sondern nur auf 85 Prozent. Aber damit können die einzelnen Kantone leben. Wir gleichen natürlich auch Sonderlasten wie topografische Sonderlasten – sprich: durch Berggebiete – und sozioökonomische Sonderlasten – Agglomerationen – aus.

Dann haben wir nicht nur die kantonalen, sondern auch eine eidgenössische direkte Steuer. Das ist die direkte Bundessteuer. Dies ist extrem progressiv, aber relativ mäßig. Der maximale Grenzsteuersatz beträgt 13 Prozent, der maximale Durchschnittssatz 11 Prozent. Aber 6 Prozent aller Steuerpflichtigen bringen 50 Prozent des Steueraufkommens auf. Das heißt also, die Reichen werden damit einigermaßen abgeschöpft. Wir haben außerdem auf Zins- und Dividendeneinkommen eine Quellensteuer von 35 Prozent – ohne Freibetrag.

Das wichtigste ist aber vielleicht – das ist völlig anders als in Deutschland – unsere Altersvorsorge. Die erste Säule unseres Systems, die AHV, soll das Existenzminimum abdecken und wird finanziert über Arbeitgeberbeiträge und Arbeitnehmerbeiträge – 50:50 – ähnlich wie in Deutschland. Wenn man die Invalidenversicherung noch einschließt, sind es 5,05 Prozent für beide Seiten, aber – das ist das entscheidende – für sämtliche Arbeitseinkommen ohne jede Schranke. Das heißt, wenn Sie zwei Millionen im Jahr verdienen, müssen Sie von diesen zwei Millionen diesen Anteil abliefern. Es gibt keine Ausnahmen. Es gibt keine Beamtenprivilegien. Es gibt nichts in der Hinsicht. Alle sind gleichermaßen betroffen. Die Maximalrente im Monat für Verheiratete beträgt etwa 3.000 Franken. Das heißt, sie deckt das Existenzminimum. Das bedeutet, wir haben eine extrem starke Umverteilung in der Altersvorsorge. Das hält das ganze Land zusammen.

Es erklärt immer noch nicht, weshalb es sein kann, dass Kantone nicht einfach eine unverantwortliche Finanzpolitik machen und von den anderen gerettet werden wollen. Dies ist aber aus zwei Gründen nicht möglich:

Erstens: Wir haben eine glaubwürdige Bail-out-Clause, es wird kein Kanton von den anderen gerettet. Das ist auch nicht nötig, weil er ja eigene Steuern erheben kann. Der Kanton Genf ist pro Kopf höher verschuldet als alle anderen Bundesländer außer Bremen. Aber das ist kein Grund für eine Haushaltsnotlage. Er ist übrigens ein ressourcenstarker Kanton, der in den Finanzausgleich einzahlen muss. Sie haben nämlich ein relativ hohes Steueraufkommen. Sie können damit leben.

Wir haben ein System, das, glaube ich, ganz gut funktioniert. Einerseits haben die Kantone sehr viel Selbstständigkeit; sie haben die Möglichkeit, wirklich selbstständig zu agieren. Andererseits funktioniert das Ganze so, dass nicht der eine den anderen ausnehmen will, wobei das System über den Finanzausgleich eine solidarische Komponente enthält.

Wir zeigen also, wie man Steuerhoheit und Steuerwettbewerb in einem relativ kleinen Raum miteinander kombinieren kann. Wenn es im kleinen Raum mit 26 Einheiten in der Schweiz geht, dann sollte es im großen Raum von Deutschland mit 16 Einheiten noch viel besser gehen. Im europäischen Raum müsste es noch einmal viel besser gehen, weil dort die ganzen Probleme, die durch die Kleinheit verursacht werden, nicht auftauchen.

Meines Erachtens könnten sowohl Deutschland als auch die Europäische Union in dieser Hinsicht viel von der Schweiz lernen. Wie gesagt, wir haben nicht das ideale System. Ich sage nicht, dass es ein ideales System gibt. Aber unser System funktioniert besser als viele andere Systeme, die wir heute beobachten können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich führe Ihren heftigen Beifall jetzt einmal nicht darauf zurück, dass viele von Ihnen womöglich Geld in der Schweiz oder Ferienwohnungen in der Schweiz haben.

Die Schweiz hat in der Tat eine Ähnlichkeit mit Europa, eben eine Willensnation. Wobei ich mir manchmal die Frage stelle – ich kenne die Schweiz ganz gut –, ob damit nicht auch etwas kokettiert wird, als ob die Bewohner des Schweizer Jura sich am liebsten den Franzosen anschließen würden, oder die Tessiner wieder Italiener werden wollten. So ist das aus meiner Erfahrung nun auch wieder nicht.

Außerdem: Selbst über dem von Ihnen geschilderten wettbewerbsföderalistischen Paradies sind in den letzten Monaten und Jahren ein paar Wölkchen aufgezogen. Aber wir können am Modell Schweiz – das glaube ich durchaus – einiges lernen. Das sollte in unsere Diskussion eben als Modell einfließen. – Ich bitte jetzt Herrn Zipfel, aus seiner Sicht das Wesentliche an der Europadiskussion noch einmal vorzutragen, nachdem uns Herr Schulhoff ja schon mit seinen weitgehenden Forderungen erschreckt hat.

Statement V

**Dipl.-Volksw. Josef Zipfel,
Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-
Westfälischen Handwerkstages**

Meine Damen, meine Herren! Der Moderator hat mir eben flüsternd noch einen etwas anderen Auftrag mitgegeben. Ich sollte gewissermaßen den Aufschlag für die Diskussion liefern. Er sagte, ich solle, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ein bisschen Pfeffer hineinbringen. Ich bitte deswegen Herrn Professor Hänsch, den ich gleich etwas angehen werde, schon jetzt um Vergebung, wenn ich bei diesem Versuch vor allen Dingen auf seine Ausführungen zurückgreife.

Sie haben ja sehr dezidiert, sehr entschieden gesagt, es gehe um das große Ganze, es gehe nicht um Subsidiarität.

(Widerspruch)

– Ich spitze es zu. Ich habe schon um Entschuldigung gebeten.

Sie haben an Professor Schulhoff gewandt gesagt, dass das eben im Moment nicht das zentrale Thema sei.

Ich möchte Ihnen da ganz entschieden widersprechen. Es geht um das große Ganze. Weil es um das große Ganze geht, geht es auch um Subsidiarität,

(Beifall)

und zwar nicht an allerletzter Stelle, sondern ganz oben auf der Agenda. Ich möchte das folgendermaßen begründen: Eine europäische Währung bedarf langfristig der europäischen Identität. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, ohne europäische Identität langfristig eine europäische Währung zu erhalten. Ich glaube nicht, dass es ohne europäische Identität möglich ist, die Opfer zu bringen, die uns im Moment wie auch immer, über welchen Transfermechanismus auch immer, abverlangt werden.

Europäische Identität stiftet man aber nicht durch Perfektionierung von Verwaltungsabläufen, europäische Identität bekommt man nicht durch administrativ begründete Harmonisierung hin, man bekommt sie nicht hin durch exzessive Standardisierung, man bekommt sie nicht hin durch Normenhypertrophie. Das ist nicht mein Ausdruck; der ist ja fast poetisch. So bin ich nicht veranlagt. Dieser Ausdruck stammt von Roman Herzog, unserem Alt-Bundespräsidenten.

Ich möchte Ihnen zwei einfache Beispiele aus dem Handwerk aus unserer konkreten Erfahrung mitteilen. Herr Rath, ich glaube, seit dem 1. Januar haben wir das neue Schornsteinfegergesetz. Dieses Schornsteinfegergesetz – Sie wissen ja, die Schornsteinfeger üben bei uns unter anderem bestimmte öffentliche Aufgaben aus, sie tun das beliehen aufgrund eines Gesetzes – wurde 2003 aus Brüssel durch ein Vertragsverletzungsverfahren infrage gestellt. Bis 2006 hat die Bundesregierung nicht groß darauf reagiert, auch die Bundesländer nicht, die die Zuständigkeit dafür haben. Daraufhin hat Brüssel den Ton etwas verschärft. Im Ergebnis haben wir jetzt ein neues Schornsteinfegergesetz.

Ich will gar nicht auf die Details eingehen. Im Grunde ist es so, dass dieses Gesetz die Schornsteinfeger zu einigen sehr unangenehmen Piouetten zwingt, aber in der Substanz doch keine allzu großen Änderungen gebracht hat. Ich will auf folgenden Gedanken hinaus: Ich habe in der Vorbereitung zu dieser Diskussion allen

Sachkundigen, die ich kenne – Herrn Ehlert und anderen, so unserem Leiter der Handwerksrolle –, folgende Frage gestellt: Gibt es irgendeinen niederländischen, portugiesischen, spanischen, französischen oder was auch immer Staatsbürger, der am deutschen Schornsteinfegermarkt teilnehmen wollte? Wie heißt der? Wie sieht der aus? Gibt es den? Den gibt es nicht. Die Frage, die sich mir stellt, lautet: Wurde dieses Verfahren gemacht, um konkreten Menschen zu helfen, die eben Geld auf dem deutschen Markt verdienen wollten, oder hat man sozusagen eine Art autonome administrative Selbstbeglückung betrieben?

Zweites Thema: Nehmen Sie die Diskussion um die Handwerksordnung. Es gibt, glaube ich, mittlerweile ein Dutzend Richtlinien, die das Tätigwerden von EU-Ausländern auf handwerklichen Märkten in Deutschland regeln. Wir haben bei der Handwerkskammer Düsseldorf etwa 1.300 Niederländer eingetragen. Probleme sind mir vollkommen unbekannt. Auch hier gibt es keinen einzigen konkreten Fall, keinen einzigen konkreten Menschen, der sich beispielsweise über irgendwas bei der Handwerkskammer Düsseldorf beklagen würde. Trotzdem ist das Thema EU-Verträglichkeit der deutschen Handwerksordnung, mal offen, mal ein bisschen subkutan, eines, das schwebt. Ich frage auch hierzu: Welchem konkreten Menschen, welcher konkreten Person wird denn geholfen, wenn wir da zu einer Angleichung an die Zulassungsfreiheit, die beispielsweise in angelsächsischen Ländern herrscht, kämen? Wie heißt der Mensch? Wo wohnt der? Was macht der?

Ich könnte das jetzt noch weiterspinnen. Ein Lieblingsthema von mir ist der Einheitliche Ansprechpartner. Eine Sache, die mit großem Aplomb aus Brüssel propagiert worden ist. Ich will dazu gar nicht in die Tiefe gehen. Frau Thoben lächelt. Es war unter ihrer Zuständigkeit, als wir die entsprechenden Diskussionen geführt haben. Frau Thoben, ich weiß nicht, ob Sie selber oder irgendjemand sonst den Sinn dieser Aktion verstanden hat.

Ich habe mich auch hierzu wieder erkundigt, was denn konkret durch diesen europäischen Einheitlichen Ansprechpartner bewirkt worden ist. Wir hatten in ganz Nordrhein-Westfalen – ich hoffe, dass die Information stimmt – im gesamt-

ten Handwerk bisher eine einzige Anfrage. Auch hierzu frage ich: Für welchen konkreten Menschen ist denn diese Politik gemacht worden?

Also: Zur europäischen Identität, zur Identitätsstiftung gehört, dass man die Subsidiarität sehr hoch bewertet. Ich vergleiche das gerne mit Folgendem: Es gibt aus der Zeit der absolutistischen Fürsten ein bestimmtes Schönheitsideal. Das heißt, diese Gartenbauten und diese Parkbauten waren rechtwinklig-geometrisch. Jedes Pflänzchen, jedes Kräutchen, das ein bisschen seiner Natur entsprechend hervorgeragt hat, wurde so lange gestutzt, bis es eben die perfekte geometrische Form hatte.

In einer solchen Umgebung fühlt sich der Mensch nicht wohl. Der Mensch fühlt sich auch nicht wohl, wenn alles über den Maßstab des arithmetischen Mittels balbiert wird. Genau das ist das Thema, das Professor Schulhoff beispielsweise bei dem Thema tertiärer Sektor aufgeworfen hat. Die Menschen fühlen sich unter dem Regime des arithmetischen Mittels nicht wohl. Darum gehört, wenn man über das Thema Transferunion, wenn man über das Thema Wirtschaftsregierung, wenn man über das Thema Europa neu erfinden, wenn man über das Thema europäischer Gesellschaftsvertrag und so weiter spricht, die Subsidiarität zwingend dazu. Sonst wird uns das Ganze um die Ohren fliegen, falls es uns nicht schon um die Ohren geflogen ist.

(Beifall)

Für uns im Handwerk steht da im Übrigen einiges auf dem Spiel; denn wir sind eben kein Durchschnitt.

(Heiterkeit)

Ich habe erwähnt, dass wir spezielle Vorstellungen haben, was die Qualität von Unternehmensgründungen anbelangt. Ich habe das duale System erwähnt. Auch das Sparkassenwesen und das Genossenschaftswesen – da hat Herr Giegold vollkommen Recht – spielt für uns eine erhebliche Rolle, ist aber auch nicht europäischer Durchschnitt. Ich finde es auch gut, dass der Bundesrat gegen bestimmte Ideen aus Brüssel tätig geworden ist, weil diese Ideen eben nicht berücksichtigen, dass wir in Deutschland ein funktionierendes System der Institutssicherung

haben und man dem nicht einfach das Thema Einlagensicherung aufpfropfen kann, das vielleicht bei der Deutschen Bank oder bei anderen eine Rolle spielt. Wir haben in dem Bereich also einiges zu verlieren.

Ich habe, weil ich eben das Wort Normenhypertrophie erwähnt habe, das, wie gesagt, von Roman Herzog stammt, mir abschließend ein Zitat aus dieser Rede herausgeschrieben. Da ist vielleicht in anderer Begrifflichkeit, Herr Giegold, aber in der Aussage doch einiges von dem drin, was Sie auch gesagt haben. Ich lese das einmal vor:

„Der Brüsseler Normenhypertrophie, dem Aberglauben, alles und jedes reglementieren zu können, muss entschieden widersprochen werden, und deshalb muss auch den Zentralisierungstendenzen, die es in Brüssel in so reichem Maße gibt, jeder denkbare Widerstand entgegengesetzt werden. Die Welt verändert sich unaufhörlich. Neue Probleme und Gefahren tun sich in immer rascherer Abfolge auf. Neue Möglichkeiten und Chancen ebenso.“

Und jetzt kommt es:

„Wenn da nicht ein Versäumnis das andere jagen soll, ist das die Stunde der kleinen Institutionen.“

(Zuruf: Small is beautiful!)

Darum: Das Subsidiaritätsprinzip ist kein charmantes Relikt aus der katholischen Soziallehre. Das Subsidiaritätsprinzip muss ein integraler Bestandteil eines neuen Gesellschaftsvertrages oder eines neuen Denkens Europas werden, sonst wird uns das alles nicht gelingen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Aussprache

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Vielen Dank, Herr Zipfel. – Ganz kurz zum Faktencheck: Hat einer von Ihnen als Europaparlamentarier eine Ahnung, wie diese neue Schornsteinfegerordnung oder dieser Einheitliche Ansprechpartner zustande gekommen ist?

Klaus-Heiner Lehne: Bei den Schornsteinfegern handelt es sich ausschließlich um ein nationales Gesetz, das geändert werden musste aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens. Ich nehme an, dass es da um Berufszugangsprobleme gegangen ist. Aber es ist ein nationales Gesetz, es ist kein europäisches Gesetz, das dahinter steht. Übrigens handelt die Kommission normalerweise bei Vertragsverletzungsverfahren nicht aus Gründen des Bocks, sondern sie handelt deshalb, weil sie Beschwerden hat. Das ist der normale Fall.

Bei der Dienstleistungsrichtlinie ist in der Tat festgelegt worden, dass dann immer, wenn jemand Dienstleistungen in einem anderen Land als seinem eigenen anbieten will, es einen zentralen Ansprechpartner, eine Art One-Stop-Shop-Prinzip, geben soll, an den er sich wenden kann, damit er nicht mit 20 bis 30 Behörden gleichzeitig zu tun hat. Im Rahmen der Subsidiarität ist den Mitgliedsstaaten freigestellt worden, wo sie dies ansiedeln, ob sie es bei Behörden, Kammern oder wo auch immer ansiedeln. Ich erinnere mich an die Diskussion. Wir haben in Nordrhein-Westfalen diese Frage damals auch intensiv diskutiert, weil dafür in Deutschland, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, die Länder die Umsetzungskompetenz gehabt haben und nicht die Bundesebene. Das nur als Erklärung dazu.

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Herr Hänsch wollte dazu auch noch ein Wort sagen, wohl über die Schornsteinfeger.

Professor Dr. Klaus Hänsch: Ja. – Herr Lehne hat schon zu Recht gesagt, dahinter steckte ein Vertragsverletzungsverfahren. Aber da ich mit dieser Frage nicht direkt im Europäischen Parlament befasst war, jedoch hier in dieser Region sehr viel dazu reden musste, weiß ich auch, woher das kam. Das kam aus einem berühmten deutschen Bundesland, das heute von den Grünen mitregiert wird.

Hier ist also etwas geschehen, was wir in Deutschland dann nie wahrhaben wollen, dass der Anstoß zu solchen Regelungen sehr häufig aus der Bundesrepublik Deutschland stammt. Ich will jetzt nicht die Gelegenheit zu sprechen ausnutzen, ich will aber doch auch ein Wort zu Sparkassen und Banken sagen.

Das ganze Theater hat angefangen, weil deutsche Banken mit einem Vertragsverletzungsverfahren in Brüssel drohten, unter anderem die Deutsche Bank. Wenn wir da immer mit dem Finger auf die anderen zeigen und sagen, da werde Subsidiarität verletzt, dann müssen wir uns daran erinnern, wo es anfängt. Nicht immer, aber in mehr als der Hälfte der Fälle fängt es in Deutschland an aus Sorge, aus Angst, dass wir vielleicht den einen oder anderen Nachteil in einem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union in Kauf nehmen müssten, wenn wir das nicht alles harmonisieren und regeln.

Ich gehöre zu denen, die von Anfang an im Europäischen Parlament versucht haben, unsere dort auch existierenden Versuche zu harmonisieren und zu standardisieren, zurückzudrängen.

Eine letzte Anmerkung dazu: Ich habe zum Thema Subsidiarität, Herr Zipfel, nichts zurückzunehmen. Ich möchte aber doch um Präzisierung bitten. Ich habe nicht gesagt, dass das nicht wichtig ist. Im Gegenteil. Ich weiß, wie wichtig das ist. Ich habe nur gesagt, wenn man neu über Europa nachdenken will, dann hat es keinen Zweck über etwas wie Subsidiarität, Regulierung oder Entbürokratisierung lange zu reden. Was ich seit dreißig Jahren in der europäischen Diskussion erlebt habe, das ist doch nichts Neues, sondern das muss endlich gemacht werden, und zwar die Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen. Darum geht es. Ich wollte neue Gedanken einbringen, und nicht noch einmal das alles wiederholen, was wir seit dreißig Jahren predigen, aber selbst wenn wir dran sind und die Möglichkeit hätten, es zurückzudrängen, nicht tun. Das gehört auch zur Realität in Europa.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Die Frage ist immer: Wer setzt das durch? – Herr Giegold.

Sven Giegold: Ich will gern noch einmal zwei Bälle aufnehmen, die in den Saal geworfen wurden. Vielen Dank an Herrn Kirchgässner für die Kurzeinführung in das wirtschaftliche und politische System der Schweiz, in der Dichte habe ich das noch nicht gehört. Ich kenne darüber nur längere Bücher. In dieser Kürze ist es wirklich angenehm.

Ich möchte auf eines hinweisen. Sie haben im Grunde Folgendes gesagt: Schaut doch mal her. Man kann Autonomie der Kantone haben, gleichzeitig eine gemeinsame Währung, strenge Regeln, dass niemand verpflichtet ist, den anderen herauszuhauen – wo wir jetzt sind –, und Sie haben wohl empfohlen: Macht es doch in Europa so ähnlich! Ich möchte das an zwei Stellen aufgreifen.

Im Grundsatz steht das ja so im Vertrag. Im Grundsatz steht darin, der eine soll den anderen nicht heraushauen müssen. Darin steht kein Verbot, darin steht nur ganz klar, dass es keine Verpflichtung gibt. Jetzt wissen wir, dass wir genau das machen. Man hat einen großen Fonds geschaffen und macht genau das. Warum haben wir nicht ehrlich gesagt: „Griechenland ist pleite“? Warum wurde das nicht gemacht? – Das hat einen ganz klaren Grund: Hätten wir nämlich Griechenland vor zwei Jahren in die Pleite geschickt, wäre unser Finanzsystem in großen Teilen sofort platt gewesen. Die Unterkapitalisierung der Banken und in manchen Teilen sogar der Versicherungen, die nämlich dann auch große Probleme bekommen hätten, war der zentrale Grund, warum man sich nicht getraut hat zu sagen, Griechenland ist so nicht mehr zahlungsfähig. Das ist ganz entscheidend. Zu der Glaubwürdigkeit der Regel „Jeder haftet selbst“ gehört ein solides Bankensystem. Dieses solide Bankensystem hatten wir nicht. Deshalb ist so entscheidend, dass wir dort die Spielregeln einhalten. Hätten die Großbanken die Kapitalisierung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken – ich sage das noch einmal –, dann hätten wir in dem Bereich viele Probleme nicht. Das ist genau der Punkt.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist: Sie sagten – das fand ich sehr interessant –, es gäbe in der Schweiz zwar einerseits die Steuerautonomie und die Fiskal-

autonomie, aber andererseits den Länderfinanzausgleich auf einer Höhe von 85 Prozent plus Sonderlasten. In Europa gibt es im Vergleich Regionalfonds in Höhe von 40 Milliarden Euro für die gesamte EU. Das sind 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn wir auf nur einen geringen Teil von den 85 Prozent ausgleichen würden, dann wäre Europa sehr teuer. Viele Menschen denken ja, Europa wäre unglaublich teuer. An Haushaltssumme umfasste Europa bisher 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon gingen dann 40 Prozent in die Landwirtschaft, 25 Prozent in die Regionalfonds, und der Rest wird für alles andere verwendet. Das bedeutet, wir stehen jetzt in der Tat an dem Punkt, dass wir zwar eine gemeinsame Währung haben, aber keine politische Legitimation für einen Finanzausgleich nach Schweizer Vorbild. Wer wollte denn auf ein Anheben von allen auf 85 Prozent des Durchschnitts bezahlen? Das haben wir nicht. Deshalb habe ich vorhin ganz klar gesagt – ich habe nicht plädiert für einen Finanzausgleich –, wir brauchen parallel zu den Sanierungsanstrengungen Investitionen. Da muss die Europäische Investitionsbank heran. Da muss man die existierenden unternehmerischen Initiativen unterstützen, etwa im Bereich erneuerbarer Energien in Südeuropa. Wir brauchen dort Investitionen, weil die durch Sparen allein nicht wieder auf die Sanierungsschiene kommen.

Als Letztes will ich noch etwas zur Subsidiarität sagen: Das kommt aus der christlichen Soziallehre und aus der katholischen Soziallehre. Sie haben es auch gesagt. Das Subsidiaritätsprinzip sollte aber nicht missverstanden werden im Sinne von „Alles soll möglichst lokal sein“, sondern es sagt sehr klar: „Es soll so lokal wie möglich sein“. Das ist ein großer Unterschied.

(Professor Dr. Günther Nonnenmacher:
Und die obere Ebene soll helfen!)

– Genau. Die obere Ebene soll dafür sorgen, dass die Autonomiefähigkeit da ist. Sie soll also eben nicht Sparkassen, Handwerk und andere quälen, sondern sie befördern. Das Zweite ist, dass wir aber die Probleme, die man lokal nicht lösen kann, überörtlich lösen müssen. Ich will es ganz deutlich sagen: Neben der Eurokrise sehen wir derzeit große Probleme im internationalen Währungssystem. Die sind völlig ungelöst. Wenn wir weiter globalisieren, ohne gleichzeitig zu lernen,

die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme, die daraus entstehen, durch Regeln und Demokratie zu regulieren, ganz im Sinne der Ordnungsökonomik, dass man nämlich einen Ordnungsrahmen für Marktwirtschaft braucht, dann wird es uns bitter ergehen. Das heißt, wer Subsidiarität so missverstehen will, nichts mehr auf internationaler Ebene zu regeln, der führt dahin, dass wir die wichtigsten Zukunftsherausforderungen nicht lösen können. Deshalb brauchen wir eben gleichzeitig den Schutz des Lokalen, den Schutz vor falscher Überregulierung, der Gleichmacherei auf der einen Seite und andererseits ein Mehr, wie ich das vorhin gesagt habe, an internationaler Demokratie in den großen Zukunftsfragen. Wenn wir das in einem Topf verühren, dann machen wir einen ganz schweren Fehler. Gerade wir als Deutsche sollten diesen schweren Fehler nicht machen.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Vielen Dank, Herr Giegold. – Zwei kurze Anmerkungen. Erstens zur Rettung Griechenlands: Griechenland pleite gehen lassen. Meine Erfahrung ist, dass die deutsche Politik – und nicht nur die deutsche –, die Griechenland-Rettung unternommen hatte, weil sie ein Lehman-Trauma hatte. Und nicht nur die deutsche Politik hat ein Lehman-Trauma. Niemand hätte sich vorstellen können, dass der Zusammenbruch der drittgrößten oder fünftgrößten Investmentbank – ich bin mir nicht sicher – das Weltfinanzsystem ins Wanken bringt. Kein Politiker weiß und kein Ökonom kann ihm vorhersagen, was ein Default Griechenlands, ein Ausschluss oder Austritt Griechenlands aus der Eurozone, vom Zaun brechen würde. Es ist diese Angst vor der Unsicherheit, vor dem Ungewissen, die die Griechenland-Rettung im Grunde erst verständlich macht.

Zweite Anmerkung – Herr Zipfel, kein Widerspruch, nur eine Anmerkung –: Einer der Kardinalfehler, den nicht nur Handwerker, sondern auch Journalisten begehen, besteht darin, dass sie Behörden und Politiker für dümmer halten als sich selbst. Wer sagt, die in Brüssel haben nicht begriffen oder die Landesregierung oder Wasweiß-ich-wer hat nicht begriffen, geht meistens fehl. Wenn man mit den Leuten spricht, wissen die sehr genau, worum es geht, und sie haben es gut begriffen. Suchen Sie immer – Herr Hänsch

hat darauf hingewiesen – bei solchen für Sie unverständlichen Dingen nach Interessen. Wer hat ein Interesse daran, dass dies zustande kommt? Und Sie werden – nicht nach dem Prinzip *cherchez la femme*, aber *cherchez l'homme* oder *cherchez intéressé* – immer fündig werden.

Wir haben ganz wenig Zeit für die Diskussion, was mir sehr leid tut. Aber die beiden Europaparlamentarier haben dringende Verpflichtungen, die sich anschließen. Ich würde deshalb für die letzten 15 Minuten bitten, dass Sie Fragen stellen oder Kommentare abgeben zu dem, was wir bisher hier diskutiert haben. – Herr Schauerte.

Hartmut Schauerte: Im Telegrammstil: Die Berufung auf die europäischen Verträge, warum dann Regeln wie bei den Schornsteinfegern sein müssen, sagen natürlich klar, es liegt an Europa. Das ist ja im Vertrag so vorgesehen, dass dieser Unsinn wie bei der für Schornsteinfeger notwendigen Regelung gemacht werden muss. Ich habe sie betrieben, erlitten als zuständiger Staatssekretär. Wir haben uns zwei bis drei Jahre wegen der europäischen Verträge damit beschäftigen müssen. Da kann man ja nicht sagen, das seid ihr schuld, sondern das sind die europäischen Verträge. Wenn sie zu solchem Unsinn zwingen, sind sie verkehrt. Dann muss man an der Stelle nachbessern.

Zweite Bemerkung: Die Staatsverschuldung ist zuallererst ein Demokratiever sagen in den großen Demokratien, in Amerika und in Europa. Warum ist es in Europa noch einmal extra schlimm? Weil durch die Europäische Union und durch den Euro den Staaten wie zum Beispiel Italien, die bereits vor dem Euro 8 oder 9 Prozent Zinsen zahlen mussten, und durch die lasche Handhabung die Auflösung der Risiken erlaubt wurde, sich wieder neu zu verschulden mit 3 Prozent und 2 Prozent, und niemand hat hingeguckt, einschließlich Griechenland. Das ist also auch ein Versagen des europäisch eingeführten Regimes. Wir haben neben der Versuchung von Demokratien, mehr Geld auszugeben als sie einnehmen, das noch einmal erleichtert, indem wir die Preisdisziplin aus den Märkten herausgenommen haben, weil sie sich alle auf europäischem Niveau verschulden durften. Das haben sie dann tatkräftig getan.

Die dritte und letzte Bemerkung: Herr Hänsch, Sie waren sehr unlogisch bei der Frage in der Behandlung von Amerika. Im ersten Teil Ihres Beitrages haben Sie gesagt, wir wollten natürlich keine amerikanischen Staaten sein, ihr Schlusszitat von Hillary Clinton hat uns mit den amerikanischen Staaten gleichgesetzt. Die Amerikaner haben ein Staatsbewusstsein, die Europäer wollen und sollen es nicht haben. Wenn ich das richtig verstehe, sind in Amerika die Probleme nicht besser gelöst. Also eine Größe wie Amerika – Europa wäre größer – ist ja keine Garantie, dass irgendeines der Probleme, die wir heute diskutieren, geringer wäre.

Ich glaube, die Botschaft muss bleiben: Die Vielfalt gilt es zu schützen – das ist der europäische Sonderweg –, die Vielfalt intelligent zu organisieren, einschließlich der Diskussion über die Subsidiarität. Träumen wir nicht von zu viel Chance, jetzt die Dinge zu vereinfachen, weil wir gerade in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht haben. Die zentralistische Antwort ist eine gefährliche. Sie führt in die Irre.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich hatte eine Wortmeldung von Herrn Professor Lorz übersehen.

Professor Dr. Ralph Alexander Lorz: Ich will es auch kurz machen, möchte aber doch noch einmal auf die Ausgangsfrage „Europa neu denken“ zurückkommen. Ich möchte einen Gedanken noch einmal in die Runde werfen, der zwar nicht wirklich neu ist, den vor allem Wolfgang Schäuble und Karl Lamers schon vor 17 Jahren in Ihrer Zeitung, Herr Nonnenmacher, publiziert haben – das Papier wird noch heute zitiert;

(Professor Dr. Günther Nonnenmacher: Es ist ein Klassiker, wenn man so sagen will!)

es ist absolut ein Klassiker –, den eines Kerneuropa. Ich glaube, dass er mittlerweile eine ganz neue Aktualität gewonnen hat, die sich wahrscheinlich auch die beiden Autoren vor 17 Jahren nicht unbedingt hätten träumen lassen. Ich greife das auf, was vor allem Herr Hänsch und Herr Lehne festgestellt haben, nämlich wenn wir den Euro erhalten wollen – und das wollen wir, glaube ich, alle –, dann wird es jedenfalls in bestimm-

ten Bereichen nicht ohne mehr Europa gehen, weil es nicht möglich sein wird, diese Währungsunion ohne eine striktere Kontrolle von Haushalts- und Fiskalpolitik zu erhalten. Herr Lehne hat noch viele andere Bereiche genannt, in denen sicherlich eine Lösung nur auf der europäischen Ebene möglich ist, was ja keineswegs ausschließt, dass in vielen anderen Bereichen die europäische Regulierung zurückgenommen werden könnte. Aber es gibt zentrale Bereiche, in denen ein Ausweg aus dieser Krise nur in einer Vertiefung der Integration liegen kann.

Mir stellt sich da die Frage, ob wir wirklich daran glauben, dass wir das, was wir gerade mit allen möglichen Arten von Fiskalpakten und dergleichen zu schmieden versuchen, mit 27, ab nächstem Jahr 28, wenn die Erweiterung weitergeht, irgendwann mit über 30 Staaten erreichen werden. Wir sehen auch schon jetzt die Entwicklung in Richtung der sogenannten konzentrischen Kreise. Wir haben den Schengen-Raum, der nicht alle 27 erfasst, die Währungsunion selber erfasst ebenfalls nicht alle 27 und wird es wahrscheinlich auf absehbare Zeit nicht tun. Jetzt wird nach dem Entwurf des neuen Fiskalpaktes ein eigener Eurogipfel eingerichtet, neben dem eigentlichen Europäischen Rat. Da entstehen Nebenstrukturen für die Eurozone. Vielleicht geht es auch nicht anders. Das war auch eine Diskrepanz, die wir auf dem Podium gesehen haben.

Meine Frage ist die: Wenn das ohnedies geschieht, wenn das möglicherweise zwangsläufig ist, sollten wir es dann nicht auch positiv besetzen? Sollten wir nicht versuchen, bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern wieder Begeisterung für das europäische Projekt zu wecken, indem wir es nicht bloß als Krisenabwehrszenario sehen, sondern indem wir für den Gedanken einer echten Föderation im Herzen Europas werben, die auch in bestimmten zentralen Bereichen eine einheitliche Philosophie hat, zu der auch ein neues Verständnis von Subsidiarität gehören muss, um auf die Art und Weise einen neuen, einen konstruktiven Ausweg aus der Krise zu weisen? Sollten wir das dann nicht offensiv vertreten?

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich weiß, es ist im Grunde eine endlose Diskussion, aber im Augenblick steht die Frage der Spaltung Europas an. Wie ist in wenigen Worten, wie

schwierig das auch immer sein mag, Ihre Position dazu, Herr Lehne und Herr Giegold?

Klaus-Heiner Lehne: Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gibt es längst, nicht nur von zwei Geschwindigkeiten, sondern, Sie haben die Beispiele angesprochen, wir haben den Schengen-Raum, wir haben den Euroraum, wir haben mit dem Lissabonner Vertrag das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit – das machen wir gerade im Patentrecht, das machen wir im Familienrecht –, wo einfach nur ein bestimmter Teil der Mitgliedsstaaten mitgeht, im Prinzip überall da, wo wir nach wie vor das Einstimmigkeitserfordernis haben und nur darüber hinwegkommen, indem wir dieses Instrument nutzen. Wir werden Ähnliches wahrscheinlich bei der Finanztransaktionssteuer erleben.

Der neue Vertrag gibt genau diese Instrumente an die Hand. Die muss man nutzen, das ist ganz entscheidend. Vor allen Dingen fällt damit auch das Erpressungspotenzial einzelner weg. Machen wir uns doch nichts vor – deswegen stehe ich manchmal fassungslos davor, wie Berlin sich in Fragen der Einstimmigkeit verhält –, Einstimmigkeit führt dazu, dass irgendwelche Nationalisten in Holland oder in Finnland mitbestimmen. Das ist die Konsequenz von Einstimmigkeit. Darum haben wir als größter Staat in der EU überhaupt gar kein Interesse daran, an so etwas festzuhalten. Wir nehmen an fast allen Mehrheitsbildungen teil. Die gucken alle auf uns. Von daher ist das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit außerordentlich hilfreich.

Ich darf auch noch eine Bemerkung zur Subsidiarität sagen: Die ist doch enorm gestärkt worden. Der Lissabonner Vertrag gibt die Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge. Wir haben jetzt auch im Parlament ein geordnetes Subsidiaritätsprüfungsverfahren. Wir haben die Möglichkeit der nationalen Parlamente, vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip klagen zu können. Das ist noch nie passiert, aber wenn das passiert, wird sich dazu Rechtsprechung entwickeln. Das heißt, diese Instrumente sind deutlich durch den Vertrag gestärkt worden.

Zu dem, was Herr Schauerte vorhin gesagt hat, nur einen Hinweis: Er hat natürlich recht, die Dienstleistungsfreiheit ist im Vertrag verankert.

Keine Frage. Den Vertrag hat aber nicht Europa gemacht, sondern den haben die mitgliedsstaatlichen Parlamente gemacht. Die Dienstleistungsfreiheit ist eines der Grundrechte im Vertrag für jeden, der innerhalb der Europäischen Union tätig werden will. Das ist eben die Folge. Wenn ein Verstoß gegen primäres Vertragsrecht besteht, dann muss die Kommission handeln. Wenn sich einer beschwert, muss sie das untersuchen. Dann muss sie entsprechend den Mitgliedsstaat dazu veranlassen, dass er diese Regeln einhält. Das ist ganz zwangsläufig.

Sven Giegold: Ich habe keinen Widerspruch vorzubringen, aber eines will ich noch dazu sagen: Aus meiner Sicht wird es im Bereich der Wirtschaft ein Mehr an Vertiefung brauchen, vor allem innerhalb der Euroländer, als wir das im Rahmen der Verträge in manchen Bereichen haben. Aber schon jetzt sehen die Verträge vor, dass zwischen den Euroländern eine tiefere Harmonisierung stattfinden kann. Deshalb könnten große Teile dessen, was in diesem sogenannten Fiskalpakkt steht, einfach im Rahmen der normalen Gesetzgebung gemacht werden. Wir als Parlament werden diese Punkte auch einfach wieder ins normale Gesetzgebungsverfahren zurückbringen. Dann wollen wir mal sehen, ob die gleichen Länder dann im Rat gegen diese Punkte im normalen demokratischen Verfahren stimmen.

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Diese *Coopération renforcée*, also die verstärkte Zusammenarbeit, hat halt immer noch den Hautgout der Spaltung. Jetzt haben wir die armen Briten sozusagen vor die Tür gesetzt. Das muss – das ist, glaube ich, das, was Herr Lorz gefordert hat – nicht immer als eine Art Spaltung Europas kritisiert werden, sondern man kann es auch umdrehen und sagen, das ist eine Stärkung. Aber das scheint mir noch nicht verbreitete Neigung unter den Mitgliedsstaaten zu sein.

Sven Giegold: Wir bringen gerade technisch Dinge durcheinander. Das eine ist: Zwischen den Euro-Ländern kann stärker harmonisiert werden. Das ist im Vertrag vorgesehen. Das sollte man tun. Damit kann man große Teile des Fiskalpaktes eigentlich wegtun. Darüber hinaus: Auch in anderen Bereichen kann die EU-Kommission weitgehende Vorschläge machen. Dringend notwendig wäre das in einigen Steuerbereichen, wo wir Steueroasen haben, die auf Kosten

ihrer Nachbarn innerhalb der gleichen Union leben. Wenn dann aber die entsprechenden Länder sagen, sie wollten nicht mitmachen, dann kann das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit genutzt werden. Das sollten wir dann auch machen. Da bin ich völlig Ihrer Meinung. Nur ist der Unterschied, dass das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit wie der Vertiefung im Rahmen der Verträge immer bedeutet, Gesetzgebung im Lichte der Öffentlichkeit und unter Beteiligung des Europäischen Parlamentes. Das ist ein ganz großer Unterschied. Wenn im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit, die Regelungen, die für eine Fiskalunion notwendig sind, verankert würden, dann hätten wir in zentralen Bereichen Mehrheitsentscheidungen, wir hätten die Öffentlichkeit und nicht mehr das intergouvernementale Verhandeln hinter verschlossenen Türen mit genau den Problemen der Einstimmigkeit, die Herr Lehne genannt hat. Deshalb bin ich Ihrer Meinung: Wir werden im Moment nicht alle gemeinsam vorwärtslaufen, sondern im Bereich der Wirtschaft mit denen, die wollen und die bereit sind. Das darf aber eben nicht das Ende der Demokratie in Europa sein. Dann wird die Akzeptanz, die jetzt schon leidet, weiter leiden. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Giegold und Herrn Lehne, die uns wegen Terminen verlassen müssen. Ich glaube, Sie haben die Diskussion erheblich bereichert. – Auf meiner Fragerliste habe ich Herrn Weltrich.

Dr. Ortwin Weltrich: Für meine Begriffe ist noch nicht ausreichend deutlich geworden, dass wir hier keine Krise des Euro haben, sondern der europäischen Mitgliedsstaaten. Wenn Professor Hänsch vorhin ausgeführt hat, dass die europäische Verfassung an zwei großen Mitgliedsstaaten gescheitert ist, dann sehe ich das anders. Sie ist daran gescheitert, dass Europa die Menschen nicht mitgenommen hat. Wir stehen jetzt vor der Situation, dass die Europäische Union sich immer weiter mit nachvollziehbaren politischen Begründungen zu Erweiterungsschritten durchgerungen hat und dies umsetzen wollte, indem man immer mehr in die Rechte der europäischen Bürger eingegriffen hat durch immer mehr Gesetzgebung, durch immer mehr Kommissare.

Professor Schulhoff hat das angesprochen. Man hat die Bürger nicht mitgenommen. Das Scheitern der europäischen Verfassung war für mich ein Warnschuss der Bürgerinnen und Bürger in Europa, ausgelöst durch die Dienstleistungsrichtlinie, die man so nicht wollte. Das ist verkannt worden.

Das bedeutet, dass wir Europa nicht konsolidiert haben. Was jetzt dazu führt, dass wir bei der ersten nachhaltig großen Krise so ins Trudeln kommen. Denn die Gemeinsamkeit besteht ja darin, dass die europäischen Mitgliedsstaaten nicht mehr Europa brauchen, sondern wir brauchen den Konsens. Der Konsens ist in den Erweiterungsschritten zum Teil verloren gegangen, der ökonomische Konsens. So ist die Europäische Union ja einmal entstanden.

Nehmen Sie einmal Rumänien und Bulgarien. Daran sieht man es sehr deutlich. Mussten diese Staaten tatsächlich aus politischen Gründen in die Europäische Union?

Wenn man es jetzt herunterbricht auf unsere Mitgliedsbetriebe, dann führt das dazu, dass sich immer mehr abwenden und sagen – und damit haben sie ein Stück weit leider auch Recht –: Europa reguliert zu viel. In der Lissabon-Agenda steht, dass Europa ein wissensbasierter Raum werden soll. Faktisch nivellieren wir aber durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von sehr unterschiedlichen Bildungsabschlüssen in Europa. Wir gehen im Bildungsniveau weiter herunter und sagen, gut, da muss auch der hinein, der nichts gelernt hat. Das ist ja die Freizügigkeit in der Europäischen Union. Stattdessen müssten wir uns zur Spitze des Bildungsniveaus hinbewegen. Herr Zipfel hat das vorhin angesprochen. Da liegt für meine Begriffe ein Kernproblem. Das werden wir nur mit einem neuen Denken Europas lösen. Wir werden es dann wirklich lösen, wenn wir das Subsidiaritätsprinzip nach vorn stellen. Hierzu müssen wir aber eine neue Struktur des Denkens in den europäischen Gremien hinkommen. Daran sollten wir jetzt arbeiten.

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:
Vielen Dank. – Herr Köster.

Dr. Thomas Köster: Ich möchte noch einmal Herrn Professor Hänsch ansprechen. Sie haben gesagt, an die Seite der Fiskalunion werde jetzt

eine europäische Wirtschaftsregierung gesetzt. Da geht es vor allem auch darum, eine wirtschaftspolitische Koordinierung herbeizuführen, um letzten Endes die Wettbewerbsfähigkeit der Länder, die große Schuldenprobleme haben, zu steigern. Hier stellt sich nur die Frage, woher wir eigentlich das Wissen nehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Länder der europäischen Südschiene zu steigern. Die Koordinierung der Fiskalpolitik ist unmittelbar einleuchtend. Aber wenn wir in den Bereich der Koordinierung der Wirtschaftspolitik kommen und im Rahmen des europäischen Semesters blaue Briefe an Länder der Europäischen Union schreiben, dann kommt ein erhebliches Maß an Willkür in die Angelegenheit und es entsteht die Gefahr einer Interventionsspirale, dass man also immer weiter in Richtung zentraler europäischer Direktiven geht, die wir gerade nicht wollen und die Herr Zipfel im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip deutlich angesprochen hat. Meine Frage an Sie, Herr Professor Hänsch, lautet: Teilen Sie nicht die Befürchtung, dass wir uns auf einen abschüssigen Weg begeben, der sehr gefährlich ist und auch die Interessen des Mittelstandes sehr stark negativ berühren kann?

Bärbel Kohler: Ich bin Personalcoach und Trainerin und habe gerade heute in Krefeld bei der Kreishandwerkerschaft eine Gruppe junger Leute betreut. Mir liegt Folgendes sehr am Herzen: Wenn ich mich so im Saal umschaue, ich selbst zähle ja auch dazu, sehe ich graue Haare. Also meine Jugend habe ich hinter mir. Nur wie kann ich die Jugend, mit der ich zu tun habe, für Europa begeistern, wenn trotz Qualifikation keine Chance besteht, eine Arbeitsstelle zu finden, wenn keine Chance für diejenigen besteht, die weniger Glück mit Ausbildung und Hintergrund haben, in eine Arbeit zu kommen, da Gelder für Maßnahmen gestrichen werden, um diese Menschen zu qualifizieren? Wie kann ich für Europa werben, wie kann ich als Handwerker diese Menschen gewinnen und sagen: „Wir bauen ein gemeinsames Europa“? Die haben keine Chance, die sehen keine Zukunft. Es driftet alles auseinander.

Herr Schulhoff hat es in seinen Eingangsworten gesagt: Ausbildung ist so wichtig. Wir müssen dafür etwas tun. Wenn ich gebildete Menschen habe, dann kann ich sie dafür gewinnen. Wenn ich aber denen erzähle, das Geld, was sie ver-

dienen, wird in Kürze nichts mehr wert sein, die Ausbildung, die sie abschließen, bringt ihnen nichts, weil sie keinen Arbeitsplatz finden – mit Zahlen von 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in europäischen Ländern –, kann ich niemand gewinnen. Herr Hänsch und Herr Zipfel, wie kann da eine Lösung gefunden werden?

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich fürchte, dass dies ein sehr komplexes Problem ist. Wir haben im deutschen Rahmen auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, soweit ich sehe, relativ gute Antworten gefunden. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, dass dies nicht zuletzt am dualen System liegt. Ich habe kurz vor Weihnachten mit einer Gruppe spanischer Unternehmer diskutiert, die mich gefragt haben: Was würden Sie denn empfehlen, was wir aus Deutschland importieren sollten? Wir wollen ja so gut werden wie die Deutschen. – Darauf habe ich geantwortet: Arg viel kann ich Ihnen nicht empfehlen, weil ich kein Wirtschaftler bin. Aber bei einem bin ich mir hundertprozentig sicher, bei Ihrer Jugendarbeitslosigkeit von über 48 Prozent: Verändern Sie Ihr Ausbildungssystem. Das ist gar keine Frage.

(Beifall)

Dasselbe Thema habe ich allerdings gestern mit einem französischen Unternehmensberater debattiert – übrigens ist in Frankreich die Jugendarbeitslosigkeit mit über 20 Prozent auch gewaltig –, der mir sagte, wenn wir das verändern wollten, müssten wir die Éducation nationale abschaffen. Das ist das staatliche Erziehungswesen, das Schulen und Hochschulen übergreift, von dem ich gar nicht wusste, dass es auch die Berufsbildung in den letzten Schulklassen einschließt. Man müsste also das gesamte Erziehungssystem umstrukturieren. Das sind Dinge, die vielleicht notwendig und wichtig wären, aber die sich mit Sicherheit nicht von heute auf morgen ändern lassen. Insofern muss die Antwort auf Ihre Fragen, glaube ich, jedes europäische Land für sich und jeweils anders geben, als wir es tun können. Es gab Zeiten – diese Zeiten kommen wieder –, wo Handwerksbetriebe barmend nach Nachwuchs gesucht haben. Solange in diesem Land niemand kapiert, dass er als hundertachtzigtausendster Jurist, der nur Scheidungsfälle bearbeiten darf, weniger Geld verdient als ein erfolgreicher Handwerksmeister, wird man

da womöglich keine Abhilfe finden. Ich habe die Juristen nur erwähnt, weil mir keine anderen einfallen sind.

(Heiterkeit)

Ich kann auch die Politologen erwähnen, obwohl die in Deutschland alle in Brot sind. Ich bin selber einer.

Haben wir noch Wortmeldungen, Fragen? – Es gab einiges, wo Sie direkt angesprochen worden sind, Herr Hänsch. Ich möchte Ihnen noch kurz die Gelegenheit geben, darüber nachzudenken, zuvor aber Herrn Professor Kirchgässner, ein bisschen weg von der Schweiz, etwas fragen, weil, wie schon gesagt, für viele Deutsche die Schweiz eine Art von Idealzustand ist. Sie haben es uns mit diesem funktionierenden Wettbewerbsföderalismus auch so geschildert. Sie haben mir vorhin erzählt, Sie hätten beide Staatsbürgerschaften, also auch die Deutsche. Dann darf man Sie auch ein bisschen was zum Euro beziehungsweise zu Europa fragen. Wenn ich einen Konsens zwischen unseren drei Europapolitikern gespürt habe, dann ist es der – hier waren einige relativierende Gedanken von Herrn Köster –, wir brauchen eine Fiskalunion, eine Wirtschaftsunion, was Ökonomen ja immer gern mit mehr Zentralismus übersetzen. Ich hätte Herrn Giegold übrigens gern noch etwas gefragt, aber diese Frage gebe ich an Sie weiter: Wenn, wie er gesagt hat, eine strikte Kontrolle nationaler Haushalte, und des Finanzgebarens notwendig ist, wie bringe ich das mit der demokratischen Kontrolle der Budgets zusammen, die ja hauptsächlich im nationalen Rahmen stattfindet? Solche Fragen hängen eigentlich nur an der prinzipiellen: Brauchen wir Ihrer Meinung nach eine Wirtschafts- und Fiskalunion, um den Euro zu retten, oder – als Ökonom gefragt – ist der Euro gar nicht zu retten?

Professor Dr. Gebhard Kirchgässner: Ich glaube, dass der Euro zu retten ist, aber ich bin kein Spezialist auf diesem Gebiet. Mich beschäftigen in Währungsfragen derzeit andere Probleme, wie Sie vielleicht nachvollziehen können.

Zur Frage der Wirtschafts- und Finanzunion: Ich bin mir nicht sicher, ob man das braucht. Natürlich sollten die Institutionen etwas umgebaut werden, auch um das Bewusstsein für Europa

etwas zu steigern. Ich wäre zum Beispiel dafür, dass Europa eigene Steuern erhebt. Zur Einführung wäre das idealerweise mit Volksabstimmungen verbunden, wobei man dann nicht mehr das Einstimmigkeitsprinzip haben dürfte. Das würde das Bewusstsein für ein Gebilde schaffen, für das wir allerdings auch etwas bringen müssen – ein, zwei Prozent der Mehrwertsteuer könnten es sein –, sodass die europäische Ebene nicht von der Finanzierung durch die Staaten abhängig ist und damit das ewige Gezerre, wer wie viel zahlt, schon einmal entschärft wäre.

Ich habe Ihnen ja nicht ganz umsonst etwas von den Schweizer Kantonen erzählt. Es gibt dort keine zentrale Haushaltskontrolle; sie sind selbst dafür verantwortlich. Insofern hilft ihnen auch niemand.

Was fehlt, sind zwei Dinge: Zum einen ist das eine glaubwürdige Bail-out-Regel, dass die jeweiligen Länder nicht darauf hoffen können, dass jemand anders für sie zahlt. Zum anderen: Wer in dieser Krise wirklich dramatisch versagt hat, sind die Finanzmärkte. Dass Italien, Spanien und Griechenland – bei Griechenland war es schon relativ lange klar, dass das nicht so geht – an den Finanzmärkten billiges Geld leihen konnten, war eigentlich nicht verständlich. Ein ordentlicher Banker hätte wissen müssen, dass das mit einem Risiko verbunden ist. Man hätte das also anders bewerten müssen, und dann wäre die Eurorettung in erster Linie keine Rettung der französischen Banken gewesen.

(Vereinzelte Beifall)

Da ist etliches schiefgelaufen. Ich bin kein Finanzmarktspezialist, aber offensichtlich gilt: So ideal wie sich die Finanzmärkte in unserer Theorie zu verhalten scheinen, haben sie sich in der Realität wieder einmal nicht verhalten. Das lernt man dann immer einmal wieder.

Ich glaube, die Finanzmärkte haben daraus gelernt, wie man an den Zinsen ja sieht. Vorhin ist völlig korrekt gesagt worden: Vor der Einführung des Euro waren die Zinsen entsprechend hoch, da sie einfach das Risiko widerspiegeln. Wenn dies weiter so gewesen wäre, dann hätten sich diese Länder nicht in diesem Maße verschuldet.

Diese Länder sind deshalb in eine interessante Situation gekommen, weil anfänglich der reale Zinssatz niedriger war als die reale Wachstumsrate. Wenn die reale Wachstumsrate höher ist als der reale Zinssatz – das gibt es für Perioden, das gibt es nicht langfristig; in der Schweiz hatten wir das von 1950 bis etwa 1970 –, dann können sie sich langfristig verschulden, und sie müssen weniger an Zinsen zahlen, als sie an Nettokredit aufnehmen. Das heißt, sie können wirklich Spielraum gewinnen. Im Regelfall ist es aber so, dass der Zinssatz höher ist als die Wachstumsrate, und dann können sie das nicht mehr. Aber das war für diese Länder natürlich ein Anreiz, den sie genutzt haben. Und das ist voll danebengegangen.

Insofern muss man sagen: Wir brauchen funktionierende Finanzmärkte, die offensichtlich hier nicht funktionieren. Wir brauchen wirklich eine glaubwürdige Regel, dass die Länder für sich selber verantwortlich sind.

Ich weiß nicht, wie man das in Europa installieren kann. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte ein bisschen so etwas sein. Aber die ersten, die massiv dafür verantwortlich waren, dass er gebrochen wurde, waren die Deutschen

(Professor Dr. Günther Nonnenmacher: Und die Franzosen!)

zusammen mit den Franzosen. Deshalb weiß ich nicht, wie man in Europa so etwas glaubhaft installieren kann. Wenn das nicht gelingt, muss man möglicherweise zu etwas anderem kommen.

Aus der Schweizer Perspektive oder – wenn Sie so wollen – aus der Subsidiaritätsperspektive bin ich eher für Regeln, die die einzelnen Einheiten zwingt, für sich selber zu sorgen, anstatt es auf eine übergeordnete Ebene zu schieben.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Was insbesondere Griechenland, Portugal und in gewisser Hinsicht auch Spanien angeht, muss man sicher auch zu dem Schluss kommen, dass es natürlich nicht nur um Finanzprobleme, Staatsschuldenprobleme geht – bei Spanien sowieso nicht; da ist gesagt worden, sie hätten gar keine so hohen Schulden.

Aber wie soll zum Beispiel Griechenland einen Produktionsapparat, in dem Güter gefertigt werden, die irgendwo anders gekauft werden wollen, auf die Beine stellen? Wenn sie es können, was ich ihnen wünsche und was ich hoffe, dass es geschieht, dann bestimmt nicht in den nächsten zwei bis sechs Jahren. Hier bedarf es sozusagen des Aufbaus eines neuen Wirtschafts- und Produktionsapparates. Das dürfte für Portugal auch zutreffen. Spanien hat allerdings eine sehr einseitige Struktur: Da gab es eine Immobilienblase; Spanien hat eine überdimensionierten Bauwirtschaft; es gibt dort ein paar Weltkonzerne.

Aber worüber wir uns freuen und beglückwünschen können – etwas, was fast alle anderen Länder nicht haben; die Italiener haben es übrigens –, ist eben dieser breite Mittelstand, das Netz von Unternehmen mit drei Mann, fünf Mann bis 5.000 Mann. Das gibt es in dieser Stärke – auch als Exportnation – in keinem anderen Land.

Herr Zipfel, habe ich Ihnen damit ein Stichwort gegeben? – Nein!

Josef Zipfel: Doch, doch! Ich wollte kurz etwas zum Thema „Budgetdisziplin“, zum Thema „Fiskalunion“ sagen. Wenn ich dazu einmal aus Ihrem Buch von 1997, Herr Professor Schulhoff, zitieren darf:

„Die Wirtschafts- und Währungsunion bedarf eben nicht nur einer starken, gemeinsamen Zentralbank, sondern auch einer wirkungsvollen Koordinierung aller relevanten Politikfelder, kurzum: einer gemeinsamen Budgetpolitik.“

Dass wir sie brauchen, ist ja in gewisser Weise ein Allgemeinplatz. Die Frage ist aber: Warum wurde der Euro eingeführt, ohne dass wir sie haben? Beziehungsweise: Warum wurden die Verträge mit den entsprechenden Bestimmungen – Sie haben es eben angesprochen – schlicht gebrochen? Was gibt uns die Gewähr dafür, dass der neue Fiskalpakt, der jetzt abgeschlossen wird, nicht dasselbe Schicksal erleidet? Ich kenne ihn ja nur aus der Publikation im „Handelsblatt“; dort finden sich ja einige Artikel. Art. 3 besagt danach: Der allgemeine Staatshaushalt muss ausgeglichen sein oder einen Überschuss ausweisen. – Bravo! Ich bin vollkommen dafür. Wir wissen ja alle, dass wir in Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht, was die Prosperität angeht und vor al-

len Dingen was das Zinsniveau anbelangt, eine Nettoneuverschuldung unter exzellenten Rahmenbedingungen haben.

Ich finde den Fiskalpakt prima, ich finde ihn ausgezeichnet. Man sollte das unbedingt tun, nur: Was ist denn bis auf das Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof daran eigentlich neu? Ich frage mich aber auch, wenn ich mir vergegenwärtige, wie eine solche Klage abläuft, was denn dann letztendlich bei der Sache herauskommt.

Ich fand im Beitrag aus der Schweiz einen Gedanken ganz interessant, nämlich das Thema der Finanzierung, der Steuern und der Verantwortlichkeit. Ich glaube, dass letztendlich Demokratie nur dann funktioniert, wenn für den Bürger ein spürbares Verhältnis zwischen Kosten und Leistung besteht. Das will ich gar nicht nur auf Brüssel beschränken, wo ja die Finanzierung für den normalen Bürger – für mich jedenfalls – auch nicht so auf der flachen Hand liegt, sondern auch auf die Kommunalfinanzierung, das System des kommunalen Finanzausgleiches, das System des Länderfinanzausgleiches ausweiten. Wenn man sich die Formeln anschaut, die dahinter liegen, erkennt man eine Wissenschaft, die nur wenige beherrschen. Beim normalen Bürger kommt letztendlich an, dass es keine Verbindung zwischen dem Wunsch gibt, dass beispielsweise der öffentliche Personennahverkehr billiger sein oder eine bestimmte Stadtbücherei ausgebaut werden solle, und dem Tatbestand, dass dafür bezahlt werden muss.

Das heißt: Auf sehr lange Sicht wird sich Europa nicht stabilisieren können, wenn nicht dem Bürger den Kontext zwischen dem, was er bezahlt, und dem, was er bekommt, einigermaßen verständlich dargestellt wird. Und dieses System, das, wie ich vermute, jetzt mit noch abstrakteren Regeln und noch mehr Quellen, zwischen denen Geld hin und her geschoben wird, entsteht, ist, so behaupte ich mal, selbst für Spezialisten nicht mehr durchschaubar. Insofern sollte man dieses Thema „Schweiz“ hier durchaus aufnehmen und sich überlegen, ob man nicht mal in diese Richtung gehen könnte.

Ich will das Thema „Subsidiarität“ jetzt nicht weiter vertiefen. Aber, Herr Professor Hänsch, nehmen wir mal an, dieser Fiskalpakt wäre abgeschlossen. Um überhaupt zu irgendeinem

Überkommen zu kommen, muss so etwas zwischen Regierungen abgeschlossen werden. Aber der geringste Versuch, diesen Fiskalpakt etwa in Deutschland oder sonst wo zur Abstimmung zu stellen, würde wahrscheinlich daran scheitern, dass er keine Mehrheit findet. Ich will nicht sagen, dass so etwas schlecht wäre, nur – das ist das, was Herr Dr. Weltrich vorhin gemeint hat –: Das sind im Grunde alles Alarmsignale. Man hat keine ernsthafte Basis mehr für solche Aktionen. Und darin sehe ich ein riesiges Problem.

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Herr Kirchgässner wollte gerne noch eine Erfahrung aus dem „paradiesischen“ Land als direkte Gegenrede einbringen. Kann man sich das, was in der Schweiz ja mal passiert ist, dass die Bürger gegen eine Steuerensenkung stimmen, für Deutschland vorstellen?

Professor Dr. Gebhard Kirchgässner: Das haben die Züricher Bürger erst vor kurzem gemacht, und 1993 haben wir auf eidgenössischer Ebene für zwei Steuererhöhungen gestimmt. Das ist durchaus nicht so unüblich, wie es vielleicht scheint.

Herr Zipfel, genau in dem Zusammenhang: Wenn Sie wirklich das stärken wollen, dass die Leute wissen, wofür das Geld ausgegeben wird, dann reichen eben entsprechende föderale Strukturen nicht, sondern dann müssen Sie das Finanzreferendum einführen, dann müssen Sie bei großen Projekten die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob sie diese wollen oder nicht. Das ist bei uns in fast allen Kantonen der Fall. Die Leute wissen genau: Wenn sie für dieses Projekt stimmen, dann müssen sie auch dafür zahlen. – Man weiß also sehr genau, wofür man zahlt.

Als unsere Universität vor einigen Jahren erweitert werden musste – das war ein Projekt von 85 Millionen –, musste das durch eine Volksabstimmung im Kanton St. Gallen. Wir haben sie glücklicherweise mit relativ großer Mehrheit gewonnen. Ganz wichtig in diesem System Schweiz ist, dass man einerseits die Verantwortung auf der kommunalen und kantonalen Ebene hat – nicht der Bund, sondern die Kantone sind diejenigen die den höchsten Ausgabenanteil an den gesamten Staatsausgaben haben – und andererseits die Bürgerinnen und Bürger darüber mitentscheiden

können, was an Geld ausgegeben wird und wofür Geld ausgegeben wird.

Wenn Sie diese Verbindung hergestellt haben, dann lösen Sie zwar auch nicht alle Probleme – ich habe schon gesagt: Die Schweiz ist kein Paradies, und wir haben auch unsere Probleme –, aber dann können Sie ein Bewusstsein dafür schaffen. Im Schnitt sind die Schweizerinnen und Schweizer sich sehr viel mehr der Dinge bewusst als die Leute in Deutschland, weil es eben diese Verbindung gibt.

Vielleicht noch eine Bemerkung zur Volksabstimmung, weil immer wieder der Hinweis kommt, dass man über eine europäische Verfassungsänderung zu Volksabstimmungen kommen soll: Ich wäre sehr dafür, aber dann müssen Sie vom Einstimmigkeitsprinzip Abstand nehmen. Mit Herrn Feld, der jetzt im Sachverständigenrat sitzt, hatte ich vor einigen Jahren einen Vorschlag unterbreitet, der in etwa darauf hinausläuft, dass zwei Drittel der Bevölkerung und zwei Drittel der Staaten zustimmen müssen. Dann hätten Sie nicht mehr diese Erpressungsmöglichkeit, und dann wird über das abgestimmt, worum es geht. Wenn in der Schweiz bei Volksabstimmungen Einstimmigkeit der Kantone Voraussetzung wäre und jede Verfassungsänderung von der Mehrheit der Kantone gutgeheißen werden müsste, dann hätten wir fast nie ein positives Ergebnis.

Also: Volksabstimmungen und Einstimmigkeitsregeln sind nicht miteinander kompatibel; das sind zwei verschiedene Dinge. Vielleicht kann man es noch in einem ganz kleinen Rahmen mit sechs Ländern machen, aber mit 27 Einheiten in Europa oder mit 26 Kantonen wie bei uns geht das schlichtweg nicht.

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Ich möchte dazu nur noch einen Hinweis geben, über den wir nicht mehr diskutieren können: Die Schweiz ist ein europäischer Kleinstaat, faktisch ohne Außenpolitik, in kein internationales Bündnis einbezogen, für niemanden eine potenzielle oder gar aktuelle Bedrohung, mit einer Armee als fiktive Landesverteidigung.

(Hartmut Schauerte: Geschützt von Europa! – Weitere Zurufe)

Ich habe viele Schweizer Kollegen, mit denen ich über diese Themen heftig diskutiere und denen ich sage: Wenn ihr Deutschland wärt, würdet ihr Schweizer euch völlig anders verhalten, ja verhalten müssen. Politik reagiert nicht nur aus dem Bauch, sondern auf Zwänge, die außerhalb des eigenen Staatsterritoriums liegen. – Das kommt mir manchmal ein bisschen zu kurz, wenn man da über Idyllen spricht.

Wir haben den Begriff „Verschweigerung“ Deutschlands übrigens in Zeiten der Nachrüstung einmal als ein Schimpfwort betrachtet: Deutschland auf dem Weg in einen Pseudoneutralismus. – Aber das nur als Anmerkung über eine Dimension, die im Grunde auch dazugehört.

Herr Hänsch, vor Ihnen liegt jetzt ein ungeheurer Berg von Meinungen und Thesen. Ehrlich gesagt, würde mich am meisten interessieren, warum Sie der Meinung sind, dass die Zukunft „intergouvernemental“ sei. Aber das ist vielleicht zu technisch. Wenn Sie bitte auf die vielen Fragen und Anmerkungen, die hier kamen, eingehen könnten.

Professor Dr. Klaus Hänsch: Ich will es versuchen und bitte um Nachsicht, dass es mir nicht gelingen wird zu systematisieren. Ich gehe einfach einmal durch, was aus den Beiträgen von mir aus gesehen beantwortungsfähig – nicht beantwortungswürdig; das sind alle – ist, was ich beantworten kann.

Ich fange einmal mit dem Zusammenhang zwischen „bekommen“ und „bezahlen“ auf europäischer Ebene an; Kommunalpolitik lasse ich mal weg. Ich bin als ehemaliger Europaabgeordneter in der Theorie und in meinen Idealvorstellungen natürlich dafür, dass es eine europäische Steuer gibt. Dann könnte man zumindest erklären, dieser oder jener Prozentsatz sei für Europa, zum Aufbau Europas, zu unserer eigenen Sicherheit. Das bekäme man schon hin.

Schauen wir dann aber mal eine Sekunde genauer hin: Wie läuft es bei uns, auch bei den Befürwortern einer europäischen Steuer? Da kommt immer ein kleiner Nachsatz: Aber sie muss aufkommensneutral sein! Meine Damen und Herren, glaubt denn irgendjemand daran, dass eine aufkommensneutrale europäische Steuer – erstens – tatsächlich politisch durchzuhalten ist und

dass sie – zweitens – tatsächlich etwas Zusätzliches bringt? Wenn man es aufkommensneutral macht, dann müsste man in anderen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland natürlich was wegnehmen. Dafür sehe ich – tut mir leid – jedenfalls auf absehbare Zeit nicht den erforderlichen gesellschaftlichen Konsens. Wenn jemand glaubt, dass ein ehemaliger Europaabgeordneter – noch dazu, wenn er Präsident des Europäischen Parlaments war – ein Träumer ist, dann muss ich Sie leider belehren: Ich bin es nicht! Ich schaue mir sehr genau an, was man politisch real hinbekommen kann und was nicht.

Ich bleibe erst einmal bei Herrn Zipfel, aber die anderen kommen auch noch an die Reihe: Warum wurde die Währungsunion eingeführt, ohne dass man eine politische Union hatte? – Ich kann mich daran sehr genau erinnern. Bei der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages haben zum Beispiel kurz danach, bei der Ratifikation in den Mitgliedstaaten, der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sehr deutlich im Bundestag und auch das Europäische Parlament gefordert, angesichts der Schieflage zwischen Währungsunion und mangelnder politischer Union müsse auch die politische Union geschaffen werden.

Ich darf das Europäische Parlament in dem Zusammenhang auch anführen. Es gehörte zu den ersten Entschlüssen des Europäischen Parlaments zum Maastricht-Vertrag zu sagen: Okay, wir machen da mit, aber das muss durch die politische Union ergänzt und vervollständigt werden. Und zu der politischen Union gehörte nicht die Vereinheitlichung, sondern die Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Fiskalpolitik. Koordinierung – das ist ein Unterschied zur Vereinheitlichung dieser drei Politikbereiche.

Es gibt da Einwürfe – vielleicht nicht bei Ihnen, Herr Zipfel, aber man hört sie ja oft, übrigens auch in einigen Diskussionsbeiträgen –, als könne man jetzt noch einmal zurück in die Zeit vor 1992, also vor den Maastricht-Vertrag. Meine Damen und Herren, schon die alten Griechen – also nicht die neuen – wussten: Niemand steigt zweimal in den gleichen Fluss.

Wer glaubt, man könne jetzt noch einmal neu anfangen, wo wir schon zehn Jahre den Euro haben, der ist ein Illusionist, wenn nicht schlimmer: Er ist ein Scharlatan. Das funktioniert nicht. Es

funktioniert weder in Europa noch funktioniert es in der Bundesrepublik Deutschland. Lesen Sie einmal nach, was die Wirtschaftsexperten, die sich ja auch widersprechen, sagen. Sie haben zum Teil berechtigte Kritiken, berechtigte Sorgen, aber wenn Sie genau hinschauen, finden Sie kaum jemand, der sagt: Die Bundesrepublik Deutschland kann und soll auf den Euro verzichten. – Niemand will zurück in die nationale Währung.

(Professor Wolfgang Schulhoff: Das sagt auch keiner!)

– Das sagt niemand.

(Professor Wolfgang Schulhoff: Im Gegenteil!)

– Herr Schulhoff, Sie müssen nicht schimpfen. Niemand sagt das, jedenfalls unter den Experten. – Bitte?

(Professor Wolfgang Schulhoff: Ich habe gesagt: Euro stärken!)

– Ich spreche Sie ja gar nicht an.

(Professor Dr. Günther Nonnenmacher: Wer würde es wagen?)

Ich habe weder „Herr Präsident“ gesagt, noch habe ich „Herr Schulhoff“ gesagt. Ich habe von Wirtschaftswissenschaftlern und -experten gesprochen, die alle berechtigte ...

(Heiterkeit)

– Das passiert einmal.

Ich habe das, was Sie gesagt haben, sehr wohl verstanden, und ich vertrete in der Sache Rettung 100 Prozent Ihre Position. Zu glauben, dass man jetzt aus dem Euro herausgehen und sagen kann: „Das geht uns doch alles nicht mehr an, was wir in den letzten 10 Jahren gehabt haben und gemacht haben“, das halte ich für eine Illusion.

Ich bin sehr froh darüber, dass das in Deutschland kein wesentlicher Teil der öffentlichen Meinung ist, auch in Umfragen nicht und schon gar nicht beim Handwerk. Wir sollten auch nicht so tun, als gäbe es die reale Möglichkeit für die Bundesrepublik Deutschland, aus der Sache auszuweichen. Was Griechenland anbelangt, ist das et-

was anderes; darüber wird wahrscheinlich noch in den nächsten Monaten geredet werden.

Ein wichtiger Punkt sind die Volksabstimmungen. Natürlich bin ich da ohne Illusion: Wenn Sie die „Fiskalunion“ ansprechen und das, was sie bedeutet, auch noch der öffentlichen Diskussion überlassen, dann sehe ich nicht, dass man dafür in der Bundesrepublik Deutschland in einer Volksabstimmung eine Mehrheit bekäme.

Aber wie ist das mit Volksabstimmungen auf der europäischen Ebene? Auf der europäischen Ebene ist es so: Solange einstimmig entschieden werden muss, so lange dominiert das Land, das „Nein“ sagt, alle anderen. Der Verfassungsvertrag ist durch Spanien und Luxemburg angenommen worden – mit großen Mehrheiten. Es hat gereicht, dass Frankreich oder die Niederlande „Nein“ sagen. Damit war die Sache zu Ende. So ist das auch mit jeder anderen Vertragsänderung auf europäischer Ebene.

Es gibt Volksabstimmungen sinnvoller Art. Nur: Lässt man es zu, dass die Bundesrepublik Deutschland überstimmt wird, würde das einen neuen Vertrag erfordern, der dann an Karlsruhe scheiterte, weil das Bundesverfassungsgericht – mit, meinetwegen, vielen Fehlern oder Unzulänglichkeiten – klar gemacht hat, dass über die Substanz der Staatlichkeit Deutschlands nur die Bundesrepublik Deutschland und die Gremien der Bundesrepublik Deutschland entscheiden dürfen. Das heißt: Eine Mehrheit in einer europäischen Volksabstimmung, die aus Franzosen, Niederländern, Finnen oder was weiß ich besteht, hätte vor Karlsruhe aus heutiger Sicht keinen Bestand. Das muss auch die Bundeskanzlerin beachten, wenn sie da intergouvernemental vorgeht und einen Vertrag fordert – so klein und schmal er auch sei.

Aber auf europäischer Ebene gibt es überhaupt nur eine Möglichkeit zur Volksabstimmung über europäische Fragen. Das ist die Frage: „Bleiben wir drin in der Union, oder gehen wir raus aus der Union?“, weil diese Volksabstimmung genau das Land und die Bevölkerung trifft und die Konsequenzen in der eigenen Bevölkerung gezogen werden müssen. In dem Fall heißt es, nicht mehr über andere abzustimmen, sondern über das Schicksal seines eigenen Landes. Das ist

berechtigt, und das ist richtig, aber auch nur für diesen Fall.

Noch ein, zwei Sätze zu anderen Stichworten: Das Versagen des Euroregiments habe ich ja im Blick auf die Schieflage, die bei der Einführung des Euro entstanden ist, erwähnt. Sie ist nicht deshalb entstanden, weil die anderen es zur Bedingung gemacht hätten – das hätten sie nicht machen müssen –, sondern weil es im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Europa die Stimmung gab, dass man dieses mächtiger werdende Deutschland in einer stärkeren europäischen Union auffangen müsse. Und da ist ja was dran.

Der Anfang war nur mit der Währungsunion möglich. Das kann man heute bedauern, man kann es heute sogar scharf kritisieren, aber man muss auch bedenken, was der Ausstieg oder das Abgehen von diesem Weg für die Bundesrepublik Deutschland und für die Interessen unseres Landes bedeutet, nämlich den Zusammenbruch des Vertrauens in die Bundesrepublik Deutschland im restlichen Europa.

Im Übrigen geht es bei dieser Fiskalunion – jedenfalls bislang nicht – richtigerweise nicht um Zentralisierung, auch nicht bei der Haushaltskontrolle, sondern es geht um Koordinierung des Verhaltens der Mitgliedstaaten. Und das ist der Hintergrund, warum ich meine, dass es jedenfalls in diesem Bereich keinen anderen Weg als den intergouvernementalen gibt. Denn das wollen Sie auch nicht – und ich würde Bedenken bekommen, selbst als Europapolitiker –: einer Mehrheitsentscheidung in Brüssel die Gestaltung des deutschen Haushalts zu überlassen, wozu die Bundesregierung nicht selbst „Ja“ gesagt hat. Das ist niemandem zu verkaufen; ich würde es jedenfalls nicht machen wollen. Es muss schon eine Vereinbarung zwischen den demokratisch gewählten Regierungen sein.

Mit einem Nebensatz komme ich jetzt zur Demokratie. Wir reden immer über europäische Demokratie in Brüssel und vergessen dabei, dass die Europäische Union eine Union von Staaten ist, die allesamt, jedenfalls bislang, demokratisch organisiert sind. Und wer das Intergouvernementale gering achtet, der muss wissen, dass der intergouvernementale Bereich von Anfang eine der Säulen der europäischen Einigung gewesen

ist und auch bleiben wird. Schließlich handelt es sich – ich weiß gar nicht, warum wir uns dagegen so wenden – um demokratisch legitimierte Regierungen, die neben dem Europäischen Parlament und zusammen mit dem Europäischen Parlament europäische Entscheidungen treffen.

Zuletzt zu dem Stichwort, dass die Menschen nicht mitgenommen wurden. Ja, das stimmt. Man kann gar nicht bestreiten, dass ein großer Teil der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in einem Teil der anderen Länder, nicht mitgekommen ist, dass es auch der Politik, auch den Medien, übrigens auch den Verbänden, nicht gelungen ist, das, was den Kern dieser europäischen Einigung ausmacht, wirklich zu vermitteln. In den 50er und 60er und auch noch in den 70er Jahren war das der „Frieden“. Ich bin mir klar darüber, dass er heute so selbstverständlich ist, dass er den motivierenden Schub gerade gegenüber den Jüngeren nicht mehr hat. Es kommt ja auch niemand auf die verrückte Idee, dass wir, wenn der Euro nicht mehr da wäre, einen Krieg in Europa hätten. Das ist wirklich Unsinn.

Aber ich bleibe dabei, dass es eine neue Motivation gibt. Und die liegt in der europäischen Kultur, in der europäischen Lebensweise und auch in der europäischen Wirtschaftsstärke, die wir brauchen, um uns in der kommenden Welt behaupten zu können.

Wer glaubt denn, dass es den Jugendlichen, von denen Sie gesprochen haben, auch nur einen Deut besser ginge, dass sie auch nur einen Arbeitsplatz mehr bekämen, wenn wir das, was wir in Europa haben, aufgeben?

Das heißt also für uns, jedenfalls für mich: Wir sind nicht darauf fixiert, das, was wir haben, einfach so fortzuschreiben, sondern wir sind gehalten, das, was wir haben, in der Substanz festzuhalten und dafür zu sorgen, dass es Bestand in der Zukunft hat.

(Beifall)

Professor Dr. Günther Nonnenmacher:

Vielen Dank, Herr Hänsch. – Ich glaube, bei einem solch begeisterten Redner wird sich jeder

am rhetorischen Furor erfreuen, selbst die, die nicht ganz überzeugt sind, Herr Schulhoff.

(Professor Wolfgang Schulhoff meldet sich zu Wort.)

– Nein, auch der Präsident bekommt jetzt das Wort nicht mehr, weil nun der Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags, Herr Andreas Ehlert, mit dem Schlusswort an der Reihe ist.

Ich bedanke mich, während er auf die Bühne geht, bei den verbleibenden Diskutanten. Ich glaube, es war eine Diskussion, die außerordentlich nützlich und wichtig war. Ich hoffe allerdings, dass wir sie nächstes Jahr nicht noch einmal führen müssen.

In diesem Sinne, Herr Ehlert!

Schlusswort

Andreas Ehlert, Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Vielen Dank, Professor Nonnenmacher, vielen Dank an die, die noch auf dem Podium sind. Weil Sie dem Präsidenten das Wort abgeschnitten haben, möchte ich zunächst einmal feststellen: Jeder hier weiß, dass Wolfgang Schulhoff überzeugter Europäer an der Spitze aller, die hier sitzen, ist. Wenn in der Sache kritisch argumentiert wird, dann geschieht dies völlig zu Recht. Denn wir brauchen die offensive Auseinandersetzung, sonst kommen wir keinen Schritt weiter.

Dass wir uns gerade als nordrhein-westfälisches Handwerk das schwierigste Thema herausgepickt haben, das man sich in diesen Tagen vorstellen kann, zeigt, dass wir bei diesen Themen mitreden und auch unsere eigene Stimme dazu erheben möchten. Das Thema ist schwierig, das Thema ist aber auch wahrscheinlich das wichtigste Thema der Gegenwart: „Muss Europa neu gedacht werden?“ Oder wie Professor Hänsch sagte: „Muss Europa weiter gedacht werden?“ Das war spannend, das war fundiert und zumindest zum Schluss leidenschaftlich. Ich hätte jetzt fast „visionär“ gesagt, aber ein Stück weit war es am Anfang auch Erfolgshetorik. Und das stört manchmal. Ich würde mir da hin und wieder

eine ehrlichere Auseinandersetzung wünschen. Nicht alles ist immer richtig, und man muss sich auch kritische Fragen gefallen lassen.

Wir beschäftigen uns derzeit – das hat auch diese Diskussion gezeigt – hauptsächlich mit Fragen, die sich dann um viel Geld drehen. Daran kamen wir in der Diskussion nicht vorbei. Sicherlich ist richtig, dass Europa durch die Verflechtung der Finanzmärkte schon längst eine Haftungsgemeinschaft geworden ist. Das können wir drehen, wie wir wollen. Ob wir drin sind oder draußen – bezahlen müssen wir wahrscheinlich sowieso.

Professor Hänsch hat ja dann den interessanten Satz gebracht: Was kostet uns der Verlust des Euro? Es geht nicht nur um Wirtschaft und Politik. Und der Abgeordnete Giegold glaubte dann auch, dass die Abwärtsspirale in diesem Fall nicht begrenzt ist.

In der Diskussion ging es dann auch um die spannende Frage, ob die Stabilität unserer Währung aus politischen Gründen preisgegeben werden muss, um ein Auseinanderbrechen des Euro zu verhindern. Zumindest habe ich gehört, dass in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht worden sind, die jetzt beseitigt werden müssen. Wir haben das wunderbare Beispiel der Schweiz mit dem glaubwürdigen Bail-out gehört und hier zur Kenntnis genommen.

Zumindest zum Schluss hat diese Diskussion auf der schwierigen Suche nach neuen Regeln für die europäische Währungsunion ergeben, dass wir sicherlich nach einer neuen Vision schreien. Professor Hänsch, Sie haben einmal gesagt: Vision ohne Organisation verkommt zur Illusion. – Aber wir hören ganz gerne immer auch etwas Visionäres. Professor Schulhoff hat das in seinem Eingangsstatement wunderbar auf den Punkt gebracht: Wir brauchen mehr Europa bei den großen Themen, und wir brauchen weniger Europa bei den kleinen Themen.

Ich denke, wir sollten ein wenig mehr Gelassenheit bei den kleinen Themen an den Tag legen. Nicht alles muss europäisch harmonisiert werden. Es bedarf sicherlich auch eines Schutzes vor falschen Überregulierungen. Von den großen Themen sind in der Diskussion einige angesprochen worden wie die gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik und die Haushalts- und Finanzpolitik. Wir haben hier auch die Fiskalunion angesprochen. Der Abgeordnete Lehne beklagte die fehlende Möglichkeit, in Europa einen gemeinsamen Kommunikationsraum zu haben, um Themen dann entsprechend nach außen zu geben.

Ganz sicherlich geht es nicht um eine Entmachtung der europäischen Union, sondern darum, dass wir uns mit den großen Themen beschäftigen und nicht mit den vielen kleinen Feldern des täglichen Lebens. Hier ist die Bodenschutzrichtlinie genannt worden; es gibt sicherlich viele andere Beispiele, um die wir uns in Europa nicht bedingt kümmern müssen.

Der Begriff „Subsidiarität“ ist so oft gefallen, dass ich die Definition noch einmal nennen will:

Dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, darf nicht ihm entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden. Es verstößt gegen die Gerechtigkeit, dass das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch genommen werden muss.

Das sei hier noch einmal zitiert.

Ich spreche natürlich auch für das Handwerk und sage: Wenn wir darüber reden, dass wir in den einzelnen Ländern unterschiedlich gute Lösungen haben, die nicht unbedingt europaweit harmonisiert werden müssen, dann haben wir – Hauptgeschäftsführer Zipfel sprach die Qualität von Unternehmensgründungen an – in Deutschland sicherlich sehr, sehr gute Modelle, die es zu verteidigen lohnt. Und wir wünschen uns, dass unsere Repräsentanten das Engagement und den Mut haben, für unsere erfolgreichen Modelle offensiv zu streiten. Da sind zum Beispiel die Zugangsbeschränkungen. Das Wort hört sich schlimm an, aber zur Qualität des Zugangs zum deutschen Markt gehört natürlich auch unser wunderbares duales Berufsausbildungssystem, das die Hälfte aller jungen Menschen durchläuft. Und die Ergebnisse dieses dualen Berufsausbildungssystems führen dazu, dass die Menschen, die wir dort ausbilden, auf dem Arbeitsmarkt auch gebraucht werden.

Wenn wir solche wunderbaren Beispiele haben, dann sollten wir auch offensiv nach außen dafür werben – auch unsere Vertreter in Brüssel –, dass wir hier in einem Mitgliedsland Best-Practice-Beispiele haben.

Ein Dank an die, die auf dem Podium so eifrig diskutiert haben: an Klaus-Heiner Lehne, Professor Hänsch, Sven Giegold, Professor Kirchgässner von der Universität St. Gallen und an unseren Hauptgeschäftsführer Josef Zipfel. Er war im Übrigen ganz klasse, weil er nämlich dafür gesorgt hat, dass die Diskussion ein bisschen geerdet wurde. Das, was Josef Zipfel gesagt hat, haben wir alle verstanden; ich finde, das hat er ganz herausragend gemacht. Schließlich bedanken wir uns bei Ihnen, Professor Nonnenmacher, Sohn eines Handwerksmeisters, für die hervorragende Moderation.

Dass das Thema so spannend ist, hat nun dazu geführt, dass ich mich besonders kurz fasse. Die Diskussion hätten wir auch noch ein weiteres Stündchen verfolgen können. Aber die Veranstaltung ist ja noch nicht vorbei; sie geht jetzt weiter, und wir wollen uns im Foyer zusammenfinden.

Für die, die auf dem Podium verblieben sind, haben wir noch ein kleines Buchgeschenk. Aus dieser Biografie des Freiherr vom Stein möchte ich zum Abschluss zitieren. Ich trage jetzt nur einen Kernsatz vor; das Buch dürfen Sie dann in Gänze durchlesen. Es gilt,

„[...] die Regierung durch die Kenntnisse und das Ansehen aller gebildeten Klassen zu verstärken, sie alle durch Überzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den Nationalangelegenheiten an den Staat zu knüpfen, den Kräften der Nation eine freie Tätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige zu geben [...] (und) sie von der Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke abzulenken.“

Das sei Ihnen mit auf den Weg gegeben.

Ich sage danke Ihnen allen, dass Sie gekommen sind. Jetzt finden wir uns draußen im Foyer zusammen. – Danke schön.

Dreikönigssessen

Begrüßung und Einführung

Professor Wolfgang Schulhoff, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beginnen etwas verspätet; denn die Diskussion, die wir eben beim Dreikönigsforum führten, hat uns etwas länger in Anspruch genommen. Es ging um die Existenz Europas, um den Euro. Aber damit werde ich Sie heute Abend nicht mehr „belästigen“. Das haben wir eben getan.

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dem traditionsreichen Dreikönigssessen des nordrhein-westfälischen Handwerks in den Räumen der WGZ-Bank. Ihnen allen wünsche ich ein gesundes, ein friedvolles Jahr und auch ein erfolgreiches Jahr, ein Jahr, das besser wird, als die Prognosen, die heute in den Medien abgegeben wurden.

Sie hängen von vielem ab. Und wir müssen ja immer optimistisch nach vorne blicken. Wir als Handwerker, als Unternehmer, müssen das sowieso tun, denn jeder Unternehmer muss mit Optimismus in die Zukunft gehen, und das tun wir auch.

Wieder einmal sehe ich sehr viele Persönlichkeiten aus Handwerk, Politik, Medien, Verwaltung, Justiz und Gesellschaft unter uns. Jeder von Ihnen hätte es verdient, dass ich ihn namentlich hier begrüße. Aber das würde Ihnen zu lange dauern. Deshalb darf ich nur einige ganz wenige namentlich begrüßen.

Für alle anwesenden Präsidentenkollegen aus dem Handwerk begrüße ich unseren obersten Boss, Otto Kentzler.

(Beifall)

Als Hausherrn dieser Veranstaltung begrüße ich in diesem Jahr wieder Werner Böhnke, den Vorstandsvorsitzenden der WGZ Bank.

(Beifall)

Er ist ein großer Freund des Handwerks. Und da er nicht nur sehr sachkundig ist, sondern auch ebenso eloquent, freuen wir uns gleich auf sein Grußwort, das er direkt nach meiner Rede halten möchte. Ich habe den Zeitplan ein bisschen geändert. Wären Sie damit einverstanden? Und da ich kurz rede, können Sie sich jetzt schon darauf vorbereiten.

Herzlichen Dank nochmals für Ihre Gastfreundschaft! Ich glaube in Ihrer aller Namen sprechen zu können: Wir fühlen uns hier wohl. – Und was uns gleich erwartet, wird auch gut sein.

(Beifall)

Als Spitzenvertreter der Wirtschaft begrüße ich den Chef der SIGNAL IDUNA Gruppe, der gerade noch, wie er mir zwischen einigen Reden eben sagte, ein großes Geschäft für unsere Gruppe gemacht hat. Ich darf sagen „unsere Gruppe“: Denn er fühlt sich immer noch dem Handwerk verbunden. Das war der Ursprung, und das wird auch so bleiben. Ich begrüße ganz herzlich Herrn Reinhold Schulte.

(Beifall)

Stellvertretend für die zahlreiche politische Prominenz freue ich mich, die Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Frau Freimuth, begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Des Weiteren begrüße ich Herrn Dr. Papke, Herrn Schmeltzer und Herrn Dr. Petersen aus dem Landtag.

Aus dem Bundestag begrüße ich ebenso herzlich Frau Dött; sie ist die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags.

Stellvertretend für die Medien, die heute zahlreich und prominent vertreten sind – ich frage mich nur, warum –,

(Heiterkeit)

begrüße ich ganz herzlich den Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Herrn Professor Günther Nonnenmacher.

Ich begrüße ebenso den Chefredakteur der „Rheinischen Post“, Herrn Sven Gösmann.

(Beifall)

Ich begrüße den Chefredakteur der „Westdeutschen Zeitung“, Herrn Martin Vogler.

(Beifall)

Ich begrüße die Chefredakteurin des Landesprogramm des WDR, Frau Gabi Ludwig. – Alle seien herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders begrüße ich natürlich den Festredner des heutigen Abends, Herrn Christian Lindner.

(Beifall)

Herr Lindner wird sich in seinem Vortrag mit dem Thema „Freiheit“ beschäftigen. Und auch ich möchte heute Abend damit beginnen.

Meine Damen und Herren, kurz vor Weihnachten ist Václav Havel gestorben, eine der größten Symbolfiguren für die friedliche Revolution in Ost- und Mitteleuropa im Jahre 1989.

In einem seiner letzten Artikel bin ich auf ein eindrucksvolles Bild der Freiheit gestoßen. Ich zitiere:

„Die Freiheit ist wie das Meer. Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.“

Ich finde, das ist ein wundervoller Satz, ein Satz, ein Bild, so überwältigend und stark, dass man es einem Politiker nicht zutraut. Vielleicht liegt es daran, dass Havel eben mehr war als nur ein Politiker – das ist aber keine Politikerschelte; Sie können sich also ganz beruhigt zurücklehnen –, denn er war zuallererst, zumindest ein Großteil seines Lebens, immer auch ein Dichter. Das mag hierbei eine Rolle gespielt haben. Aber noch entscheidender scheint mir etwas ganz anderes zu

sein: Václav Havel war jemand, der die Erfahrung der Unfreiheit am eigenen Leibe erfahren, kennengelernt und gespürt hat. Ein so eindringliches Bild kann nur jemand finden, der eben lange Zeit nicht frei war, dem lange Zeit nur die unerfüllte Sehnsucht nach der Freiheit geblieben ist.

Auch in unserer Gesellschaft wird immer wieder die Freiheit propagiert, fast in jeder Rede. Aber allzu häufig handelt es sich hierbei um falsche Freunde der Freiheit. Um nur ein Beispiel zu nennen: In den letzten Jahren haben etliche Finanzmarktakrobaten – ich spreche nicht von den Bankern hier; um das noch einmal zu betonen –, getrieben von einer maßlosen Gier, durch ihr verantwortungsloses Handeln das Vertrauen der Menschen in die Idee der Freiheit untergraben.

Das, was sie taten, taten sie angeblich im Namen der Freiheit. Durch ihr Verhalten haben sie die Idee der Freiheit in furchtbarer Weise diskreditiert. Das, was sie Freiheit nannten, war nur ein Zerrbild der Freiheit; denn sie haben die Freiheit mit Rücksichtslosigkeit und Raffgier und mit Verantwortungslosigkeit verwechselt, sei es wissentlich oder sei es unwissentlich. Auf jeden Fall aber waren die Auswirkungen katastrophal. Leider ist ein Großteil dieser Akteure immer noch in vielen Bereichen der Wirtschaft tätig, insbesondere in der sogenannten Finanzindustrie. Ich will noch einmal sagen: Wir sind froh, dass wir das gegliederte Bankensystem in Deutschland haben. Wir hatten nämlich vielmehr wirkliche Freiheit bei uns.

Um mit dem Gut Freiheit richtig umzugehen, um die Freiheit richtig zu verstehen, brauchen wir deshalb eine andere Sichtweise als die derzeit teilweise vorherrschende. Wir müssen Freiheit verstehen als eine umfassende Ordnungsidee, und zwar als eine Ordnungsidee mit ganz vielen Dimensionen. So müssen wir Freiheit immer in Zusammenhängen denken: Freiheit und Menschlichkeit, Freiheit und Respekt, Freiheit und Toleranz, Freiheit und Leistungsbereitschaft, Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Bindung, Freiheit und Solidarität und schließlich Freiheit und Demut. Ich habe das eben noch einmal in einer Rede gesagt, dass es Politikern manchmal auch sehr gut tut, mit Demut einige Dinge zu betrachten.

Das alles sind keine Gegensätze. Das zeigt nur: Wir brauchen eine umfassende, eine mehrdimensionale Idee von Ordnung, in deren Mittelpunkt die Freiheit steht. Es ist die Freiheit, die als stimulierende Idee im Zentrum unseres Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft stehen muss.

Damit bin ich wieder bei unserem heutigen Festredner, den ich nochmals ganz herzlich begrüße. Denn Sie, lieber Herr Lindner, gehören nicht zu denen, die uns ein Zerrbild von Freiheit unterjubeln wollen. Ganz im Gegenteil: Wer Ihre programmatischen Stellungnahmen aus den letzten Jahren kennt, der weiß, dass Sie immer für einen vielschichtigen, mehrdimensionalen Begriff der Freiheit geworben haben. Sie haben auch wiederholt von den vielfältigen Bedrohungen gesprochen, denen die Freiheit ausgesetzt ist.

Vor diesem Hintergrund muss ich gestehen: Die Nachricht von Ihrem Rücktritt als Generalsekretär der FDP hat mich nachdenklich gestimmt. Denn ich halte Sie für ein außerordentliches politisches Talent – das habe ich Ihnen schon vor einem Jahr oder zwei Jahren, als wir uns kennengelernt haben, gesagt –, und das in einem Land und in einer Zeit, die mit politischen Talenten nicht allzu reichlich gesegnet ist. Zum Glück gehören Sie dem Deutschen Bundestag noch an. Vielleicht kann sich ja Ihr Talent dank der jetzt wiedergewonnenen Freiheit noch mehr entfalten als bisher.

(Beifall)

Hier bei uns jedenfalls können Sie frei von der Leber weg reden, ohne Scheuklappen und ohne Sprechverbote. Ich bin ganz sicher, dass Sie das auch hier gleich wahrnehmen werden.

Ich freue mich schon auf Ihre Rede, aber ich freue mich zuvor jetzt auf das Grußwort unseres Gastgebers, Herrn Böhnke, und darf uns allen von dieser Stelle schon einen schönen, einen geruh-samen und einen entspannten Abend wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Grußwort

**Werner Böhnke,
Vorsitzender des Vorstands der
WGZ BANK AG Westdeutsche
Genossenschafts-Zentralbank**

Lieber Herr Schulhoff! Lieber Herr Kentzler! Lieber Herr Lindner! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme sehr gerne die Gelegenheit wahr, auch in diesem Jahr das Grußwort an Sie zu richten, nachdem sich im letzten Jahr mein Kollege Herr Wolberg mit einigen Bemerkungen an Sie hat wenden dürfen.

Herr Schulhoff, ich folge natürlich der Regie, die Sie formuliert haben. Sie haben mich mit meinem Grußwort nun vor den ersten Gang gesetzt, was eine nicht unbeträchtliche Herausforderung darstellt; denn ich kann mir vorstellen, dass es die Gäste drängt, nun auch einen Bissen zu sich zu nehmen.

Sie sind es gewohnt, meine Damen, meine Herren, dass ich das Grußwort nicht nur mit gebotenen Artigkeiten, die ein Gastgeber zu formulieren die Pflicht hat, verbinde, sondern es auch, mit einigen Bemerkungen verknüpfen darf.

Wenn Sie heute im Hause der WGZ Bank Gast sind, dann darf ich Ihnen natürlich im Namen des Vorstandes der WGZ Bank das Willkommen zurufen. Ich darf Ihnen das Willkommen auch im Namen unseres Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Philipp, zurufen, den ich an dieser Stelle einbinden darf. Sie sehen, diese Bank wird auch aus dem Handwerk heraus beaufsichtigt.

Und ich darf Ihnen, meine Damen, meine Herren, auch das Willkommen im Namen hier anwesender Vorstände von Volksbanken und Raiffeisenbanken zurufen. Sie wissen, dieses Geldhaus wird getragen von Volksbanken und Raiffeisenbanken in den Regionen in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz.

Jahreswechsel 2011/2012 – Start in eine neue Runde, Start in ein neues Jahr, Start in das Jahr 2012!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen bei dem Jahreswechsel gegangen ist, ob Sie auch entdeckt haben: Manch Vertrautes ist abhanden gekommen, Verlässliches zählt nicht mehr, und das, was unser

Erfahrungsschatz bereithält, eignet sich vielleicht nicht mehr so hinreichend für das, was es zu bewältigen gilt, weil wir viele Dinge zum ersten Mal erleben, weil es viele Dinge so noch nicht gegeben hat.

Ein kurzer Blick aber auch auf die Ökonomie, meine Damen und Herren, weil wir heute nur am Rande darüber gesprochen haben! Ich glaube, er verdient Erwähnung.

Wir haben zur Kenntnis genommen – Herr Schulhoff, Sie haben darauf hingewiesen –, dass das deutsche Handwerk eine hervorragende Entwicklung im Jahre 2011 genommen hat, im Übrigen auch die deutsche Wirtschaft. Jetzt ist es amtlich: Das Wirtschaftswachstum addiert sich bei rund 3 Prozent. Ein tolles Ergebnis – übrigens von wenigen so prognostiziert. Aber wir wissen ja, wie das mit den Prognosen ist, und jeder von Ihnen hat Beispiele vor Augen, aus denen abzuleiten ist, dass selbst kompetenteste Betrachter mit ihren Prognosen nicht immer richtig liegen.

Beispiele der Art sind Ihnen geläufig. Amüsant ist vielleicht das folgende: Gottlieb Daimler hat einmal auf die Frage, wie er denn weltweit den Bedarf an Automobilen beurteilt, die Nachfrage auf maximal 5 Millionen Automobile geschätzt. Interessant war die Begründung: „Ein Mehr“, so fügte er hinzu, „wird allein schon daran scheitern, dass es nicht genug Chauffeure gibt“.

(Heiterkeit)

Ein weiteres Beispiel: Sie kennen die IBM. Dort gab es einen Vorstandsvorsitzenden namens Watson, der gefragt worden ist, wie er denn den Weltmarkt für Computer einschätzt. Die Antwort mag man gar nicht glauben, immerhin galt Watson als ein Mann mit hoher Profession. Er schätzte den Weltbedarf für Computer maximal auf fünf große Rechner ein.

Also: Die wirtschaftliche Entwicklung war gut, und wie sie im Jahre 2012 werden wird – wer weiß! Die aktuellen Prognosen kennen Sie; sie sagen einen Rückgang des Wirtschaftswachstums voraus, aber immerhin noch ein Wachstum.

Erfreulich finde ich übrigens den Hinweis, der uns gegen Jahresende erreicht hat, darauf, was sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt getan hat.

Wir haben hier heute Nachmittag einige Bemerkungen zu Europa gehört. Ich finde, wir haben ein großartiges Resultat, im Übrigen ein großartiges Ergebnis auch einer tollen Zusammenarbeit zwischen Politik auf der einen Seite und Wirtschaft auf der anderen Seite vorzuweisen: tolle Leistungen der deutschen Unternehmen, tolle Leistungen des deutschen Mittelstandes. Sie wissen: Nie zuvor standen in diesem Lande so viele Menschen in Arbeit und Brot. Und nie zuvor seit der Wiedereinigung hatten wir einen derart niedrigen Stand an Arbeitslosen.

Alles in Ordnung so weit – möchte man meinen –, wenn nicht, ja wenn nicht diese fürchterliche Staatsschuldenkrise gewissermaßen wie ein Damoklesschwert über allem läge. Hier haben wir in der Tat im Jahre 2011 – ich muss das so deutlich sagen – so etwas wie einen Paradigmenwechsel erlebt. Zum ersten Mal hat ein europäisches Land seinen Gläubigern erklärt: Wir zahlen nicht alles zurück, was wir zur Rückzahlung versprochen haben.

Ich halte es übrigens für wichtig, meine Damen und Herren, dass wir von Deutschland aus nicht immer nur auf die anderen zeigen. Auch das ist eine Nachricht zum Jahresende. Ich glaube Sie, Herr Gösmann, hatten getitelt: Schuldenstand so hoch wie nie! – Es sind über 2 Billionen Euro in diesem Lande – in runden Zahlen –: 1,3 Billionen Euro für den Bund, 600 Milliarden Euro für die Länder und rund 150 Milliarden Euro für die Städte und Gemeinden.

Allein im dritten Quartal ist der Schuldenstand um 12 Milliarden Euro gestiegen. Das nimmt keiner mehr zur Notiz. Und im Augenblick findet man Trost darin – mir begegnet das hier und da –, dass die Verschuldung ja so günstig sei wie nie. Inzwischen ist der Bundesfinanzminister so weit, dass, wenn er Kredit aufnimmt, er den Schuldner bitten darf, doch bitte noch etwas hinzuzulegen. Wir sind also so weit, dass manche Geld herauskriegen, wenn sie sich verschulden.

Meine Damen und Herren, ich will das nur mit einem Pinselstrich beschreiben: Hier kommt übrigens Deutschland unmittelbar die Alternativlosigkeit, die viele Anleger belastet, und die tiefe Verunsicherung, die viele Anleger berührt, zutage. Also, der Bund verdient.

Ich glaube, dass wir die Verschuldung auch in diesem Lande völlig unterschätzen. Europa kommt nicht umhin festzustellen – ich nenne jetzt kein einzelnes Land, sondern meine Europa insgesamt –: Wir leben über unsere Verhältnisse.

Dass Deutschland übrigens die Chance verpasst hat, im Jahre 2012 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, finde ich höchst bedauerlich; auch das klang heute Nachmittag an. Wann, wenn nicht in diesen Zeiten, wollen wir daran denken, mindestens einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen? Und wann wollen wir Überschüsse erzielen? Jedes Wirtschaftsunternehmen wäre in der Lage gewesen, bei einem Haushalt von rund 450 Milliarden Euro 25 Milliarden Euro einzusparen. Das sind rundgerechnet fünf Prozentpunkte. Jedes Wirtschaftsunternehmen ist nicht nur einmal in der Pflicht, einen solchen Kraftakt zu bewerkstelligen.

Dann und wann – gestatten Sie mir, dass ich darauf mit nur einer kurzen Bemerkung eingehe – höre ich den Hinweis, wir hätten die Staatsverschuldung in Europa nicht, hätten wir die Banken nicht retten müssen. Ein irreführender Hinweis!

Ich will das mit drei Ziffern verdeutlichen: Die Staatsverschuldung in Europa hat sich von 2008 bis 2010 gemessen in Prozent zum BIP um 18,7 Prozentpunkte erhöht. Das ist nicht wenig in drei Jahren. Von diesen 18,7 Prozentpunkten sind 2,6 Prozentpunkte für Bankenrettungsmaßnahmen im weitesten Sinne aufgewandt worden und 2,4 Prozentpunkte für Konjunkturprogramme der verschiedenen Art. Sie wissen, wir haben in Deutschland – etwas volkstümlich formuliert – von der „Abwrackprämie“ gesprochen. Der Rest – nach Adam Riese sind das 13 Prozentpunkte – stellt nichts anderes dar als ein strukturelles Defizit. So viel zur Verhältnismäßigkeit und so viel zu der nicht auszurottenden Aussage, die Staatsverschuldung habe ganz maßgeblich mit der Bankenrettung zu tun!

Jetzt werden die Banken „gestresst“. Auch wir sind in diesem Jahr „gestresst“ worden. Dabei kam aus der europäischen Ebene wieder etwas, was ich nur mit Willkür bezeichnen kann. Wir diskutieren hier in Deutschland das Thema „Basel III“ – erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Banken. Und mir nichts, dir nichts kommt aus

London von der dortigen Behörde European Banking Authority die Vorstellung, gar 9 Prozent Kernkapital sollten es sein, und bitte spätestens am 30. Juni 2012! Lasst mal die Wertbeeinträchtigungen europäischer Staatsanleihen hart gegen das Eigenkapital laufen – nichts anderes ist ja beim letzten Stresstest passiert –, und danach, bitte schön, müssen 9 Prozent erreicht sein. Und wenn es heißt: „Schon wieder müssen wir die Banken rekapitalisieren“, hören wir: „Was, schon wieder? Wie viel?“ „Ja, 100 Milliarden Euro!“ „Wie viel?!“

Ich muss deutlich sagen: Diese Rekapitalisierung ist dann erforderlich, wenn europäische Finanzminister ihr Rückzahlungsversprechen nicht erfüllen. So viel zu den Zusammenhängen. Mir scheint, dass das Schicksal der europäischen Finanzindustrie ganz maßgeblich mit dem der europäischen Ländern verbunden ist.

Basel III klang an; ich will das nicht vertiefen. Ich bin den Vertretern des Handwerks dankbar, dass sie mit zu denen gehören, die der Differenzierung das Wort reden, weil es „die“ Banken nicht gibt, sondern gehörige Unterschiede; das habe ich an anderer Stelle mehrfach zum Ausdruck gebracht, und das will ich heute Abend nur anmerken. Vielen Dank an das Handwerk, dass auch Sie sich dafür einsetzen, dass wir die Differenzierung nicht nur in der öffentlichen Diskussion erleben, sondern dass wir sie auch erleben bei der Umsetzung und Konfigurierung dessen, was wir unter Basel III laufen lassen!

Auf die gute Entwicklung lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nur mit einer Bemerkung eingehen: Sie sind hier in einem genossenschaftlichen Geldhaus. Die Krise, die wir haben, lässt ja immer wieder auch den Begriff „Kreditklemme“ ans Tageslicht kommen. Ich will deutlich sagen: Diese Kreditklemme gab es nicht, und ich bitte inständig darum, sie nicht durch unbedachte Äußerungen mutwillig herbeizureden.

Die genossenschaftliche Gruppe insgesamt hat – soweit wir das im Augenblick übersehen – ihr Kreditvolumen an die mittelständische Wirtschaft bei einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent um 4,5 Prozentpunkte im Jahre 2011 ausgeweitet. Mit anderen Worten: Ein weiteres Mal haben die Volks- und Raiffeisenbanken gemeinsam mit ihren Zentralbanken jene Pflicht erfüllt,

die ihnen obliegt: die Realwirtschaft in ihrer Entwicklung zu begleiten – trotz aller Widrigkeiten, denen auch wir uns ausgesetzt sehen, trotz aller Regulierungsflut, die uns zunehmend die Freiheit unternehmerischen Tuns erschwert.

Die genossenschaftliche Gruppe kann auf eine gute Entwicklung verweisen, und ich glaube, wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, dem zu widersprechen, was da heißt: Tradition hält die Zukunft auf Distanz. – Ich glaube, wir haben Tradition auf eine ganz gelungene Art und Weise mit moderner und zeitgemäßer Ausrichtung unserer Gruppe verknüpft.

Übrigens begehen wir im Jahre 2012 – das darf ich in einer genossenschaftlichen Zentralbank erwähnen – das Jahr der Genossenschaft, das die Vereinten Nationen ausgerufen haben. Ich bin dankbar dafür, weil es so wie heute Abend die Gelegenheit eröffnet, die genossenschaftliche Idee und das, was sich mit Genossenschaften verbindet, ins Bewusstsein zu rücken. Sie wissen, in Deutschland werden allein die Volks- und Raiffeisenbanken mit ihrem Kreditgewerbe von über 16 Millionen Mitgliedern getragen. 16 Millionen Bürger dieses Landes sind Teilhaber ihrer Bank. Und die genossenschaftliche Bewegung weltweit insgesamt erreicht inzwischen über 800 Millionen Menschen. Eine großartige Idee, die von dem Gedanken der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung getragen ist! Und auch mit dem Begriff „Subsidiarität“ wissen wir in unserer Gruppe umzugehen.

Letzte Bemerkung, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir wünschen uns, dass am Ende eines der vielen – ich möchte fast sagen: unzähligen – europäischen Gipfel endlich steht:

Erstens. Wir haben verstanden.

Zweitens. Wir haben den Mut und die Courage nicht nur zu kraftvollen Entscheidungen, sondern auch zu gekonnter und beherzter Umsetzung.

Manchmal denke ich, dass es in der Demokratie, in der wir leben, in der Demokratie, die wir schätzen, in der Demokratie, bei der wir beobachten, dass unentwegt mehr versprochen wird, als man eigentlich halten kann, an Mut fehlt, darauf hinzuweisen, dass wir zum Teil auch über unsere

Verhältnisse leben. Europa muss höllisch aufpassen, dass es nicht den weltweiten Anschluss verliert; denn um uns herum tut sich ganz anderes als das, was wir hier besprechen.

Herr Schulhoff, Sie haben – ich habe das heute Morgen gelesen – den Ausblick des Handwerks für das Jahr 2012 beschrieben. Sie haben gesagt: Wir sind vorsichtiger, aber wir sind keineswegs pessimistisch. – Das fügt sich in diesen Zeiten, in denen – ich habe das am Dienstag vor meinen Mitarbeitern gesagt – die Einstimmung auf das Jahr 2012 hier und da nicht ganz leicht fällt, weil es der Widrigkeiten nicht wenige sind.

Ich darf damit schließen, meine Damen und Herren, ein gutes, ein erfülltes, ein zufriedenstellendes ein glückliches erfolgreiches Jahr 2012 zu wünschen.

Lassen Sie sich nicht beirren – Sie kennen den Satz vielleicht –: Optimisten weigern sich nicht, das Negative zur Kenntnis zu nehmen, aber sie weigern sich, sich von dem Negativen beeinflussen zu lassen oder sich dem Negativen zu unterwerfen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen keine Unterwerfung. Bleiben Sie beherzt, bleiben Sie optimistisch! Ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr und für heute Abend: Fühlen Sie sich wohl in den Räumen der WGZ Bank und einen guten Appetit, bei dem was die Küche vorbereitet hat.

Vielen Dank, dass Sie uns heute Abend ihre Aufmerksamkeit schenken.

(Beifall)

Professor Wolfgang Schulhoff: Eine Pflicht und ein weiteres Vergnügen erwartet uns nun. Wir werden jetzt die Rede von Herrn Lindner hören. Ich darf sagen, dass die Rede, die er als Generalsekretär hier hätten halten sollen, wahrscheinlich nicht so gut gewesen wäre wie die Rede, die er jetzt als Abgeordneter hält, weil sie – ich knüpfe an das an, was ich eben gesagt habe – in völliger Freiheit gehalten werden kann. Sie haben das Wort.

(Beifall)

Festansprache

**Christian Lindner MdB,
Freie Demokratische Partei**

Verehrte Damen, meine Herren! Lieber Herr Böhnke! Lieber Wolfgang Schulhoff! Sie haben es zu Recht gesagt: Ich spreche heute Abend zu Ihnen nicht aus einem Amt heraus, aber aus Überzeugung.

Ich habe ja die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Ihre Einladung, lieber Wolfgang Schulhoff, nicht mehr ganz aktuell ist. Kurz nach Drucklegung hat sich ein wesentlicher Umstand verändert. Und deshalb will ich zu Beginn – das erwarten Sie – dazu nur einen Satz sagen.

Ich war insgesamt sieben Jahre Generalsekretär – fünf Jahre hier in Nordrhein-Westfalen und zwei Jahre im Bund. Mir hat das Amt auch immer Freude gemacht, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass meine Partei auch ihre Vertrauenskrise, in der sie gegenwärtig steckt, überwinden wird.

Aber ich habe für mich eine Entscheidung getroffen – nicht spontan, sondern überlegt, begründet. Die Gründe für meine Entscheidung, im besonderen Verhältnis zwischen einem Vorsitzenden und einem Generalsekretär, habe ich ihm und nur ihm persönlich gesagt. Und ich bitte um Verständnis, dass ich das auch so beibehalten will, denn ich glaube, dass es in der Politik schon genug Indiskretionen und Spekulationen gibt.

(Beifall)

Wir alle werden fortwährend damit konfrontiert. Man muss aufpassen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht den Eindruck haben, es gehe in der Politik nur noch um die Probleme der Politiker und der Parteien. Etwas von dem Umstand hat ja auch die Diskussion, die wir seit einigen Tagen, ja fast schon Wochen über den Herrn Bundespräsidenten führen. Ich fühle mich inzwischen schon fast als Experte für Immobilienfinanzierung in Niedersachsen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es war auch instruktiv zu wissen, wie das persönliche Verhältnis von Herrn Wulff und von

Herrn Diekmann ist. Aber sind das wirklich die Themen, die gegenwärtig auf der politischen Tagesordnung stehen sollten? Entsteht bei den Menschen nicht der Eindruck: „Politiker und Journalisten unterhalten sich am liebsten über Politiker und Journalisten“?

Deshalb muss das Motto für 2012 sein: Zurück zur Sache, meine Damen und Herren! Zur Sache!

(Beifall)

Hier hat mir der Gastgeber ein Thema vorgelegt, eine Frage gestellt, die ich kurz und sachlich beantworten soll. Die Frage lautet: Hat die freiheitliche Wirtschaftsverfassung Zukunft? Meine Antwort ist: „Ja, aber!“ Ja, sie hat Zukunft, weil die freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht allein eine Sache von Effizienz ist, sondern auch von Werten und Würde. Aber ihre Voraussetzungen, ihre Regeln und ihre Kultur müssen fortwährend verteidigt und erneuert werden. „Ja, aber!“ also.

Dieses „Ja, aber!“ will ich mit drei Punkten begründen: mit der Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, mit der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und mit der Kultur der Sozialen Marktwirtschaft.

Ich habe vor einiger Zeit zusammen mit Norbert Röttgen einen kleinen Gastbeitrag zu aus unserer Sicht erforderlichen Aufgaben formuliert, die die Koalition gerade mit Blick auf die Erneuerung unserer Wirtschaftsordnung übernehmen sollte. Der Aufsatz für sich genommen ist nicht sonderlich beachtlich.

Spannend aber an unserem Aufsatz war die Reaktion darauf. Es wurde nämlich ein Gegenpapier von den geschätzten Kolleginnen Frau Nahles und Frau Lemke vorgelegt, Generalsekretärin der SPD bzw. Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen.

Und die schrieben in einer anderen Zeitung einen Text, warum das, was wir da vorgeschlagen haben, alles unzureichend und falsch sei. Und dann kommt eine entscheidende Stelle – ich zitiere das aus dem Kopf, das muss man als Politiker jetzt immer sagen, also nicht wörtlich –:

Wir brauchen eine demokratische Marktwirtschaft, denn in Zukunft muss politisch entschie-

den werden, demokratisch legitimiert werden, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt und welche Richtung das Wachstum haben soll.

Das ist für sich genommen beachtlich: demokratische Marktwirtschaft, also demokratisch legitimierte Entwicklung der Gesellschaft, sprich also: Politiker entscheiden über die Richtung, die Deutschland nimmt.

Wer entscheidet eigentlich in der Sozialen Marktwirtschaft darüber, welche Richtung die Gesellschaft nimmt? Wer entscheidet – und hat in den letzten 60 Jahren in Deutschland entschieden –, wie sich unser Land entwickeln soll? Das waren Sie, weil Sie sich als Kunden für dieses Produkt und gegen ein anderes entschieden haben, weil Sie sich als Unternehmer für diesen Markt und gegen einen anderen entschieden haben, weil ein Wissenschaftler eine Erkenntnis dort gesucht und eine andere dem Kollegen überlassen hat.

Es hat also jeden Tag millionenfach durch einzelne Entscheidungen ein Prozess stattgefunden, die zukünftige Richtung der Gesellschaft auszuprägen. Da kann der Einzelne sich irren und scheitern, so wie die Unternehmer, Herr Böhnke, die Sie zitiert haben. Aber der Einzelne kann auch Pionier einer neuen technologischen Revolution sein, die noch niemand vor ihm gesehen hat.

Und deshalb, meine Damen und Herren: Die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft macht aus, dass wir die Weisheit der vielen gegen die Einfältigkeit der wenigen am grünen Tisch – im wahren Sinne des Wortes – verteidigen.

(Beifall)

Eine Million Bürgerinnen und Bürger können klüger sein als eine öffentliche Hand. Wir haben in Deutschland gute Erfahrungen damit gemacht. Um den Wohlstand und um das soziale Niveau in Deutschland werden wir weltweit beneidet. Aber die Menschen sind vergesslich. Die großen Erfolge einer Freiheitsordnung werden nicht gesehen. Aber die kleinen Anpassungsnotwendigkeiten, auch die größeren im Alltag, die Beschwerden, der Druck des Wettbewerbs – all das wird gesehen und beklagt.

Denken Sie beispielsweise an die zurückliegenden großen Liberalisierungen: Die Öffnung des Flächentarifvertrags – auch im Zusammenhang mit der Agenda 2010 der früheren rot-grünen Bundesregierung – hat dazu geführt, dass wir heute einen beeindruckenden Erfolg am Arbeitsmarkt haben. Wie ist das mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes? Wer wünscht sich die Deutsche Post zurück, wo Herr Schwarzschilding darüber entscheidet, was die einzelne Einheit kostet? Da haben wir jetzt ein viel höheres Serviceniveau. Arbeitsplätze sind entstanden, Wohlstand ist geschaffen worden.

Trotzdem gibt es eine Zurückhaltung, was offene Märkte angeht und was die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft betrifft, bis hin dazu, dass das Wachstum selbst infrage gestellt wird, und zwar durch eine ganz bemerkenswerte Koalition, die von Konservativen wie Meinhard Miegel bis hin zu Herrn Giegold von Attac/Grüne reicht, den Sie heute ja schon zu Gast hatten. Es wird als etwas Gestriges gesehen, mit Argumenten, die man schon in den 70er Jahren gehört hat, etwa vom Club of Rome, der die Grenzen des Wachstums beschrieben hat. Aber der menschliche Geist hat durch Spitzentechnologie und Spitzenleistungen diese angeblichen Grenzen des Wachstums immer wieder überwunden.

Wachstum ist auch kein Selbstzweck, es ist eine Folge einer offenen Wirtschaftsordnung, in der Menschen ihre Chance suchen und in der Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen liegen.

Wer kann gegen Wachstum sein? Doch nur diejenigen können sich in den Status quo verlieben, die mit ihrer bisherigen Lebenssituation eigentlich ganz zufrieden sind, die von einer Veränderung vielleicht Verschlechterung befürchten.

Wie aber ist die Verbesserung der persönlichen Lebenssituation in einer Gesellschaft möglich, die erstarrt ist, die erkaltet ist, die nicht mehr dynamisch ist und kein Wachstum mehr hat? Die Verbesserung der individuellen Lebenssituation in einer solchen nicht mehr dynamisch wachsenden Gesellschaft ist nur in einem harten Verdrängungs- und Verteilungswettkampf möglich. In der wachsenden, der dynamischen Gesellschaft kann der Einzelne, der mit seiner Lebenssituation noch nicht zufrieden sein kann, seine persönliche Situation durch Fleiß und Talent ver-

bessern, indem er sich einen größeren Anteil am wachsenden Wohlstand erarbeitet. Die Gesellschaft ist also durchlässiger, wenn sie dynamisch ist. Deshalb ist eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik nichts Gestriges, sondern im Gegenteil ein Gebot sozialer Gerechtigkeit in Deutschland, meine Damen und Herren. Und für dieses Aufstiegsversprechen steht die Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Damit sich die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft entfalten kann, braucht sie eine Ordnung. Der Rechtsstaat geht der Wirtschaftsordnung voraus. Mächte sind künstlich: Sie werden durch die Regeln, die Normen, denen sich die Einzelnen unterwerfen müssen, gemacht. Ich habe den Eindruck – ich weiß nicht, wie Ihnen das geht –, dass es bei den Gesprächen, die ich führe, eine Unsicherheit gibt mit Blick auf die Rolle des Staates.

Ich treffe Mittelständler, die sich nach wie vor von Bürokratie gegängelt – Berufsgenossenschaften, Statistikverpflichtungen –, aber andererseits den entfesselten Finanzmärkten auch schutzlos ausgeliefert fühlen. Ich kann nur sagen: Da setzt der Staat die falschen Prioritäten. Er soll nicht im Alltag gängeln und ins Hundertste und Tausendste hineinregieren. Aber er muss uns, muss wirtschaftlich Tätige und muss alle Familien vor den großen Lebensrisiken schützen, die der Einzelne alleine nicht bewältigen kann. Wir brauchen also eine neue Diskussion über die Rolle des Staates, der sich darauf konzentrieren muss, Schiedsrichter für das Wirtschaftsgeschehen zu sein, aber nicht im Getümmel auch noch der beste Mitspieler sein möchte, meine Damen und Herren.

Das ist die ordnungspolitische Wende, die wir brauchen, die auch die Glaubwürdigkeit des Staates wie auch das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung wiederherzustellen in der Lage sein kann.

Die größte Gestaltungsaufgabe in diesem Zusammenhang ist die Ordnung der Finanzmärkte. Ludwig Erhard hat sich mit Sicherheit nicht vorstellen können, wie und in welcher Weise heutzutage an Finanzmärkten agiert wird. Unterdessen sind die Vorschläge ja auch Legion. Ich sehe

immer Sigmar Gabriel im Fernsehen, der breitbeinig über Spekulanten, die Gier und dieses und jenes andere spricht und fordert, das müsste man alles verbieten. Mein Eindruck ist, dass das, was Sigmar Gabriel vorschlägt, den Charakter einer – wie soll ich sagen – rektalen Zahnbehandlung hat.

(Lachen)

Man kommt nicht zum Ziel, richtet aber viel Schaden an.

(Heiterkeit)

Er geißelt Spekulation. Doch was genau ist eigentlich Spekulation? Wir haben eine Vorstellung von Hedge Fonds, die mit fremdem Geld kurzfristige Kursgewinne ausnutzen wollen. Aber ist das allein schon Spekulation? Gibt es nicht auch ein mittelständisches Unternehmen aus dem Sauerland, Stahl produzierend, das sich bei seiner Bank gegen die Schwankungen des Stahlpreises absichern muss? Ich will damit sagen, die Finanzmärkte per se zu kritisieren, ist zu kurz gesprungen. Entscheidend ist, dass wir innovative Finanzmärkte haben, die für eine globale Weltwirtschaftsordnung benötigt werden. Aber diese Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sie ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft erfüllen und nicht die Realwirtschaft dominieren. Die Finanzmärkte sind also Diener des wirtschaftlichen Handelns. Sie sollten das wirtschaftliche Handeln nicht dominieren oder gar das wirtschaftliche Handeln von privat verantwortlichen Persönlichkeiten gefährden.

(Beifall)

Dafür brauchen wir jetzt nicht zahlreiche Verbote, sondern im Grunde nur zwei Regeln. Die erste Regel heißt: Handeln und Haften gehören zusammen. Das ist die erste Regel.

(Beifall)

Ich brauche sie beim Handwerk nicht eigens zu betonen. Das Handwerk ist geprägt von Personengesellschaften und persönlich haftenden Gesellschaftern. Aber an den Finanzmärkten erleben wir das eben nicht. Dort sehen wir, dass große Risiken sofort wieder in den Markt zurückgegeben werden. Eine Bank oder ein Finanzmarktakteur

geht eine Position ein, und dann kann man sich durch Kreditausfallversicherungen und anderes sofort dagegen versichern. Das alles steht dann gar nicht mehr in der eigenen Bilanz, sondern ist irgendwo im Markt verstreut. Und da entstehen systemische Risiken, da entstehen Schneeballsysteme. Da gibt es nicht mehr die zurechenbare Verantwortung und damit die natürliche Bremse für ein nicht tragfähiges Risiko. Und das hat uns in diese Krise geführt.

Deshalb lautet die Frage nicht „Kapitalismus und seine Alternative“, sondern die eigentliche Frage ist: „Wie kommen wir von diesem Vollkaskokapitalismus, wo keiner mehr für Handeln verantwortlich ist, wieder zu einem Verantwortungskapitalismus, wo mit Eigenkapital gearbeitet wird und danach auch für Gewinne, aber eben auch für die Verluste geradegestanden werden muss?“ Das ist die natürliche Risikobremse. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft nicht abwickeln, sondern an den Finanzmärkten überhaupt erst wieder durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Transparenz ist ein zweites Gebot, die zweite Regel. Wir haben heute Finanzmärkte, die durch Schattenbanken, durch Over-the-Counter-Geschäfte, durch Geschäfte innerhalb einer Bank geprägt sind. Da wird überhaupt gar kein Markt mehr in Anspruch genommen, keine öffentliche Handelsplattform genutzt.

Die Reaktion in der Politik ist zu sagen: Wir verbieten dieses Geschäft und jenes Geschäft. Warum machen wir nicht, bevor einzelne Produkte verboten werden, zunächst einen ganz anderen Schritt? Warum ist nicht der erste Schritt, überhaupt wieder eine transparente, öffentlich beaufsichtigte Handelsplattform in Deutschland herzustellen? Bevor einzelne Produkte verboten werden, bevor der Staat punktualistisch ins Wirtschaftsgeschehen eingreift, sollte er überhaupt erst wieder einen Markt bilden.

Ich spreche mich deshalb für einen Börsenzwang aus, sowohl für Hedge Fonds als auch für alle Over-the-Counter-Geschäfte, damit öffentlich sichtbar Preise gebildet werden und auch sichtbar ist, welche Positionen gehandelt werden, damit Märkte liquide sind und die Aufsichtsbehörden auch tatsächlich jeden Tag sehen, was

passiert. Dann wird der Staat nämlich seiner Aufgabe gerecht, die großen systemischen Risiken in den Blick zu nehmen und nicht den einzelnen kleinen Tagesentscheidungen eines einzelnen Instituts hinterherzulaufen. Mit viel weniger Beamten könnten wir viel mehr Wirkung erzielen, meine Damen und Herren.

Also, Börsenzwang für alle Finanzmarktprodukte, für die Schattenbanken, für Over-the-Counter-Geschäfte!

Ich will im Zusammenhang mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, der Wiederdurchsetzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einen zweiten Bereich ansprechen. Es ist ein Bereich, in dem gegenwärtig – es ist technisch nicht ganz richtig, von Subventionen zu sprechen – das meiste Geld der Bürgerinnen und Bürger umgewälzt wird. Das ist das Feld der Energiepolitik.

Wir haben uns entschieden – ich halte die Entscheidung unverändert für richtig –, dass wir von der Verbrauchs- zur Effizienzökonomie wechseln wollen, dass wir Wettbewerb nutzen, effizienter zu produzieren, zu besseren Verfahren zu kommen, Klimawandel zu begrenzen und dass wir durch neue Technologien neue Marktchancen eröffnen.

Deutschland ist auf dem Weg, auf dem Gebiet durch neue Technologien Pionier zu werden. Ich glaube aber, dass neue Technologien vor allen Dingen im Wettbewerb entstehen. Durch Kosten- und Innovationsdruck entstehen die Technologien, die tatsächlich wirksam sind. Auf dem Feld der Energiepolitik haben wir leider einen anderen Status quo. Wir haben mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein System, in dem jedes Jahr Milliardensummen der Stromkunden umgewälzt werden, ohne dass die tatsächlichen Effekte schon überzeugend wären.

Um es klar auf einen Bereich zu kaprizieren: Ich glaube, dass die Förderung der Solarenergie in Deutschland eine ökonomische Sackgasse ist, und ich glaube – wenn er hier wäre, würde ich es ihm auch sagen –, hier, lieber Norbert Röttgen, hast du dich von einer Branche über den Tisch ziehen lassen. Hier muss dringend korrigiert werden, damit durch erneuerbare Energien tatsächlich eine Energiewende gefördert wird und

nicht überzogene Renditeerwartungen privater Investoren erfüllt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich will einen dritten Bereich ansprechen, nämlich die Entwicklung in Europa. Sie haben heute Nachmittag mit Ihren Gästen, Herr Schulhoff, über die Währungskrise diskutiert. Weil dies so viel Raum eingenommen hat, will ich jetzt nicht alle Details bearbeiten, aber doch die strategische Richtung beschreiben, wie sie meiner Meinung nach eingeschlagen werden müsste. Hier gibt es eine Weichenentscheidung. Uns wird regelmäßig gesagt: Eine Währungsunion ohne eine politische Union könnte überhaupt nicht funktionieren. – Die Schlussfolgerung daraus ist: Sie brauchen jetzt sofort eine europäische Wirtschaftsregierung in Brüssel, so eine Art Panthersprung, dass aus Brüssel nicht nur über volkswirtschaftliche große Fragestellungen entschieden wird, sondern dass dort eine Wirtschaftslenkung vielleicht auch im Sinne der französischen Industriepolitik vorgenommen wird. Das ist eine Position, die in Deutschland eine breite Anhängerschaft hat, quer durch alle Parteien – vielleicht sogar teilweise in meiner eigenen Partei.

Aber stimmt eigentlich die These, dass eine Währungsunion zwingend eine politische Union voraussetzt? Der führende amerikanische Währungstheoretiker Kenneth Rogoff hat es anders gesehen. Der hat gesagt: Die Idee des Europäischen Stabilitätspakt war genial. Statt Verkehrsschilder aufzustellen, also eine Wirtschaftsregierung zu machen, die kleine Richtungsweisungen gibt, sind da Leitplanken eingezogen worden.

Das Problem im Europa des Maastricht-Vertrags aber war, dass es zwar die Leitplanken gab, aber Gerhard Schröder und Silvio Berlusconi fortwährend über diese Leitplanken hinüberhüpfen konnten, ohne dass es eine Sanktion gegeben hätte. Also wäre die richtige Reaktion auf diese Krise, nicht über neue und ganz andere Konzepte nachzudenken à la Wirtschaftsregierung, sondern die ursprüngliche Idee des Stabilitätspaktes zu erneuern: dezentrale Entscheidungen vor Ort, aber bei klaren Rahmenbedingungen, bei Leitplanken, die politisch nicht hintergangen werden können. In einem Satz gesagt: Wir müssen die Währung zukünftig vor den Politikern schützen,

meine Damen und Herren. Dafür sind Veränderungen der europäischen Verträge erforderlich.

Einen letzten Bereich will ich zum Thema Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft benennen, der in der Diskussion steht, und das ist die Frage der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere der Lohnpolitik. Das ist ein hochgradig emotional besetztes Thema, denn wer kann schon gegen das Argument etwas haben, dass Hungerlöhne verhindert werden müssen. Dafür gibt es in Deutschland aber bereits Instrumente. Sittenwidrige Beschäftigung ist verboten. Es gibt ein Entsendegesetz. Wir haben ein Mindestarbeitsbedingengesetz. Aber jetzt gibt es noch Diskussionen darüber hinaus für einen allgemeinen flächendeckenden, politischen Mindestlohn. Ich glaube, dass wir, würden wir eine solche gesetzliche Regelung vorsehen, damit einen falschen Weg beschreiten würden.

In Frankreich sagt der französische Staatspräsident, er wolle sich in der Arbeitsmarktpolitik stärker an Deutschland orientieren. Und wir wollen uns jetzt stärker an Frankreich orientieren? Mindestarbeitsbedingungen, ja, aber es ist nun einmal eine Realität, dass es in Deutschland ein unterschiedliches Wohlstandsniveau gibt. Eine 60 m²-Wohnung in Finsterwalde kostet 300 Euro Miete im Monat. Die gleiche Wohnung in Hamburg kostet 650 Euro Miete im Monat. Da ist doch klar, dass dann auch das Lohnniveau regional unterschiedlich sein muss.

Die Staaten in Europa, die allgemeine Mindestlöhne beschlossen haben, sind in der Regel die Staaten, die über die höchste Jugendarbeitslosigkeit klagen. Und deshalb sage ich gerade dem Handwerk – weil es so ausbildungsstark ist, wie es das in den vergangenen Jahren gezeigt hat –, das für die Ausbildung von Fachkräftenachwuchs unverzichtbar ist: Bei Ihnen muss die Verantwortung für die Lohnfindung verbleiben, also bei den Tarifpartnern. Das darf nicht Gegenstand eines politischen Überbietungswettbewerbs werden. Wenn Politiker in Wahlkämpfen in der Lage sind, auf Ihre Rechnung Versprechen zu machen, dann gilt das Prinzip Handeln und Haften in der Politik auch nicht. Und dazu darf es nicht kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine dritte Bemerkung mache ich zur Kultur der Sozialen Marktwirtschaft. Sie entfaltet ihre Kraft bei klaren Regeln in einem fairen Ordnungsrahmen. Aber das allein reicht nicht aus. Wer glaubt, man muss nur nach den Regeln spielen und dann sei alles getan, der verkennt, dass die Soziale Marktwirtschaft ja auch eine Wertordnung ist, die vom eigenverantwortlichen Individuum ausgeht, das Vorrang innerhalb eines staatlichen Rahmens hat, das aber eben auch individuell Verantwortung tragen muss.

Deshalb müssen wir über die Kultur unserer Wirtschaftsordnung neu sprechen. Bei den „Buddenbrooks“ gibt es eine Empfehlung des Älteren an den Jüngeren, nur die Geschäfte einzugehen, bei denen man nachts auch noch ruhig schlafen kann.

Hermann Josef Abs, der legendäre Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, hat einmal gesagt: Wer mehr als 1 Million Mark verdienen will, der kann das nicht in meiner Bank tun, der muss selber Unternehmer werden und dann haften.

Wir erleben eine Orientierung an Quartalszahlen, die zu einer Überbeschleunigung wirtschaftlichen Handelns führt und bei der die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts, wie es im Handwerk auch in der Übergabe über Generationen gelebt wird, nicht mehr das Maß der Dinge ist.

Zur Sozialen Wirtschaft gehört also eine Kultur von Verantwortlichkeit, eine Kultur von Maß und Mitte. Die kann man nicht gesetzgeberisch verordnen. Wer die Gier gesetzlich verbieten will, der wird irgendwann auch die Neugier treffen. Und wer jeden Fehltritt mit Gesetzen ausschließen will, der wird auch jeden Fortschritt hemmen.

Gerade das Handwerk ist gefordert, lieber Wolfgang Schulhoff. Wir dürfen nicht aufhören, diese Haltung von Maß und Mitte in der Wirtschaft einzufordern. Es ist keine Frage von Gesetzen, sondern von Anstand und Ehrgefühl, sich als ehrlicher Kaufmann zu verhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Mit diesen drei Punkten, meine Damen und Herren, habe ich mein „Ja, aber“ zur Sozialen Marktwirtschaft skizzieren wollen. Es ist ein Ja – das haben Sie gemerkt – zu einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung. Sie muss aber fortwährend erneuert und gepflegt werden. Sie gehört zu den Konstanten unserer Republik – so wie der Sozialstaat, wie der Rechtsstaat, wie der Bundesstaat. Im Unterschied zu den drei Säulen Deutschlands ist unsere Wirtschaftsordnung im Grundgesetz allerdings nicht verankert, und das ist der letzte Gedanke, zu dem ich mich äußern will.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in Deutschland als Freiheitsordnung bewährt. Aber wir müssen die Politik stärker in die Verantwortung nehmen, ihre Rahmenbedingungen regelmäßig zu pflegen und sie zu verändern. Es sollte ein Verfassungsauftrag sein, die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen, weil sie sonst ihre Akzeptanz verliert. Deshalb müssen wir eine politische Diskussion darüber beginnen, ob die Soziale Marktwirtschaft nicht neben Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat als Grundprinzip des deutschen Erfolgs in den vergangenen sechs Jahrzehnten im Grundgesetz verankert wird, weil das ein Auftrag an die Politik ist, über ihre Weiterentwicklung und die Erhaltung ihrer Zukunftsfähigkeit fortwährend nachzudenken.

Sie haben gemerkt, ich bin überzeugt von einer Politik der Freiheit. Die Politik der Freiheit hat in Deutschland eine parteipolitische Heimat, die ich Ihrem Wohlwollen nur sehr empfehlen kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Professor Wolfgang Schulhoff: Lieber Herr Lindner, ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Die Politik der Freiheit hat ein Zuhause beim Handwerk; denn Sie haben uns in vielen Dingen aus der Seele gesprochen. Gerade die Haftungsfrage war eine Zeitlang unser besonderes Anliegen. So haben wir aus dem Bereich der Handwerkskammer Düsseldorf und über den Nordrhein-Westfälischen Handwerkstag den Gedanken der Haftung weiter verfolgt und es mit der damaligen Landesregierung – da waren Sie noch mit dabei, zumindest als einer derjenigen, der sie gestützt hat – über den Bundesrat geschafft, dass das Aktienrecht geändert wurde. Da sind wir immer bei Ihnen.

Die Soziale Marktwirtschaft, wie Sie sie eben gepredigt haben, war die Soziale Marktwirtschaft, die Ordnungspolitik, die uns getrieben hat. Müller-Armack hat immer wieder davon gesprochen, dass Soziale Marktwirtschaft wie ein Halbautomat ist, der funktioniert. Aber der Ordnungsrahmen muss immer wieder neu durchdacht werden; denn Wirtschaft ist kein staatliches Gebilde, Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess. Das heißt, Eingriffe müssen ordnungspolitisch sauber sein, wenn wir in den Marktprozess eingreifen. Da sind wir völlig bei Ihnen.

Bei der Mindestlohnfrage haben wir im Handwerk eine differenzierte Meinung gehabt. Wir haben gesagt: Mindestlöhne – ja. Mindestlöhne in einigen Bereichen – ja. Die brauchen wir auch zum Schutz der Firmen hier. Mindestlöhne – ja, aber regional und branchenspezifisch. Das war unsere Idee, die dann auch von Frau Merkel übernommen wurde. Da sehe ich eine kleine Differenz zwischen uns. Aber insgesamt ist es der Gedanke der Freiheit, der uns ja alle treibt. Ohne ihn können wir es nicht machen.

Was die Finanzmärkte anbetrifft: Sie brauchen einen Ordnungsrahmen, in dem sie operieren können. Wir müssen genau sagen, was die Banken dürfen und was sie zu unterlassen haben; denn sonst die Gefahr ist viel zu groß. Betrachten wir allein die heutigen Zahlen: Die Wertschöpfung der gesamten Welt beträgt ungefähr 60 Billionen. Aber der Bereich der Finanzindustrie, Herr Böhne, umfasst 600 Millionen. Und darin liegt die große Gefahr: dass Geschäfte gemacht werden, die sich weit von der Realwirtschaft entfernen. Und wenn es uns nicht gelingt, hier international zu agieren, dann wird sofort wieder die nächste Krise kommen, der wir nicht mehr so begegnen können wie bisher, weil uns da die finanziellen Ressourcen fehlen.

Also, wir brauchen die Freiheit, aber nicht die Freiheit einiger Leute, die glauben, sie könnten sich über alles hinwegsetzen. Da müssen wir einen Ordnungsrahmen setzen. Da sind wir völlig bei Ihnen.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Rede! Ich glaube, Sie haben alle hier für sich einnehmen können. Ich sage es noch mal: Sie haben vielleicht freier reden können, als Sie es als Generalsekretär hier

hätten tun können. – Noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich darf mich auch gleichzeitig bei Herrn Böhne bedanken. Ich sagte ja: So sachkundig wie er ist, stelle ich mir einen Banker vor, der nicht nur die Bankgeschäfte beherrscht, sondern auch die Fähigkeit hat, die Problematik des Bankgeschehens eloquent überzubringen. Wir freuen uns deshalb immer wieder über sein Grußwort an dieser Stelle.

Und jetzt möchte ich Sie von weiteren Worten verschonen, insbesondere aus meinem Mund. Wir können uns nun gemeinsam unterhalten und kommen somit zu dem, was wir eigentlich vorhaben: zu einem entspannten Abend.

Ich wünsche Ihnen weiterhin guten Appetit und weitere gute Gespräche. Halten Sie uns in gutem Angedenken. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“

- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft - Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance. Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung - Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem - Was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von Handwerk und Mittelstand? Dokumentation des Dreikönigsforums am 10. Januar 2008
- 1.2007 Was ist die Mitte unserer Republik? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2007
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln
- 1.2006 Europa - Qua vadis? Wie kann dem Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene Geltung verschafft werden? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2006
- 2.2005 Aufbruch im größten Bundesland - Nordrhein-Westfalen nach der Entscheidung des Wählers Round-Table-Gespräch mit Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Dokumentation der Veranstaltung „Politik im Dialog“ am 7. Juli 2005
- 1.2005 Nordrhein-Westfalen - Wie lässt sich ein Aufbruch für das größte deutsche Bundesland erreichen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2005
- 3.2004 Mehr Freiheit wagen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Jürgen Rüttgers MdL am 18. November 2004 in Köln
- 2.2004 Standort Deutschland und Standort NRW. Round-Table-Gespräch mit Professor Dr. Andreas Pinkwart MdB, Vorsitzender der FDP NRW, und Dr. Ingo Wolf MdL, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW. Dokumentation der Veranstaltung Politik im Dialog am 6. Juli 2004
- 1.2004 Eigentümer-Unternehmer oder Manager-Unternehmer - Was ist das unternehmerische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft? Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2004

Nordrhein - Westfälischer Handwerkstag

Georg-Schulhoff-Platz 1

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 39 68 48

Telefax 0211 93 04 966

www.nwht.de

info@nwht.de